



26. März 1980

No 011.3/80

 In der Antwort vermerken  
 A signaler dans la réponse  
 Segnalare nella risposta

## VERTRAULICH

 Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten  
 der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1979

Militärdepartement. Antrag vom 6. März 1979 (Beilage)  
 Departement für auswärtige Angelegenheiten. Mitbericht vom  
 13. März 1980 (Zustimmung)  
 Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 20. März 1980  
 (Zustimmung)  
 Bundeskanzlei. Mitbericht vom 19. März 1980 (Zustimmung)

Gestützt auf den Antrag des Militärdepartements und aufgrund der  
 Beratung hat der Bundesrat

## b e s c h l o s s e n :

1. Der Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr  
 des Jahres 1979 wird mit Aenderungen genehmigt (siehe Beilage).  
 Die Berichterstattung erfolgt gemäss Artikel 13 Absatz 3 des  
 Kriegsmaterialgesetzes.

2. Zu Ziff. 4.3 Guatemala

Das Militärdepartement wird beauftragt, die Stanserwerke zu  
 ersuchen, beim Pilatus PC 7 keine besondern Geräte mehr zu  
 installieren.

Mitteilung: An die Geschäftsprüfungskommissionen, durch die Bundes-  
 kanzlei

Protokollauszug an:

- EMD 7 zum Vollzug
- EDA 6 zur Kenntnis
- EJPD 5 " "
- BK 3 (Hb, Br, Sa) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

Beilagen

- Entwurf der mit Beilagen

 - für die Original dazu (zu verwenden Papier mit Kopf  
 "Der Schweizerische Bundesrat und Weppen")

Zus. Mitbericht an:

 - EDA  
 - EJPD

Protokollauszug an:

- EMD(7) EDA(4) EJPD(3)





EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL  
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No 013.3/80

. 3003 Bern, 6. März 1979

In der Antwort anzugeben  
 A rappeler dans la réponse  
 Ripeterlo nella risposta

Ausgeteilt

Report  
An den Bundesrat

an die Geschäftsprüfungskommissionen über die  
 Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr  
 im Jahre 1979  
 (26. März 1980)

Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen  
 über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr  
 im Jahre 1979

Sehr geehrte Herren Präsidenten,  
 Sehr geehrte Damen,  
 Sehr geehrte Herren,

Zur Genehmigung und Weiterleitung an die Geschäftsprüfungskommissionen übergeben wir Ihnen den Entwurf zum Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr des Jahres 1979. Die Berichterstattung erfolgt gemäss Artikel 13 Absatz 3 des Kriegsmaterialgesetzes.

Die Politische Direktion und die Bundesanwaltschaft haben entsprechende Beiträge geliefert und sich mit dem Bericht einverstanden erklärt.

Die Sitzung der Geschäftsprüfungskommissionen ist für den 8. April 1980 vorgesehen.

EIDGENOESSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT

G.-A. Chevallaz

Beilagen

- Entwurf d+f mit Beilagen
- für BK: Original dazu (zu verwenden Papier mit Kopf "Der Schweizerische Bundesrat und Wappen")

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD

Protokollauszug an:

- EMD (7) EDA (4) EJPD (3)



# DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

VERTRAULICH

## B e r i c h t

an die Geschäftsprüfungskommissionen über die  
 Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr  
 im Jahre 1979  
 (26. März 1980)

Sehr geehrte Herren Präsidenten,  
 Sehr geehrte Damen,  
 Sehr geehrte Herren,

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den in Artikel 13 Absatz 3<sup>1)</sup> des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial<sup>1)</sup> (KMG) vorgesehenen Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1979.

### 1. Einleitung

Es handelt sich um den siebenten Bericht seit Inkrafttreten des KMG am 1. Februar 1973. Wir halten uns nach wie vor, insbesondere aus Vergleichsgründen, an die bisher bewährte Darstellung.

### 2. Allgemeines

- 2.1 Das Berichtsjahr ist gekennzeichnet durch zwei Aspekte, nämlich einerseits die äusserst intensive parlamentarische Auseinandersetzung um die grundlegenden Probleme der Kriegsmaterialausfuhr, und auf der andern Seite die praktische Anwendung des KMG durch den Bundesrat und durch die Verwaltung. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Firmen, die Kriegsmaterial ausführen, von sich aus auf Gesuche nach Ländern verzichten, in denen Konflikte ausbrechen drohen. Von Bedeutung ist sodann die in gewissen

1) SR 514.51

Bevölkerungskreisen in Gang gekommene Diskussion über die Ausfuhr von Kriegsmaterial.

2.2. Es liegt uns daran, wie in früheren Jahren zu unterstreichen, dass Aenderungen im Wert der Kriegsmaterialexporte keine Rückschlüsse auf die Praxis erlauben. Die Zahl der Gebiete und Staaten, die Kriegsmaterial erhalten können oder wohin eine Lieferung nicht in Frage kommt, bleibt mehr oder weniger konstant. Die Ausrüstung eines bestimmten Staates mit einem Waffensystem aus der Schweiz lässt die Exportwerte hochschnellen, worauf sie nach einigen Jahren wieder sinken. Es handelt sich hier um einen rein technisch-kommerziellen und logistischen Vorgang, der durch das KMG unbeeinflussbar bleibt. Auch wenn im Berichtsjahr die Lieferungen geringer waren, wäre eine Erhöhung nicht auf eine geänderte Praxis zurückzuführen, solange die Lieferungen nach unproblematischen Staaten erfolgen.

2.3. Für das Berichtsjahr 1979 ist wiederum eine kleine Abnahme der Kriegsmaterialausfuhr gegenüber 1978 festzustellen. Im Jahre 1979 wurde für 424'998'238 Franken ausgeführt, gegenüber 425'799'105 Franken im vorangegangenen Jahr.

Gemessen an der gesamten Warenausfuhr beträgt 1979 der Anteil des Kriegsmaterials 0,97%, bleibt also stets bescheiden. Im Jahre 1978 betrug der Anteil 1,02%.

2.4. Die auf den 1. März 1978 eingeführten Aenderungen der Verordnung über das Kriegsmaterial vom 10. Januar 1973<sup>1)</sup> (VKM) ergaben keine Anwendungsschwierigkeiten. Bei der Zulieferung von Bestandteilen, die als anonyme Serienprodukte gelten und deren Wert im Verhältnis zum fertigen Kriegsmaterial nicht ins Gewicht fällt, kann gemäss Artikel 14 Absatz 2 VKM auf eine Nichtwiederausfuhrerklärung verzichtet werden. Unter diesem Titel wurden lediglich für 10,6 Mio Ausfuhrbewilligungen (Vorjahr für 9 Monate: 5,1 Mio) erteilt.

### 3. Bewilligungsverfahren

Am Bewilligungsverfahren hat sich im Berichtsjahr nichts geändert. Jeder potentielle Exporteur von Kriegsmaterial kann sich - also vor dem Verfahren beim Bundesrat - bei der Verwaltung erkundigen, ob ein Gesuch für ein bestimmtes Land Aussicht auf Erfolg haben kann. Es wird ihm innert kürzester Frist geantwortet. Verlangt er daraufhin einen Entscheid des Bundesrates, so dauert das Verfahren etwas länger. Hat der Gesuchsteller die Fabrikationsbewilligung erhalten,

1) SR 514.511

so hat er rechtlich noch keinen Anspruch auf die Ausfuhrbewilligung. Wenn sich aber die geopolitische oder innere Lage des betreffenden Landes zwischen der Fabrikation und der Ausfuhr nicht ändert, so kann er mit der Exportbewilligung sicher rechnen. Insofern bringt das vom Gesetz vorgeschriebene Bewilligungsverfahren keine Erschwerung der Geschäftsabschlüsse.

#### 4. Praxis und Probleme in bezug auf die Artikel 10 und 11 KMG

##### 4.1. Allgemeines

Die beiden Artikel 10 und 11 KMG wurden während des Berichtsjahres in der gleichen Weise angewendet wie in den Vorjahren. Die Anwendung von Artikel 10 warf keine besonderen Probleme auf. Im Jahre 1979 wurde er für die Verweigerung von Kriegsmaterial-Ausfuhrgesuchen nicht angerufen.

Wie in früheren Jahren berief sich der Bundesrat auf Artikel 11 KMG, um gewisse Ausfuhrgesuche abzuweisen.

Es ist damit zu rechnen, dass die Zunahme der Spannungsbereiche auf der ganzen Welt während des Berichtsjahres die zukünftige Beurteilung der Entwicklung in diesen Zonen erschweren wird.

##### 4.2. Parlamentarische Vorstösse

Im Laufe des Berichtsjahres wurden folgende parlamentarische Vorstösse zur Kriegsmaterialausfuhr unternommen bzw. beantwortet:

- Interpellation Braunschweig vom 27.9.1978 betreffend die Praxis und Zuständigkeit der Handhabung des KMG; beantwortet am 5.3.1979
- Motion Carobbio vom 19.4.1978 betreffend die Aenderung des KMG; beantwortet am 16.5.1979
- Motion Herzog SR vom 5.10.1978 betreffend die Ueberprüfung der Praxis des KMG und die Aenderung der VKM; mündliche Beantwortung am 5.3.1979
- Motion Friedrich vom 5.10.1978 betreffend die Ueberprüfung der Praxis des KMG und die Aenderung der VKM; schriftliche Beantwortung vom 5.3.1979

- Einfache Anfrage Grobet vom 14.12.1978 betreffend die Verwendung von schweizerischen Kleinflugzeugen zu Militärzwecken im Ausland; beantwortet am 5.3.1979
- Postulat Braunschweig vom 14.3.1979 betreffend die Arbeitsplatzsicherung und die Waffenausfuhr; beantwortet am 16.5.1979
- Einfache Anfrage Mugny vom 20.3.1979 betreffend den Verkauf von Karabinern Mod. 11; beantwortet am 23.5.1979
- Einfache Anfrage Braunschweig vom 21.6.1979 betreffend den Panzerwagen-Export nach Ghana; beantwortet am 12.9.1979
- Einfache Anfrage Carobbio vom 3.12.1970 betreffend die Waffenausfuhr nach den Philippinen; im Berichtsjahr noch nicht beantwortet
- Einfache Anfrage Ziegler vom 3.12.1979 betreffend die Waffenausfuhr nach den Philippinen; im Berichtsjahr noch nicht beantwortet
- Einfache Anfrage Grobet vom 13.12.1979 betreffend die Ausfuhr von Waffen nach Bolivien; im Berichtsjahr noch nicht beantwortet.

Fragestunde. Frage Braunschweig vom 3.12.1979 betreffend Waffenausfuhr.

Die Stellungnahmen des Bundesrates zu diesen Vorstössen liegen diesem Bericht bei.

#### 4.3.

##### Konkrete Fälle

Guatemala: Ein erneutes Mal intervenierte die Regierung Grossbritanniens beim Departement für auswärtige Angelegenheiten betreffend den Verkauf von Pilatus PC 7 - Flugzeugen nach Guatemala. Gemäss den britischen Behörden sollen die von den Stanserwerken gelieferten Flugzeuge möglicherweise nach dem Empfang mit Geräten ausgerüstet worden sein, die einen militärischen Einsatz gestatten. Eine erneute Untersuchung durch das EMD hat ergeben, dass die fraglichen Flugzeuge ohne besondere Ausrüstung aus der Schweiz ausgeführt wurden und demzufolge nicht unter das KMG fallen.

##### Statistische

##### Aussenhandelsstatistik

Die von der Aussenhandelsstatistik erfassten Ausfuhrzahlen ergeben folgendes:

Ägypten	98 249	Libanon	1 543
Algerien			
Arabische Emirate			
Argentinien			
Australien			
Belgien			
Brit. Antillen	1 505	Obervolta	843
Brunei			
Bulgarien			
Costa Rica			
Dänemark	2		
FR Deutschland	141		
Ecuador	15		
Elfenbein			
Finnland			
Frankreich	3 1		
Ghana			
Griechenland			
Grossbritannien	2 1		
Guinea			
Indien			
Indonesien			
Irak	3 185	Thailand	1 718
Israel			
Italien	24 9		
Japan	2 3		
Jordanien			
Jugoslawien			
Kanada			
Katar			
Chile:		Am 13.8.1979 stellte die Firma MOWAG in Kreuzlingen das Gesuch um Ausfuhr von gepanzerten Radfahrzeugen nach Chile. Der Bundesrat war der Meinung, dass die in Chile herrschende Lage jener in Art. 11 Abs. 2 Bst. a und b des KMG entsprach. Er hat deshalb am 14.11.1979 beschlossen, dieses Gesuch abzuweisen (vgl. auch 8.3.).	
Taiwan:		Die gleiche Firma reichte ein Fabrikationsgesuch für Kriegsmaterial ein, das für die Ausfuhr nach Taiwan vorgesehen war. Da die Eidgenossenschaft mit diesem Gebiet keine diplomatischen Beziehungen unterhält, hat der Bundesrat am 14.11.1979 beschlossen, das Fabrikationsgesuch abzulehnen (vgl. auch 8.4.).	
Südafrika und Rhodesien:		Angesichts der im südlichen Afrika herrschenden Spannungen wurde auch die Ausfuhr einzelner Faustfeuerwaffen untersagt mit Ausnahme jener zugunsten von in der Republik Südafrika wohnenden Schweizerbürgern.	
UNO/Südafrika:		Das Departement für auswärtige Angelegenheiten erhielt drei Noten des Präsidenten des Komitees des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das sich mit den südafrikanischen Fragen befasst. Diese Schriftstücke enthielten Fragen betreffend die Ausfuhr schweizerischer Waffen, Einzelteilen und dazu gehörendes Material nach Südafrika und zwar vor der Annahme der Resolution 418 durch den Sicherheitsrat im Jahre 1977. In seiner Antwort hat der Bundesrat darauf hingewiesen, dass die Schweiz als Nichtmitglied der Vereinten Nationen nicht gehalten ist, dem Beschluss des Sicherheitsrates Folge zu geben. Er hat überdies den Generalsekretär der Vereinten Nationen davon unterrichtet, dass die Schweiz die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika mehr als 14 Jahre vor dem Inkrafttreten des durch den Sicherheitsrat beschlossenen Embargos untersagt hat.	

## 5. Statistische Angaben

### 5.1. Aussenhandelsstatistik

Die von der Aussenhandelsstatistik erfassten Ausfuhrzahlen ergeben folgendes:

Aegypten	98 249	Libanon	1 543
Algerien	403 500	Malaysia	120
Arabische Emirate	18 891	Marokko	144 000
Argentinien	644 570	Niederlande	54 356 952
Australien	5 643	Nied. Antillen	7 835
Belgien	3 940 738	Norwegen	2 673 194
Brit. Antillen	1 505	Obervolta	602
Brunei	40 000	Oman	8 000
Bulgarien	597	Oesterreich	67 461 317
Costa Rica	331	Peru	1 729 292
Dänemark	2 429 330	Philippinen	5 556 675
BR Deutschland	141 822 557	Portugal	334 296
Ecuador	15 493 385	Rumänien	4 453
Elfenbeinküste	2 505	Rwanda	1 276
Finnland	273 040	Saudi-Arabien	24 123
Frankreich	3 148 621	Schweden	27 247 087
Ghana	390	Singapur	8 123 217
Griechenland	276 059	Spanien	55 276 027
Grossbritannien	2 197 122	Südafrika	29 177
Guinea	5 253	Sudan	300
Indien	3 041	Taiwan	323
Indonesien	49 208	Tanzania	417
Irak	3 165	Thailand	1 216
Israel	2 322	Trinidad	638
Italien	24 922 846	Tschad	290
Japan	2 320 027	Türkei	1 104
Jordanien	28 500	Venezuela	14 194
Jugoslawien	78 846	Vereinigte Staaten	3 747 066
Kanada	32 163	Zypern	10 400
Katar	700		
			424 998 238
			=====

erhielten nur folgende MSA-Länder Kriegsmateriale:  
Aegypten, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Indien, Rwanda,  
Sudan, Tanzania, Tschad und Obervolta. Wert dieser Liefe-  
rungen: Fr. 117'321.--, wovon Fr. 38'249.-- an Aegypten  
(miehe 5.3.1.).

## 5.2. Aufstellung des EMD (KHK)

Wie bisher ist diesem Bericht eine tabellarische Aufstellung beigegeben, der die Ausfuhrbeträge nach Staaten und nach Kriegsmaterialkategorien entnommen werden können. Sie ist aufgrund der von den Zollämtern gelöschten Ausfuhrbewilligungen erstellt.

In dieser Tabelle figurieren Zahlen, die auch das im Freipassverfahren ausgeführte Material einschliessen, welches später in die Schweiz wieder eingeführt wird. Solche Zahlen erscheinen nicht in der Aussenhandelsstatistik. In der Aufstellung des EMD ist die Endbestimmung des Materials berücksichtigt und nicht wie in der Aussenhandelsstatistik das Ersteinfuhrland, wie z.B. Lieferungen zuerst nach Italien für Ecuador (ca. 17,5 Mio) oder nach der BR Deutschland von Kriegsmaterial, das für die Niederlande oder für Belgien bestimmt ist.

Ferner wurden Teile nach diversen Ländern nur zur Bearbeitung speditiert. Nach dieser Bearbeitung werden sie als Baugruppen in die Schweiz wiedereingeführt.

Aus diesen Gründen ergeben sich geringfügige Unterschiede zwischen der Aufstellung des EMD und der Aussenhandelsstatistik.

## 6. Wertung der Statistik (Aussenhandel)

Wie üblich sind der Statistik einige Bemerkungen und Wertungen anzufügen.

### 6.1. Lieferungen an die "Dritte Welt"

Es wird immer wieder von Kriegsmaterialausfuhr-Gegnern als Argument eingewendet, dass zu Unrecht die "Dritte Welt" beliefert werde. Dies ist durch das KMG nicht "an sich" verboten. Was unter den Begriff "Drittweltstaaten" zu fallen hat, ist nirgends verbindlich festgelegt. Es bestehen zwar zwei Listen der UNO, eine über die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC = least developed countries) und eine andere über die von der Oelkrise am meisten betroffenen Länder (MSA = most severely affected countries). Von diesen Staaten erhielten nur folgende MSA-Länder Kriegsmaterial: Aegypten, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Indien, Rwanda, Sudan, Tanzania, Tschad und Obervolta. Wert dieser Lieferungen: Fr. 112'323.--, wovon Fr. 98'249.-- an Aegypten (siehe 6.3.1.).

## 6.2. Hauptbeteiligte

### 6.2.1. Empfangsstaaten

BR Deutschland	142	Mio Franken
Oesterreich	67,5	
Spanien	55,3	
Niederlande	54,3	
Schweden	27,2	
Italien	25	

### 6.2.2. Lieferfirmen

Die wichtigsten Lieferfirmen waren folgende:  
 Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle AG, Zürich (328 Mio); Siemens-Albis AG, Zürich (52,7 Mio); Contraves AG Zürich (18,5 Mio); Eidg. Kriegsmaterialverwaltung (6,6 Mio); Société Suisse des Explosifs, Brig (6,3 Mio); Dixi SA Le Locle (3,8 Mio).

Bei der Ausfuhr durch die Eidg. Kriegsmaterialverwaltung handelt es sich um die Lieferung von liquidierten Panzern AMX 13 nach Singapur.

## 6.3. Einzelfälle

Hier sind einige Besonderheiten zu erwähnen:

### 6.3.1. Aegypten

Die "Egyptian Shooting Federation" erhielt 60'000 Gewehrpatronen GP 11, Kal. 7,5 mm, 20'000 Pistolenpatronen, Kal. 7,65 mm und Ersatzteile für die vor einigen Jahren gelieferten Sportwaffen.

### 6.3.2. BR Deutschland

Fortsetzung der Lieferungen von Waffen und Munition und Feuerleitgeräten für den Flabpanzer. Da die Flabpanzer für Belgien und die Niederlande teilweise in der BR Deutschland montiert werden, erhielt der deutsche Hauptunternehmer auch Kriegsmaterial für diese beiden Länder.

### 6.3.3. Ecuador

Dieses Land hat Flabkanonen mit Munition und Feuerleitgeräten in der Schweiz bezogen, wovon für ca. 17,5 Mio via Italien geliefert wurden.

6.3.4. Italien

Nach Abzug der Lieferungen für Ecuador bleibt noch ein Saldo von ca. 10 Mio nach diesem Land.

6.3.5. Niederlande

Fortsetzung der Lieferungen von Waffen und Feuerleitgeräten zum Flabpanzer. Dieses Land erhielt auch 25 mm Waffen und Munition für die Bewaffnung von Schützenpanzern.

6.3.6. Oesterreich

Es handelt sich hier um die Lieferung von Kanonen und Munition Kal. 20 mm für die Bewaffnung von Schützenpanzern.

6.3.7. Philippinen

Auch nach diesem Land wurden 20 mm Kanonen mit Munition geliefert.

6.3.8. Schweden

Nebst Flugzeug-Kanonen erhielt Schweden auch Munitionskomponenten sowie Teile für elektronische Geräte. Diese Teile werden in Baugruppen montiert, die grösstenteils wieder in die Schweiz eingeführt werden.

6.3.9. Singapur

Die ersten Panzer AMX wurden im Jahre 1979 speditiert. Diese Lieferungen erfolgen durch die Eidg. Kriegsmaterialverwaltung.

6.3.10. Spanien

Fortsetzung der Lieferungen von Flab-Kanonen mit Munition und Feuerleitgeräten.

6.3.11. Jugoslawien

Dieses Land hat Munition in Schweden bestellt, wofür Teile aus der Schweiz bezogen werden. In der Aussenhandelsstatistik figuriert diese Ausfuhr unter Schweden (Ersteinfuhrland), in der Statistik EMD jedoch unter Jugoslawien. Die Nichtwiederausfuhrerklärung gemäss Art. 11 KMG wurde überprüft.

6.3.12. Nach Algerien, Argentinien, Griechenland, Marokko, Peru, Portugal und Zypern wurde nur die Ausfuhr von Spreng- und Zündmitteln für zivile Zwecke (Strassen- und Tunnelbau, Bergbau usw.) bewilligt.

6.3.13. Nach folgenden Ländern wurden lediglich einzelne private Hand- und Faustfeuerwaffen sowie kleinere Mengen von Chemikalien (die als zivile Sprengstoffe gelten) für Laborzwecke geliefert:

Arabische Emirate	Oman
Bulgarien	Rumänien
Elfenbeinküste	Rwanda
Ghana	Saudi Arabien
Guinea	Südafrika
Indien	Sudan
Irak	Taiwan
Israel	Tanzania
Jordanien	Thailand
Katar	Trinidad
Libanon	Tschad
Malaysia	Türkei
Nied. Antillen	Venezuela
Obervolta	

#### 6.4. Zahlen der Vorjahre

6.4.1. Der Vergleich ergibt folgendes:

<u>Jahr</u>	<u>Gesamtausfuhr</u>	<u>KM-Ausfuhr</u>	<u>%</u>
1972	26 187 579 267	260 269 943	0,99
1973	29 943 449 036	275 702 534	0,92
1974	35 353 101 852	236 329 517	0,67
1975	33 429 708 260	370 711 600	1,11
1976	37 044 786 994	491 723 791	1,32
1977	42 158 528 040	513 393 242	1,21
1978	41 779 492 015	425 799 105	1,02
1979	44 024 471 406	424 998 238	0,97

#### 6.5. Gesuchserledigung

Im Jahre 1979 hat das EMD 1'366 Ausfuhrgesuche für 2,3 Mio in eigener Kompetenz behandelt. Dem EDA wurden 1'078 Ausfuhrgesuche im Wert von 599 Mio unterbreitet. Davon wurden dem Bundesrat zwei Gesuche für die Lieferung von Kriegsmaterial nach Chile und Taiwan zum grundsätzlichen Entscheid vorgelegt. Beide wurden abgelehnt.

#### 6.6. Aufstellung über die abgelehnten Gesuche

##### 6.6.1. Durch den Bundesrat

- 11 -

<u>Datum</u>	<u>Material</u>	<u>Wert</u>	<u>Best. Land</u>
14.11.79	gepanzerte Radfahrzeuge	Vorentscheid	Chile
	Panzertürme und Kugelblende	279'705.--	Taiwan

6.6.2. Durch die Verwaltung (EDA/EMD)

<u>Datum</u>	<u>Material</u>	<u>Wert</u>	<u>Best. Land</u>
2.1.79	1 Revolver Kal. 9 mm mit Munition	566.95	Rhodesien
29.3.	1 gepanzertes Radfahrzeug PIRANHA (für eine Vorführung)	600'000.--	Libyen
24.4.	1 Pistole Kal. 9 mm	500.--	Rhodesien
18.5.	2 Sturmgewehre Kal. 5,56 mm mit Munition	3'900.--	Libyen
	2 Pistolen Kal. 9 mm mit Munition)		
9.7.	2 Pistolen Kal 9 mm	1'540.--	BRD <sup>1)</sup>
6.8.	1 Pistole Kal. .45	635.--	Südwestafrika
27.12.	1 Pistole Kal. 9 mm	840.--	Namibia

6.6.3. Negative Vorentscheide der Verwaltung (EDA/EMD)

<u>Datum</u>	<u>Material</u>	<u>Wert</u>	<u>Best. Land</u>
18.5.79	Zünder für Munition	unbekannt	Marokko
13.6.	Artillerie-Feuerleitgerät	"	Taiwan
21.6.	Richtaufsätze mit Zielfernrohr für Minenwerfer	"	Chile
21.6.	Scheitellafetten und Kugelblende	322'000.--	Taiwan
30.8.	bewaffnete Schützenpanzer	unbekannt	Guatemala
20.9.	Flabpanzer auf Chassis M-60	unbekannt	Saudi Arabien

Da diese Vorentscheide in der Anfangsphase der Besprechungen mit den Kunden verlangt werden, kann der Wert selten angegeben werden.

1) Dieses Gesuch wurde nicht aus politischen, sondern aus sicherheitspolizeilichen Gründen abgelehnt. Eine dieser Pistolen kann auf Seriefire umgeschaltet werden. Der Empfänger konnte aber die verlangten Dokumente nicht beibringen.

7. Tätigkeit der Zentralstelle zur Bekämpfung des illegalen Kriegsmaterialverkehrs der Bundesanwaltschaft

7.1. Im Berichtsjahr hat die Zentralstelle 112 (136) Fälle wegen Verdachts des illegalen Waffenhandels behandelt, wobei der Bundesanwalt in drei Fällen eigene Ermittlungen anordnete. 68 (76) Geschäfte wurden zur Verfolgung und Beurteilung an kantonale Strafuntersuchungsbehörden delegiert. Von diesen 68 festgestellten Widerhandlungen wurden 46 wegen Art. 9, 14 wegen Art. 4, 7 wegen Art. 7 VKM und 1 wegen Art. 18 VKM delegiert.

In 10 (16) Fällen stellte der Bundesanwalt das Verfahren ein. Die restlichen 34 Fälle betrafen Ueberprüfungen von Meldungen über mögliche Widerhandlungen im Sinne des KMG, welche der Zentralstelle zugekommen sind. Deren Abklärung ergab, dass entweder keine Widerhandlung vorlag, oder dass sie Personen betrafen, die bereits im Ausland in der gleichen Angelegenheit, wie sie in der Schweiz zur Diskussion stand, verurteilt wurden. Die letztgenannte Kategorie umfasste ausschliesslich Bagatellfälle.

7.2. Zur Illustration seien kurz einige Fälle aufgezeigt:

7.2.1. Anlässlich einer Kontrolle bei einem Waffenhändler wurde festgestellt, dass dieser die Vorschriften über die Buchführung missachtete. Sowohl Waffen als auch Munition wurden seit anfangs Dezember 1977 im Kontrollbuch nicht mehr vorschriftsgemäss nachgeführt. Der Waffenhändler war zur Zeit der Kontrolle unbekanntes Aufenthaltes. Er wurde unter anderem deshalb am 12. Januar 1979 zur Verhaftung ausgeschrieben. Am 4. Februar 1979 wurde er in Holland angehalten und dort in Auslieferungshaft gesetzt. Die anschliessenden Ermittlungen in der Schweiz ergaben u.a., dass er zusammen mit einem andern Waffenhändler im Fürstentum Liechtenstein schiessuntaugliche Faustfeuerwaffen gekauft und diese anschliessend wieder schiessstauglich gemacht hatte. Diese Waffen wurden ohne Waffenerwerbsschein und ohne Eintrag ins Kontrollbuch weiterverkauft. Aufgrund dieses Sachverhalts annullierte die Direktion der Eidg. Militärverwaltung die am 18. April 1977 erteilte Grundbewilligung. Das Strafverfahren wurde dem Kanton Bern zur Beurteilung übertragen.

7.2.2. Am 2. Mai 1979 ersuchte die Direktion der Eidg. Militärverwaltung die Bundesanwaltschaft um Abklärungen bei einem Schweizer Unternehmen wegen Verdachts der Widerhandlung gegen das KMG. Sie überwies der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige der Anti-Apartheid-Bewegung der Schweiz sowie

einen Bericht über ein Hearing des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 14./20. Juli 1977 zum Thema "Anwendung des Waffenembargos gegen Südafrika". Ein vor diesem Hearing einvernommener Zeuge behauptete, dass in der südafrikanischen Armee gepanzerte Fahrzeuge der Marke PIRANHA im Einsatz stehen sollen. Die im Rahmen des gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens durch die Bundesanwaltschaft getätigten Abklärungen ergaben die Haltlosigkeit der gegenüber der Schweizer Firma erhobenen Vorwürfe. Eine Verletzung des KMG, wie sie vom erwähnten Zeugen behauptet wurde, lag nicht vor. Das Ermittlungsverfahren wurde am 25. Mai 1979 vom Bundesanwalt eingestellt.

- 7.2.3. Am 13. August 1979 überbrachten zwei Polizeibeamte der Gendarmerie von Chamonix/F ein von der Untersuchungsrichterin des Tribunal de Grande Instance von Bonneville/F ausgestelltes internationales Rechtshilfeersuchen. Den Untersuchungsakten konnte entnommen werden, dass vier in der Schweiz wohnhafte Bergführer in der Zeit vom 16. bis 24. Juli 1979 im Mont-Blanc-Gebiet mit Hilfe von Sprengstoff ca. 600 kg Kristalle freigelegt haben. Wegen Verdachts der Widerhandlung gegen das KMG eröffnete der Bundesanwalt am 16. August 1979 ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren. Die Nachforschungen ergaben, dass der Sprengstoff, die Zündschnur und die Zündkapseln in der Schweiz ordnungsgemäss gekauft, jedoch illegal nach Frankreich ausgeführt worden waren.
- 7.2.4. Aufgrund eines Rechtshilfegesuchs der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Hamburg sprachen am 3. September 1979 zwei Kriminalbeamte des Bundeskriminalamtes (BKA) Wiesbaden bei der Bundesanwaltschaft in Bern vor. Aufgrund der Akten konnte festgestellt werden, dass dem BKA bekannt wurde, dass ein deutscher Staatsangehöriger einen Vertrag über die Lieferung von Gewehren der Bezeichnung M 16 A 1 mit Munition zu einem Preis von 110'000 US-Dollar abgeschlossen hatte. Die Waffen hätten von Belgien nach Marokko geliefert werden sollen. Der Käufer der Waffen hielt sich in der Schweiz auf. Der Angeschuldigte besass keine deutsche Wafenhändlerbewilligung. Da die Waffen die Schweiz nicht berührt hatten und demnach keine Widerhandlung gegen das KMG vorlag, hat die Bundesanwaltschaft den Ermittlungen in der Schweiz nur im Sinne der gewährten Rechtshilfe beigewohnt. Für die Beweisführung im Strafverfahren gegen den Deutschen war es für das BKA Wiesbaden wichtig, den Käufer der Waffen zu befragen. Der Käufer erklärte sich bereit, in Genf vor Beamten des BKA sachdienliche Angaben zu machen und erklärte sich in der Folge auch bereit, im Prozess gegen den Deutschen als Zeuge auszusagen.

### 7.3. Ueberprüfungen

- 7.3.1. Bei der Ueberprüfung des Eintreffens des bereits ausgeführten Kriegsmaterials gemäss Art. 17 VKM konnten keine Unregelmässigkeiten festgestellt werden.
- 7.3.2. Gemeinsam mit den kantonalen Polizeibehörden wurden 36 (35) Gesuche um Grundbewilligung für den Handel mit Kriegsmaterial überprüft. Allen Gesuchen konnte zugestimmt werden.
- 7.3.3. Gesuchsteller für das Wiederladen von Munition wurden 138 (180) überprüft. Zwei Gesuche mussten aus sicherheitspolizeilichen Gründen abgelehnt werden.
- 7.3.4. Im Berichtsjahr wurden weiter 438 (384) Gesuchsteller für Spezialbewilligungen zum Ankauf von Serief Feuerwaffen überprüft. Vier Bewilligungen konnten aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht erteilt werden.
- 7.3.5. Weiter wurden 154 (165) Gesuchsteller für die Beschaffung von halbautomatischen Handfeuerwaffen überprüft. 4 (3) Gesuchen konnte nicht entsprochen werden, da sie die erforderlichen Dokumente nicht beizubringen vermochten.

### 8. Beurteilung der Praxis

- 8.1. Unter diesem Abschnitt wird üblicherweise, wenn auch ohne Wertung, darzustellen versucht, wie sich die Praxis betreffend die Ausfuhrbewilligungen entwickelte.
- 8.2. Im Berichtsjahr hat sich weder eine Verschärfung der Praxis noch eine largere Handhabung aufgedrängt. Es hatte praktisch keine Fälle, bei denen das KMG eine andere als die getroffene Lösung gestattet hätte.
- 8.3. Die für die Ausfuhr nach Chile und Taiwan gestellten Gesuche mussten deshalb sehr eingehend geprüft werden, weil eine Beurteilung nach Art. 11 Abs. 2 KMG einige Fragen aufwarf. Die Abklärung im Falle Chile ergaben, dass angesichts der innerpolitischen Situation dieses Landes, mindestens zur Zeit, Art. 11 Abs. 2 des KMG einer Belieferung mit Kriegsmaterial entgegensteht. Dies vor allem auch, weil als Folge einer Bewilligungserteilung ein Präzedenzfall für andere Staaten mit ähnlichen innerpolitischen Verhältnissen geschaffen worden wären.

- 8.4. Bei Taiwan stellte sich die Frage etwas anders. Taiwan wird aber von der Schweiz nicht anerkannt, weshalb für die völkerrechtliche Durchsetzung und Echtheitskontrolle von Nichtwiederausfuhrerkklärungen keine Gewähr besteht.
- 8.5. Im Anschluss an die Motionen Friedrich und Carobbio (im Ständerat die Motion Herzog) entstand in der September-Session im Nationalrat eine ausgedehnte Diskussion nicht nur über diese Vorstösse, sondern ganz allgemein über das Problem der Kriegsmaterialausfuhr. Diese Aussprache ist für den Bundesrat und die Verwaltung wegleitend. Obschon die Motion Friedrich als Postulat überwiesen wurde, darf festgestellt werden, dass der Ermessensspielraum des Bundesrates so schmal ist, dass ein Abweichen von der bisherigen Praxis kaum möglich erscheint. Immerhin wurde zur Kenntnis genommen, dass das Parlament jedenfalls keine Verschärfung der Ausfuhrpraxis wünscht.

Gegen Jahresende hat sich in gewissen Bevölkerungskreisen, vor allem der französischsprachigen Schweiz, eine Opposition gegen die Ausfuhr von Waffen entwickelt.

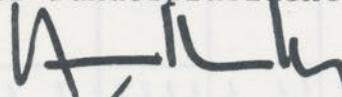
- 8.6. Falls die Angaben des SIPRI (Internationales Institut für Friedensforschung, Stockholm) zutreffen, wonach im Jahre 1979 die Rüstungsausgaben 480 Mrd Dollars erreichen, so beträgt der Anteil der schweizerischen Kriegsmaterialausfuhr 0,052% davon.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

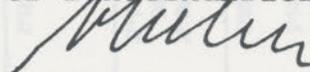
Bern, 26. März 1980

IM NAMEN DES SCHWEIZ. BUNDESRATES

Der Bundespräsident



Der Bundeskanzler



Beilage

- Aufstellung
- parlamentarische Vorstösse mit Antworten

Bestimmungsländer Pays de destination	Kat./Cats	T O T A L																	
		a 1 Kriegsaffen Armes de guerre	a 1 Hand- + Faust- feueraffen Armes privées	a 3 Abschussgeräte Engins de lancement	a 4 Richt-, Ziel- + Feuerleitgeräte Appareils de conduite de tir	a 5 Munition für Kriegsaffen Munitions pour armes de guerre	a 5 Munition für Handfeueraffen Munitions pour armes privées	a 6 Spreng- + Zündmittel Explosifs, moyens d'inflammation	b 1 Panzerfahrzeuge Véhicules blindés	Beaufinete Flugzeuge Avions armés	T O T A L								
Ägypten			12'607.-							85'640.-									98'249.-
Algerien			860.-							100.-									403'500.-
Argentinien		6'790'068.-	26'306.-	27'100.-	36'000.-	10'904'643.-				5'250.-				165'900.-					644'930.-
Belgien																			17'964'516.-
Brasilien		37'662.-			414'499.-														452'161.-
Brunei		40'000.-																	40'000.-
Dänemark		85.-																	2'401'018.-
Deutschland		40'915'643.-	845'138.-	330'429.-	51'064'657.-	24'224'040.-	2'340'295.-	60'188.-	421'025.-	1'928'069.-									119'789'989.-
Ecuador		23'013'500.-			10'050'861.-														33'064'385.-
England		754'110.-	20'488.-	125'580.-	230'330.-	1'370'867.-	2'750.-	2'750.-	97'382.-										2'371'177.-
Finnland		35'675.-	7'590.-																278'401.-
Frankreich		2'462'543.-	117'275.-	66'000.-	36'100.-	1'012'233.-	3'002.-	3'002.-	183'748.-				348'645.-						4'229'546.-
Griechenland			7'475.-																280'520.-
Indien		1'500.-	1'905.-	5'000.-	40'000.-	203'734.-	23.-							41'200.-					248'373.-
Indonesien		5'000.-																	54'207.-
Italien		4'153'912.-	63'674.-	9'871.-	4'147'443.-	780'676.-			844'611.-										10'000'187.-
Japan		2'120'748.-	3'598.-																2'321'009.-
Jugoslawien			4'149.-																1'377'500.-
Kanada		1'802.-	2'415.-																32'700.-
Karotte																			144'000.-
Niederlande		32'111'673.-	16'610.-		220'298.-	35'725'219.-	3'900.-		196'658.-	2'920.-									68'085'218.-
Norwegen		900'273.-	51'160.-		739'189.-	364'922.-	163.-		14'900.-										2'070'609.-
Osterreich		22'868'550.-	142'738.-		5'470'384.-	40'327'482.-	1'628.-		640'682.-										69'451'424.-
Peru		2'400.-	500.-						1'726'992.-										1'729'292.-
Philippinen		6'005'660.-	3'810.-		38'440.-	85'020.-	3'155.-												6'136'085.-
Portugal		5'547'251.-	36'955.-		9'164.-	11'893'109.-	15.-		334'286.-										343'460.-
Schweden		1'153'515.-	50.-		39'101.-	991'253.-	45.-		7'772.-					1'635'221.-					30'559'299.-
Singapur																			8'161'964.-
Spanien		31'271'891.-	14'235.-		18'314'721.-	2'179'060.-	1'353.-		2'164'209.-										55'485'759.-
U S A		3'050'874.-	89'907.-		30'360.-	432'043.-	12'409.-		48.-										3'639'933.-
Diverse		20'485.-	130'772.-			2'038.-	20'635.-		28'459.-										202'387.-
																			442'061'798.-

78.499 Interpellation Braunschweig

vom 27. September 1978

Waffenausfuhr. Praxis und ZuständigkeitText des Vorstosses

Die blutigen Unruhen der letzten Wochen in Persien konnten nur noch mit Geheimpolizei SAVAK, Verhängung des Kriegsrechts, Maschinengewehren und Panzerkanonen unterdrückt werden. Zur schweizerischen Waffenausfuhr nach Persien ergeben sich nach diesen Ereignissen die folgenden Fragen:

1. Auch im ersten Halbjahr 1978 exportierte die Schweiz für über 2 Millionen Schweizerfranken Sprengkapseln, Zünder und Waffenteile, total für über 6 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Persien. Welches Kriegsmaterial wurde für die Differenz von 4 Millionen Franken geliefert? Könnte in Zukunft die Aussenhandelsstatistik so präzisiert werden, dass der Benützer diese Frage selber beantworten kann? Wie lauten die entsprechenden Zahlen seit dem 30. Juni 1978?
2. Während Jahren rechtfertigte der Bundesrat die massiven Kriegsmateriallieferungen nach Persien mit dem Hinweis auf den defensiven Charakter der Waffen und der ihm in Aussicht gestellten Garantie, das Kriegsmaterial werde nicht gegen die Opposition im Empfängerland unter Missachtung der Menschenrechte zur Anwendung kommen. Ist der Bundesrat heute in der Lage, zu bestätigen, dass schweizerisches Kriegsmaterial in den letzten Monaten nicht gegen das persische Volk eingesetzt worden ist? Besitzt er die entsprechenden Zusicherungen seitens der Empfänger auch für die nahe und ferne Zukunft?
3. Es ist heute offensichtlich, dass der Bundesrat während Jahren die innenpolitische Lage Persiens völlig falsch eingeschätzt hat. Wer trägt dafür die Verantwortung? Zuständig und federführend für das Bewilligungsverfahren ist in erster Linie das Eidgenössische Militärdepartement. Nachdem das aussenpolitische Gewicht der Waffenausfuhr neuerdings sichtbar geworden ist - nach ähnlichen Erfahrungen in Chile, Pakistan und andern Staaten - frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, die bisherige Zuständigkeit des EMD dem Politischen Departement zu übertragen.

5.3.1979

Mitunterzeichner

Ammann-St. Gallen, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Christinat, Diethelm, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Nanchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-St. Gallen, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder

Begründung

Die riesigen Demonstrationen der persischen Bevölkerung in allen Teilen des Landes verschafften der Weltöffentlichkeit Klarheit über den despotischen Herrschaftscharakter des Schahs Resa Pahlewi. Er kann sich heute und wohl schon seit Jahren nur auf eine dünne Oberschicht, auf die Polizei und die Armee stützen. Das Volk aus Stadt und Land, aus allen Schichten und Regionen, Liberale, Linke und Konservative, Religiöse und Intellektuelle, Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende, alle lehnen den Schah, seine Herrschaft und seine Dynastie ab und bekämpfen Unfreiheit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

Allerdings war dies seit Jahren bekannt: In zahlreichen parlamentarischen Vorstössen wurde seit den Siebzigerjahren immer wieder auf ungesetzliche Hinrichtungen, auf Folterungen, auf zahlreiche Gefangene ohne Gerichtsurteil, auf die missachteten Freiheiten und Menschenrechte sowie auf einige aussenpolitische Eskapaden des persischen Herrschers hingewiesen. Und in dieser Zeit überstiegen die schweizerischen Waffen- und Kriegsmaterialexporte nach Persien qualitativ und quantitativ die Lieferungen in andere Länder bei weitem und erreichen den Gegenwert von einer halben Milliarde Schweizerfranken. Die schweizerische Rüstungsindustrie muss sich den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrer unkritischen Geschäftstüchtigkeit ein Régime der Unmenschlichkeit zementiert zu haben. Diese Politik ist nicht nur skrupellos sondern auch kurzfristig, denn langfristige Exportwirtschaft müsste auf Kreise und Schichten ausgerichtet sein, die dereinst an der Macht teilnehmen werden.

Während Jahren stellte sich der Bundesrat schützend vor das Bündnis zwischen der schweizerischen Rüstungsindustrie und dem persischen Herrscher, indem er stereotyp erklärte: "Es besteht auch heute weder eine Veranlassung noch eine gesetzliche Pflicht, die Lieferungen einzustellen. Die Entwicklung der Lage im Iran wird weiterhin aufmerksam verfolgt" (z.B. 16.2.1977). Leider hat sich das Gegenteil als richtig erwiesen: Der Bundesrat hätte bei vielen Gelegenheiten Veranlassung haben müssen, Kriegsmaterialexporte nach Persien zu unterbinden, und er wäre durch das Kriegsmaterialgesetz vom 30. Juni 1972 verpflichtet gewesen, in seiner Bewilligungspraxis die Spannungen und die Missachtung der Menschenrechte zu berücksichtigen. Stattdessen erklärte der Bundesrat 1973 auf eine kleine Anfrage Hubacher geradezu zynisch: "Für die krisenhafte Entwicklung liegen bisher für Persien keine Anhaltspunkte vor". Heute gibt sogar der Schah - in - Schah zu, dass die Entwicklung in seinem Land in einseitiger Weise

erfolgte und die Spannungen auslöste, deren Zeugen wir in den letzten Wochen waren. Durch die zeitweiligen und wieder unterbrochenen Liberalisierungsmaßnahmen gestand der persische Herrscher die Missachtung der Menschenrechte selber und vor aller Öffentlichkeit ein, so dass es auch dem Bundesrat nicht schwer fallen sollte, seine jahrelange falsche Einschätzung der politischen Lage Persiens zu erkennen.

Kurzfristig brachten die riesigen Waffenexporte einigen Unternehmern grossen Gewinn; langfristig zahlte unser Land dafür einen zu hohen Preis an Vertrauenswürdigkeit, Partnerschaft und Good-will. Dieser Schaden kann nur wieder gutgemacht werden, wenn der Bundesrat bereit ist, seine bisherige large Bewilligungspraxis im Sinne unserer Interpellation zu überdenken.

### Stellungnahme des Bundesrats

1. Neben den für 2 Millionen Franken ausgeführten Sprengkapseln, Zündern und Waffenteilen wurden im ersten Halbjahr 1978 noch für 4 Millionen Franken Ersatzteile für Flab-Feuerleitgeräte sowie Halbfabrikate nach dem Iran exportiert.

In der Aussenhandelsstatistik werden zum Teil Geräte und Bestandteile in Rubriken aufgeführt, die auch noch andere Waren enthalten. So werden zum Beispiel Feuerleitgeräte und deren Bestandteile in der gleichen Rubrik aufgeführt wie Radio- und Fernsehgeräte. Bei Metallteilen hängt die Klassierung überdies von der Legierung ab. Die Rubriken des Zolltarifs beruhen auf internationalen Vereinbarungen und können deshalb, <sup>von uns</sup> nicht willkürlich geändert werden. Daher wird seit 1975 der Aussenhandelsstatistik eine besondere Übersicht beigegeben, die im einzelnen angibt, wieviel Kriegsmaterial in welche Länder ausgeführt wurde.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1978 wurden auf Grund von früher erteilten Bewilligungen noch für 2,8 Millionen Franken Kriegsmaterialbestandteile nach dem Iran ausgeführt. Seit Oktober 1978 erfolgten keine Kriegsmateriallieferungen mehr.

2. Die Schweiz hat nach dem Iran keine Infanteriewaffen ausgeführt, sondern Fliegerabwehrgeschütze. Es sind keine Fälle bekannt, in denen mit solchen gegen die Bevölkerung vorgegangen wurde. Eine Garantie für die Art des Einsatzes von ausgeführtem Kriegsmaterial kann indessen auf Grund des Kriegsmaterialgesetzes vom Abnehmerland nicht verlangt werden. Sie ergibt sich aus der Zweckbestimmung der ausgeführten Waffen und Geräte.
3. Das Kriegsmaterialgesetz schreibt vor, dass keine Bewilligungen erteilt werden dürfen nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Im Sinne dieser Bestimmung konnten in den letzten Jahren Exportbewilligungen erteilt werden.

## CONSEIL NATIONAL

Gemäss Art. 12 KMG ist der Bundesrat zuständig. Die Bewilligungen wurden denn auch stets durch den Bundesrat erteilt. Art. 13 Abs. 2 der Verordnung über das Kriegsmaterial schreibt vor, dass das Politische Departement bestimmt, welche Fälle dem Bundesrat im Sinne des erwähnten Art. 12 KMG vorzulegen sind. Das gleiche Departement nimmt zur Frage der Konflikte und Spannungen zuhanden der Entscheidungsbehörde Stellung. Die Zuständigkeit des Politischen Departements ist demnach bereits gegeben.

- que par la police secrète (SAVAK), la proclamation de la loi martiale, les mitrailleuses et les canons blindés. Après de tels événements, les questions suivantes se posent en ce qui concerne nos exportations d'armes à destination de la Perse:
1. Durant le premier semestre 1978 également, la Suisse a exporté en Iran pour plus de 2 millions de francs de capsules fulminantes, détonateurs et pièces détachées d'armes, mais au total pour plus de 5 millions de francs de matériel de guerre. Quel matériel de guerre a-t-il été livré à l'Iran pour la différence, soit 3 millions de francs? La statistique du commerce extérieur pourrait-elle, à l'avenir, être précisée de telle façon que celui qui la consulte puisse lui-même répondre à cette question? Quels sont les chiffres correspondants depuis le 30 juin 1978?
  2. Pendant des années, le Conseil fédéral a justifié les livraisons massives de matériel de guerre à l'Iran en arguant du caractère défensif des armes exportées, ainsi que des promesses que lui aurait faites le pays de destination de ne pas utiliser ledit matériel de guerre contre l'opposition, c'est-à-dire au mépris des droits de l'homme. Le Conseil fédéral est-il aujourd'hui en mesure de certifier qu'aucun matériel de guerre d'origine suisse n'a été utilisé, au cours de ces derniers mois, contre le peuple iranien? A-t-il également reçu des assurances correspondantes pour un proche avenir et un futur plus lointain?
  3. Il est évident que, pendant des années, le Conseil fédéral a porté un jugement fondamentalement erroné sur la situation intérieure de l'Iran. A qui en incombe la responsabilité? Le Département militaire fédéral est compétent au premier chef en ce qui concerne la procédure d'autorisation d'exporter des armes. Puisque ces exportations ont repris récemment une importance sur le plan de la politique étrangère - à la suite de fâcheuses expériences analogues faites au Chili, au Pakistan et dans d'autres Etats -, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à transférer du DMP au Département politique la compétence y relative.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants: Ammann-Saint-Gall, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Brubachi, Bundi, Christinat, Diethelm, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Manchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-Saint-Gall, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder.

Réponse écrite

CONSEIL NATIONAL78.499 Interpellation Braunschweig

du 27 septembre 1978

Exportation d'armes. Autorité compétente et pratique suivie

Les troubles sanglants de ces dernières semaines en Iran n'ont pu être matés que par la police secrète (SAVAK), la proclamation de la loi martiale, les mitrailleuses et les canons blindés. Après de tels événements, les questions ci-après se posent en ce qui concerne nos exportations d'armes à destination de la Perse:

1. Durant le premier semestre 1978 également, la Suisse a exporté en Iran pour plus de 2 millions de francs de capsules fulminantes, détonateurs et pièces détachées d'armes, mais au total pour plus de 6 millions de francs de matériel de guerre. Quel matériel de guerre a-t-il été livré à l'Iran pour la différence, soit 4 millions de francs? La statistique du commerce extérieur pourrait-elle, à l'avenir, être précisée de telle façon que celui qui la consulte puisse lui-même répondre à cette question? Quels sont les chiffres correspondants depuis le 30 juin 1978?
2. Pendant des années, le Conseil fédéral a justifié les livraisons massives de matériel de guerre à l'Iran en arguant du caractère défensif des armes exportées, ainsi que des promesses que lui aurait faites le pays de destination de ne pas utiliser ledit matériel de guerre contre l'opposition, c'est-à-dire au mépris des droits de l'homme. Le Conseil fédéral est-il aujourd'hui en mesure de certifier qu'aucun matériel de guerre d'origine suisse n'a été utilisé, au cours de ces derniers mois, contre le peuple iranien? A-t-il également reçu des assurances correspondantes pour un proche avenir et un futur plus lointain?
3. Il est évident que, pendant des années, le Conseil fédéral a porté un jugement foncièrement erroné sur la situation intérieure de l'Iran. A qui en incombe la responsabilité? Le Département militaire fédéral est compétent au premier chef en ce qui concerne la procédure d'autorisation d'exporter des armes. Puisque ces exportations ont repris récemment une importance sur le plan de la politique étrangère - à la suite de fâcheuses expériences analogues faites au Chili, au Pakistan et dans d'autres Etats-, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à transférer du DMF au Département politique la compétence y relative.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants: Ammann-Saint-Gall, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Christinat, Diethelm, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Nanchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-Saint-Gall, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder.

5.3.1979

## Développement

Les manifestations gigantesques du peuple iranien, dans toutes les parties du pays, ont révélé à l'opinion mondiale le caractère despotique du régime du Shah Reza Pahlewi. Depuis des années, il ne peut s'appuyer que sur une classe dominante fort ténue, sur la police et l'armée. Le peuple des villes et des campagnes, de tous les milieux et régions, les libéraux, les hommes de gauche et les conservateurs, les religieux et intellectuels, les ouvriers, paysans et artisans, tous sont hostiles au Schah, à sa domination et à sa dynastie; tous luttent pour la liberté et contre l'injustice et l'oppression.

Certes, on le savait depuis longtemps: dès le début des années septante, un grand nombre d'interventions parlementaires n'ont cessé d'attirer l'attention sur des exécutions illégales, des tortures, sur le sort de nombreux citoyens emprisonnés sans jugement, sur les libertés et les droits de l'homme bafoués et sur quelques escapades du potentat iranien en matière de politique extérieure. Et pendant ce temps, les exportations suisses d'armes et de matériel de guerre vers la Perse ont dépassé beaucoup, en qualité et en quantité, les livraisons destinées à d'autres pays, atteignant la contre-valeur de 500 millions de nos francs. L'industrie suisse des armements s'est attiré le reproche d'avoir cimenté un régime inhumain, du fait de son affairisme dépourvu de sens critique. Cette politique est non seulement dénuée de scrupules mais encore irréfléchie, car une industrie d'exportation soucieuse de l'avenir devrait ménager les milieux et classes sociales qui participeront un jour au pouvoir.

Pendant des années, le Conseil fédéral a couvert de son aile protectrice l'alliance conclue entre l'industrie suisse des armements et le monarque iranien, en déclarant de manière stéréotypée, par exemple le 16 février 1977: "Il n'y a pour le moment ni raison ni obligation légale de suspendre les livraisons à destination de l'Iran. Nous continuerons de suivre attentivement l'évolution de la situation dans ce pays". C'est malheureusement le contraire qui s'est révélé juste: à maintes occasions, le Conseil fédéral aurait eu toutes les raisons de suspendre les exportations de matériel de guerre vers l'Iran et aurait été tenu par la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre de prendre en considération, dans sa pratique en matière d'autorisation, les tensions et les violations des droits de l'homme. Au lieu de cela, le Conseil fédéral, répondant en 1973 à une question ordinaire Hubacher, a déclaré cyniquement: "Il n'existe encore aucun indice permettant de supposer que l'Iran s'achemine vers une crise". Aujourd'hui, le Schah-in-shah lui-même reconnaît que l'évolution de son pays s'est faite de manière unilatérale, ce qui a provoqué les tensions dont nous avons été témoins ces dernières semaines. En prenant de temps à autre des mesures de libéralisation qui ont été rapidement suspendues, le monarque iranien a avoué lui-même à la face de l'opinion publique mondiale que les droits de l'homme sont violés; le Conseil fédéral devrait donc reconnaître sans peine que, depuis des années, il se fait une idée fautive de la situation politique en Iran.

- 3 -

A court terme, les exportations massives d'armes ont procuré de gros bénéfices à quelques chefs d'entreprise; mais, à long terme, cela coûte à notre pays une perte considérable de crédibilité, considération et de good-will sur le plan international. Ce dommage ne pourra être réparé qu'à la condition que le Conseil fédéral se déclare prêt à réexaminer, dans le sens indiqué dans notre interpellation, la pratique actuellement très libérale qu'il a suivie jusqu'à présent en matière d'autorisation d'exporter des armes.

### Réponse du Conseil fédéral

1. Outre les amorces, détonateurs et pièces d'armes d'une valeur de 2 millions de francs exportés durant le premier semestre de 1978, la Suisse a fourni à l'Iran des pièces de rechange pour les appareils de conduite du tir ainsi que des produits semi-fabriqués pour une somme de 4 millions de francs.

Des appareils et des pièces détachées sont parfois mentionnés sous des rubriques de la statistique du commerce extérieur qui ont également trait à d'autres marchandises. Les appareils de conduite du tir et leurs pièces détachées figurant par exemple sous la même rubrique que les radios et les téléviseurs. Au surplus, la classification de pièces métalliques dépend de leur alliage. Les rubriques du tarif douanier sont fondées sur des conventions internationales et nous ne pouvons donc pas les modifier arbitrairement. C'est la raison pour laquelle la statistique du commerce extérieur est complétée depuis 1975 par un tableau indiquant le détail des exportations de matériel de guerre vers les divers pays.

Au cours du second semestre de 1978, des pièces détachées de matériel de guerre ont encore été exportées en Iran pour une somme de 2,8 millions de francs, en vertu d'autorisations accordées antérieurement. Toutefois, aucune livraison n'a eu lieu depuis octobre 1978.

2. La Suisse n'a pas fourni d'armes d'infanterie à l'Iran; elle ne lui a livré que des canons de défense contre avions. On ne connaît pas de cas dans lesquels ces armes auraient été utilisées contre la population. Du reste, la loi sur le matériel de guerre ne permet d'exiger aucune garantie quant à l'usage de l'arme. Cet usage est déterminé par le genre des armes et appareils exportés.
3. La loi sur le matériel de guerre prescrit qu'aucune autorisation d'exportation ne peut être délivrée à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses. Cette disposition a donc permis de délivrer des autorisations d'exportation au cours de ces dernières années. Selon l'article 12 de la loi sur le matériel

- 4 -

de guerre, elles l'ont toujours été par le Conseil fédéral. Conformément à l'article 13, 2e alinéa, de l'ordonnance, le Département politique fédéral désigne les cas à soumettre au Conseil fédéral en vertu de l'article 12 de la loi. Le même département donne son avis à l'autorité chargée de la décision à propos des conflits et des tensions pouvant régner dans le pays destinataire. La compétence demandée est donc dévolue d'ores et déjà au Département politique.

### Material-Bezug

#### Vorstellung

Das Parlament wird beauftragt, die folgenden Änderungen des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial zu prüfen.

Schweizerischen und in der Schweiz niedergelassenen Firmen - schweizerischen Firmen auch für die Zusammenarbeit mit ihren Filialen im Ausland - wird jede Transaktion von Fabrikationsrechten und Patenten für Kriegsmaterial ohne Grundbewilligung des Bundes verboten.

Es wird verboten, ohne Grundbewilligung des Bundes Rohöl- und Metallarbeiten auszuführen oder Kriegsmaterial durch die Schweiz zu führen.

Nationalen und juristischen Personen, schweizerischen und ausländischen, wird jede Tätigkeit strikt verboten, die direkt oder indirekt mit dem Handel von Kriegsmaterial auf schweizerischem Gebiet zusammenhängt. Das Verbot soll auch gelten, wenn das Kriegsmaterial weder in der Schweiz hergestellt noch durch die Schweiz geführt wird.

Es wird strikt verboten, dass Personen, die direkt oder indirekt einer ausländischen Armee oder Polizeitruppe angehören, auf schweizerischem Gebiet mit Kriegsmaterial oder sonstige offensichtlich zu militärischen Zwecken bestimmten Materialübungen durchführen.

Der Begriff "Kriegsmaterial" wird auf die bewaffneten oder unbewaffneten Transportmittel (Luft-, Land- und Wasserfahrzeuge) ausgedehnt, die offensichtlich für eine ausländische Armee bestimmt sind.

### Unterschriften

Dr. Vincent

1975

NATIONALRAT

Schriftliche Beantwortung

78.379 Motion Carobbio

vom 19. April 1978

Kriegsmaterial-GesetzText des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, die folgenden Aenderungen des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial zu prüfen.

1. Schweizerischen und in der Schweiz niedergelassenen Firmen - schweizerischen Firmen auch für die Zusammenarbeit mit ihren Filialen im Ausland - wird jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten für Kriegsmaterial ohne Grundbewilligung des Bundes verboten.
2. Es wird verboten, ohne Grundbewilligung des Bundes Ueberhol- und Unterhaltsarbeiten auszuführen oder Kriegsmaterial durch die Schweiz zu führen.
3. Natürlichen und juristischen Personen, schweizerischen und ausländischen, wird jede Tätigkeit strikt verboten, die direkt oder indirekt mit dem Handel von Kriegsmaterial auf schweizerischem Gebiet zusammenhängt. Das Verbot soll auch gelten, wenn das Kriegsmaterial weder in der Schweiz hergestellt noch durch die Schweiz geführt wird.
4. Es wird strikt verboten, dass Personen, die direkt oder indirekt einer ausländischen Armee oder Polizeitruppe angehören, auf schweizerischem Gebiet mit Kriegsmaterial oder sonstwie offensichtlich zu militärischen Zwecken bestimmtem Material Uebungen durchführen.
5. Der Begriff "Kriegsmaterial" wird auf die bewaffneten oder unbewaffneten Transportmittel (Luft-, Land- und Wasserfahrzeuge) ausgedehnt, die offensichtlich für eine ausländische Armee bestimmt sind.

Mitunterzeichner

Muret, Vincent

16.5.1979

Begründung1. Verboten ist der Handel mit Fabrikationslizenzen und -patenten für Kriegsmaterial

- A. Es ist bekannt, dass Schweizer Waffenfabrikanten das Kriegsmaterial-Gesetz umgehen, indem sie ausländischen Firmen, vor allem eigenen Filialen, die Produktionsrechte für Waffen überlassen, deren Export nach bestimmten Ländern von den Schweizer Behörden verboten worden ist. "Unsere wichtigsten Waffenhersteller haben sich dieser gesetzlichen Regelung angepasst. Sobald für bestimmte Länder Exportbeschränkungen zu erwarten sind, werden diese Geschäfte über eine Tochterfirma im Ausland abgewickelt. Zu diesem Zwecke sind verschiedene Firmen gegründet oder Kooperationsverträge mit ausländischen Gesellschaften abgeschlossen worden." (Schweizerische Technische Zeitschrift 8.9.1977. H. Gysling Ing. ETH)
- B. Das anschaulichste Beispiel gibt die Bührle-Gruppe, die nach dem Inkrafttreten gewisser Einschränkungen die Produktion bestimmter Waffen und Geräte einfach ins Ausland verlegt hat. So wurde zum Beispiel die Produktion von Zielgeräten (Superfledermaus und Skyguard) der Contraves Italiana SpA und die Fabrikation von Munition der British Manufacture and Research Company Ltd, übertragen; eine Lizenz für die Entwicklung von 25-Millimeter-Panzerabwehrkanonen hat die Firma in die USA vergeben, und die Fliegerabwehrkanonen für den französischen Panzer Gepard sind eine Gemeinschaftsproduktion mit dem Groupement Industriel des Armements terrestres, usw. usw. Im besonderen hat die italienische Filiale die südafrikanische Armee mit Fliegerabwehrkanonen beliefert, ungeachtet der Zusicherungen über die Einhaltung des Waffenembargos, die der Bundesrat kurz zuvor dem UNO-Generalsekretär abgegeben hatte (die 35-Millimeter-Kanonen waren an der Messe von Rand, Südafrika, im Mai 1977 ausgestellt).
2. Verboten sind Ueberhol- und Unterhaltsarbeiten sowie die Durchführung von Waffen und Übungen mit Kriegsmaterial auf Schweizer Boden.
- A. Im März 1978 hatte die Firma Transair in Genf zwei mauretanische Flugzeuge zu überholen, die für Truppentransporte eingesetzt wurden. Mauretanien ist in den bewaffneten Konflikt um die Eroberung der ehemaligen spanischen Sahara verwickelt. Die Ueberholarbeiten an den beiden Flugzeugen bedeuteten also (eine) Unterstützung einer kriegführenden Macht und widersprechen demnach unserer Neutralität (vgl. Tribune Le Matin vom 9.3.1978).
- B. Am 14. Juni 1976 haben vier Funktionäre der chilenischen Polizei in Genf auf dem Flughafen von Cointrin sechs Helikopter der deutschen Firma Messerschmitt-Böckow-Blöhm geprüft und erprobt. Diese Helikopter waren nach den aufgemalten Kennzeichen (C-9 bis C-14) für das chilenische Heer bestimmt.

- C. Im Juli 1977 wurden vier Piloten und fünf Techniker der Armee des ugandischen Diktators Idi Amin in Altenrhein SG auf den sechs Flugzeugen des Typs Bravo AS 202 ausgebildet, welche die Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein AG an Amin verkauft hatten.
- D. Im Januar 1978 wurden auf einem Flugplatz im Wallis fünf Piloten der argentinischen Militärpolizei auf Flugzeugen des in Stans fabrizierten Typs Pilatus-Porter ausgebildet. Kurz vorher waren vier solche Flugzeuge dem Regime von General Videla, einer der brutalsten südamerikanischen Diktaturen, verkauft worden.
- E. In all den erwähnten Fällen waren die Lieferungen ganz klar für die Armee oder die Polizei kriegführender Staaten bestimmt, oder die Abnehmer waren Staaten, die international dafür bekannt sind, dass sie Militär und Polizei einsetzen, um die Grundrechte des Einzelnen mit äusserster Strenge zu unterdrücken. Die Leute, die zur Fliegerausbildung in die Schweiz geschickt worden sind, gehören solchen Staaten an, und ihre Anwesenheit widersprach den Grundsätzen eines Staates, der angibt, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu kämpfen.

### 3. Verboten ist der Waffenhandel auf Schweizer Gebiet

- A. Die multinationale Gesellschaft Honeywell hat in der Schweiz zwei Filialen, die Honeywell Bull AG und die Honeywell AG, mit Büros in Basel, Bern, Genf und Zürich. Der Trust hat die amerikanische Armee während des Vietnam-Kriegs mit Kriegsmaterial für mehr als 250 Millionen Dollar beliefert, vor allem mit Explosiv-Waffen für den Einsatz gegen die Zivilbevölkerung (Kugel- und Napalmbomben sowie Bomben und Minen mit Verzögerungszünder usw.), die Tote und Verwundete forderten.
- B. Auch der amerikanische Dow Chemical-Trust hat eine Filiale in Zürich, von der aus er den Handel mit Napalm und alles was damit zusammenhängt, besorgen kann.
- C. Die am 16. Juli 1971 gegründete schweizerische Gesellschaft C.I.A., mit Sitz in Sion und Büros in Lausanne, verkaufte an den Libanon 25 Düsenjagflugzeuge vom Typ Sabre F-86, 100'000 leichte Maschinengewehre und eine Million Schuss für die 35-Millimeter-Bührle-Kanone.
- D. Eine Gesellschaft in Vaduz/FL, mit eigentlichem Geschäftssitz in Basel, Heuberg 12, hat im Winter 1977 die Lieferungen von 580 Tonnen Kalaschnikow-Gewehren von Ungarn nach Somalia organisiert. Kurz nachdem dies entdeckt worden war, haben die Liechtensteiner Behörden die Firma aus dem Handelsregister gestrichen und ihr die Fortsetzung ihrer Tätigkeit untersagt. Der Regierungssprecher Walter Kranz erklärte: "Die Firma wurde aus dem Register gestrichen, weil sie mit ihren Handelspraktiken dem Ruf des Fürstentums geschadet hat". Nach schweizerischem Recht ist eine derartige Sanktion nicht möglich.

E. Nach dem bereits zitierten Artikel der Schweizerischen Technischen Zeitschrift operieren in der Schweiz "viele Waffenschieber in Genf. und anderswo".

### Stellungnahme des Bundesrats

Zu den geforderten Aenderungen des Kriegsmaterialgesetzes nehmen wir wie folgt Stellung:

- 1) Nach Artikel 41 Absatz 3 der Bundesverfassung dürfen Wehrmittel nur mit einer Bewilligung des Bundes ein- oder ausgeführt werden. In Absatz 2 desselben Verfassungsartikels wird abschliessend gesagt, was unter Wehrmitteln zu verstehen ist: Wehrmittel sind Waffen, Munition, Sprengmittel, sonstiges Kriegsmaterial und deren Bestandteile. Das Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial stellt demgemäss die Ein- und Ausfuhr von solchen Wehrmitteln, d.h. von materiellen Gütern zum Kriegsgebrauch, unter Kontrolle.

Der Motionär will, dass künftig neben der Ausfuhr des im Gesetz umschriebenen Materials auch jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten mit Filialen im Ausland ohne Bewilligung des Bundes verboten werde. Ein solches Verbot könnte nicht auf Artikel 41 BV abgestützt und folglich auch nicht durch eine Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes erreicht werden. Problematisch wäre zudem die Kontrolle und Durchsetzung der angestrebten Regelung. Die Uebergabe oder der Versand von Patentschriften, Fabrikationslizenzen und ähnlichem, die persönliche Vermittlung von technischem Wissen an ausländische Firmen oder Filialen schweizerischer Firmen im Ausland lassen sich kaum zuverlässig erfassen.

Die angebehrte Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes ist deshalb abzulehnen.

- 2) Wenn Teile von Kriegsmaterial in der Schweiz ersetzt werden, fallen die entsprechenden Arbeiten unter den Begriff der Herstellung von Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes und bedürfen deshalb einer Bewilligung. Das für die Ausführung von Reparatur- oder Unterhaltsarbeiten in die Schweiz eingeführte ausländische Kriegsmaterial unterliegt bereits der Kontrolle des Bundes, weil dafür Ein- und Ausfuhrbewilligungen eingeholt werden müssen. Ebenfalls kontrolliert wird der Transit von Kriegsmaterial. Die Vorschriften des Kriegsmaterialgesetzes genügen und bedürfen keiner Ergänzung.
- 3) Jede Person, die in der Schweiz mit Kriegsmaterial Handel treibt, das entweder in der Schweiz hergestellt oder aus dem Ausland eingeführt wurde, bedarf nach dem Kriegsmaterialgesetz einer Grundbewilligung des Bundes. Ein absolutes Verbot des Handels mit Kriegsmaterial innerhalb unseres Landes wäre unverhältnismässig: es würde beispielsweise dem Büchsenmachergewerbe die Existenzgrundlage entziehen. Ein generelles Verbot ist unseres Erachtens abzulehnen.

Was den Handel mit Kriegsmaterial ausserhalb unserer Landesgrenzen betrifft, hatten wir in letzter Zeit verschiedentlich Gelegenheit, uns in Ihrem Rat zu dieser Frage zu äussern. Wie wir in unserer Antwort auf die vom Nationalrat am 22. Juni 1978 abgelehnte Motion Ziegler-Genf vom 22. Juni 1977 betreffend Waffen- ausfuhr nach Südafrika festgehalten haben, wurde bereits bei der Beratung des Kriegsmaterialgesetzes im Jahr 1972 im Nationalrat ein entsprechender Antrag abgelehnt.

Wegleitend für die ablehnende Haltung des Nationalrats war damals vor allem ein Entscheid des Bundesgerichts vom 23. Februar 1951, wonach es für Geschäfte mit Kriegsmaterial, das im Ausland hergestellt wird und an andere Staaten geliefert werden soll, ohne dabei schweizerisches Gebiet zu berühren, keiner behördlichen Bewilligung bedarf. Anhand der Entstehungsgeschichte von Artikel 41 der Bundesverfassung hatte das Bundesgericht dargelegt, dass dieser Artikel weder dem Bundesrat noch dem Gesetzgeber die Befugnis geben wollte, derartige Geschäfte der Bewilligung zu unterstellen oder zu verbieten. Es fällt diese Entscheidung, obwohl sich der zu jener Zeit gültige Bundesratsbeschluss vom 28. März 1949 über das Kriegsmaterial ausser auf Artikel 41 auch auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung stützte. Heute dürfte die Rechtslage noch eindeutiger sein, stützt sich doch das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 nur auf die Artikel 41 Absätze 2 und 3 und 64<sup>bis</sup> der Bundesverfassung.

Eine Ergänzung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinne der Motion Carobbio würde somit zu einer Gesetzesregelung führen, die mit Artikel 41 der Bundesverfassung nicht vereinbar wäre. Zudem dürfte es in der Praxis sehr schwierig sein, den Abschluss von Geschäften, die im Ausland vollzogen werden sollen, wirksam zu überwachen.

4. Das Kriegsmaterialgesetz lässt die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz unter bestimmten Voraussetzungen zu. Wo diese erfüllt sind und eine Ausfuhr bewilligt werden kann, besteht bei einem Interessenten für schweizerische Erzeugnisse das verständliche Bedürfnis, das Material vor dem Kauf in der Schweiz zu erproben und sich in dessen Handhabung ausbilden zu lassen. Unsere Armee beansprucht für sich dasselbe Recht, wenn sie beispielsweise unsere Piloten an einem im Ausland beschafften Kampfflugzeug im Herstellerwerk ausbilden und schulen lässt. Es ist nicht einzusehen, weshalb ausländischen Kunden unserer Rüstungsindustrie eine entsprechende Möglichkeit entzogen werden soll.
5. Der Begriff des Kriegsmaterials ist im Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 und in der Verordnung vom 10. Januar 1973 klar umschrieben. So gelten beispielsweise unbewaffnete Flugzeuge sowie Lastwagen nicht als Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes. Würden solche Transportmittel - sofern sie einer ausländischen Armee verkauft werden - automatisch unter den Kriegsmaterialbegriff fallen,

müsste dieser Begriff zwangsläufig auch auf andere Transportmittel ausgedehnt werden, beispielsweise auch auf Fahrräder, Motorfahräder, Baumaschinen, Ambulanzen usw. Schliesslich wäre es im Sinne der Motion sogar folgerichtig, dass jede Art von Material, das an ausländische Armeen geliefert wird, als Kriegsmaterial zu gelten hätte, also zum Beispiel auch Textilien, Schuhe, Nahrungsmittel usw. Eine solche Lösung wäre indessen unverhältnismässig und unangemessen. Im Kriegsmaterialgesetz werden die Grenzen, innerhalb welcher Erzeugnisse als Kriegsmaterial zu gelten haben, klar und vernünftig gezogen. Eine Ausdehnung des Kriegsmaterialbegriffs auf andere Güter muss entschieden abgelehnt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich das geltende Kriegsmaterialgesetz in der Praxis bewährt hat -- nicht zuletzt deshalb, weil es sich rechtlich durchsetzen lässt. Es besteht kein Anlass, Ergänzungen des Gesetzes im Sinne der Motion Carobbio vorzunehmen.

### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen.

Basel, Vincent

### Development

1. Interdiction de faire le commerce de licences et de brevets portant sur la fabrication de matériel de guerre

On a appris que les fabricants suisses d'armes éludent la loi en cédant à des maisons aises à l'étranger, de préférence leurs propres succursales, le droit de fabriquer les armes que les autorités

78.379 Motion Carobbio  
du 19 avril 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner la possibilité de modifier la loi fédérale sur le matériel de guerre dans le sens suivant:

1. Interdiction, sans l'autorisation de principe de la Confédération, de toute transaction portant sur des licences de fabrication et des brevets en matière de matériel de guerre par des entreprises suisses ou ayant leur siège en Suisse, même lorsqu'il s'agit des succursales étrangères de ces maisons suisses;
2. Interdiction, sans l'autorisation de principe de la Confédération, de toute forme de revision ou de manutention de matériel de guerre, ainsi que du transit de celui-ci par le territoire suisse;
3. Interdiction absolue aux personnes physiques ou morales suisses ou étrangères d'exercer sur le territoire suisse des activités directement ou indirectement liées au commerce de matériel de guerre, même si ces activités concernent du matériel de guerre, qui n'est pas fabriqué en Suisse et ne transite pas par notre pays;
4. Interdiction absolue au personnel directement ou indirectement dépendant d'une armée ou d'une police étrangère de s'exercer sur le territoire suisse avec du matériel de guerre ou du matériel manifestement destiné à des fins militaires;
5. Extension de la notion de matériel de guerre aux moyens de transport armés ou non (terrestres, aériens, maritimes), manifestement destinés à une armée étrangère.

Cosignataires

Muret, Vincent

Développement

1. Interdiction de faire le commerce de licences et de brevets portant sur la fabrication de matériel de guerre
  - A. On a appris que les fabricants suisses d'armes éludent la loi en cédant à des maisons sises à l'étranger, de préférence leurs propres succursales, le droit de fabriquer les armes que les autorités

16.5.1979

- 2 -

suisses interdisent d'exporter vers un pays déterminé. "Unsere wichtigsten Waffenhersteller haben sich dieser gesetzlichen Regelung angepasst. Sobald für bestimmte Länder Exportbeschränkungen zu erwarten sind, werden diese Geschäfte über eine Tochterfirma im Ausland abgewickelt. Zu diesen Zwecken sind verschiedene Gesellschaften angeschlossen worden." (extrait de "Schw. Technische Zeitschrift" du 8 septembre 1977, H. Gysling, ing. EPF).

- B. L'exemple le plus frappant est celui du groupe Bührle, qui après l'entrée en vigueur de restrictions bien déterminées en la matière, a simplement transféré à l'étranger la production de certains matériels de guerre, par exemple des appareils de pointage à la Contraves Italiana SpA (Superfledermaus & Skyguard), de la munition à la British Manufacture & Research Company Ltd, une licence aux Etats-Unis pour la mise au point des canons antichars de 25 mm, des canons antiaériens pour le char blindé français Guépard, en collaboration avec le Groupement industriel des armements terrestres, etc. En particulier par l'intermédiaire d'une succursale en Italie, on fournit des canons antiaériens à l'armée de l'Afrique du Sud, malgré les assurances que vient de donner le Conseil fédéral au secrétaire de l'ONU concernant le respect de l'embargo sur les armes à destination de ce pays. (Les canons de 35 mm étaient exposés à la foire de Rand, Afrique du Sud, en mai 1977.).

2. Interdiction en matière de revision, de manutention, de transit et d'exercices sur le territoire suisse

- A. En mars 1978, à Genève, la maison Transair revisait deux avions de la Mauritanie utilisés pour le transport de troupes militaires. Or, ce pays est impliqué dans le conflit armé dont l'enjeu est la conquête de l'ex-Sahara espagnol. Il s'agit d'un acte de soutien à une puissance belligérante, contraire à notre statut de neutralité. (cf. Tribune Le Matin du 9 mars 1978)
- B. Le 14 juin 1976, à l'aérodrome de Cointrin-Genève, quatre officiers de police chiliens ont vérifié et essayé six hélicoptères de la maison allemande Messerschmidt-Bölkow-Blöhm, destinés à l'armée chilienne, comme l'indiquent les signes peints sur les avions (de C-9 à C-14).
- C. En juillet 1977, quatre pilotes et cinq techniciens de l'armée du dictateur ougandais Idi Amin se sont entraînés pendant quinze jours à Altenrhein/SG à guider six avions du type Bravo As 202 vendus à Amin par la Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein AG.
- D. En janvier 1978, cinq pilotes de la police militaire argentine se sont exercés sur un aérodrome du Valais à bord d'avions du type pilatus-Porter, fabriqués à Stans, dont quatre venaient d'être vendus au régime du général Videla, un des dictateurs les plus brutaux de l'Amérique du Sud.

- 3 -

- E. Dans tous les cas précités, il s'agissait de matériel clairement destiné aux forces militaires ou de police d'Etats en guerre ou connus sur le plan international pour utiliser les forces militaires et de police aux fins de supprimer systématiquement les droits fondamentaux de l'individu. Le personnel envoyé en Suisse pour s'exercer sur des avions appartient à ces forces et sa présence est inconciliable avec les principes d'un Etat qui prétend se battre pour la défense des droits de l'homme dans le monde.
3. Interdiction de faire le commerce de matériel de guerre à partir du territoire suisse
- A. La société multinationale Honeywell possède deux succursales en Suisse, la Honeywell Bull SA et la Honeywell SA, qui ont des bureaux à Bâle, Berne, Genève et Zurich. Durant la guerre du Vietnam, le trust a approvisionné l'armée américaine de matériel de guerre pour un montant supérieur à 250 millions de dollars; il lui a fourni en particulier des engins explosifs destinés à tuer et à blesser des civils (bombes à billes, bombes au napalm, bombes et mines à retardement, etc.).
- B. Le trust américain Dow Chemical a une succursale à Zurich, où il peut exercer n'importe quelle activité liée au commerce du napalm.
- C. La société suisse C.I.A., fondée le 16 juillet 1971, qui a son siège à Sion et des bureaux à Lausanne, a vendu au Liban 25 avions de chasse à réaction du type Sabre F-86, 100'000 mitrailleuses légères et un million de projectiles pour les canons Bührle de 35 mm.
- D. La société de Vaduz/FL, dont le siège administratif est à Bâle, Heuberg 12, a, durant l'hiver 1977, organisé le transport de Hongrie en Somalie de 580 tonnes de fusils Kalaschnikow. Dès que le fait a été connu, les autorités du Liechtenstein ont radié la maison du registre du commerce, en lui interdisant de continuer une telle activité. Le porte-parole du gouvernement, Walter Kranz, a déclaré: "La maison a été radiée parce que ses pratiques commerciales ont nui à la réputation de la Principauté". Selon la loi suisse, pareille sanction n'est pas possible.
- E. Toujours selon l'article déjà cité de la Schw. Technische Zeitschrift, "viele Waffenschieber in Genf und anderswo" opèrent dans notre pays.

Avis du Conseil fédéral

1. Selon l'article 41, 3e alinéa, de la constitution fédérale, l'importation et l'exportation de matériel militaire ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation de la Confédération. Le 2e alinéa de cet article considère comme matériel militaire les armes, les munitions, les explosifs, l'autre matériel de guerre et leurs pièces détachées. La loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre prescrit en conséquence que l'importation et l'exportation de matériel militaire, à savoir de biens destinés à être utilisés à la guerre, sont soumises à contrôle.

L'auteur de la motion entend, qu'en sus de l'exportation de matériel énuméré dans la loi, toute transaction portant sur des licences de fabrication et de brevets, qui est effectuée avec des succursales suisses à l'étranger, soit désormais interdite sans l'autorisation de la Confédération. Une telle interdiction ne pourrait être fondée ni sur l'article 41 de la constitution ni obtenue dès lors par une modification de la loi sur le matériel de guerre. Le contrôle et l'exécution de la réglementation visée seraient en outre problématiques. On ne pourrait guère vérifier de manière sûre la remise ou l'envoi de brevets, l'octroi de licences de fabrication ou d'autres documents de même nature, la communication de connaissances techniques à des entreprises étrangères ou à des succursales d'entreprises suisses à l'étranger.

Il y a dès lors lieu de rejeter la modification demandée de la loi sur le matériel de guerre.

2. Lorsque des éléments de matériel de guerre sont remplacés en Suisse, les travaux y relatifs sont assimilés à la fabrication de matériel de guerre au sens de la loi; ils sont dès lors soumis à autorisation. Le matériel de guerre étranger importé en Suisse aux fins d'y être réparé ou entretenu est de toute manière soumis au contrôle de la Confédération, puisque des demandes d'importation et d'exportation ont dû être présentées. Le transit de matériel de guerre fait aussi l'objet de contrôles. Les prescriptions de la loi sur le matériel de guerre sont suffisantes et n'exigent aucun complément.
3. En vertu de la loi sur le matériel de guerre, toute personne faisant le commerce de matériel de guerre en Suisse doit être en possession d'une autorisation initiale de la Confédération, qu'il s'agisse de matériel fabriqué en Suisse ou importé. Il serait excessif d'interdire tout commerce de matériel de guerre à l'intérieur du pays; une telle mesure priverait par exemple les armuriers de leur source de revenu. Nous estimons qu'il faut renoncer à prescrire une interdiction générale de ce commerce.

Ces derniers temps, nous avons eu plusieurs fois l'occasion de nous exprimer devant votre conseil sur le commerce du matériel

- 5 -

de guerre avec l'étranger. Dans notre réponse à la motion Ziegler-Genève du 22 juin 1977 concernant l'exportation d'armes vers l'Afrique du Sud, que le Conseil national a rejetée le 22 juin 1978, nous avons relevé qu'une proposition dans le même sens avait déjà été repoussée en 1972 par le Conseil national lors des délibérations sur le projet de loi concernant le matériel de guerre.

Le Conseil national avait alors pris sa décision en s'inspirant d'un arrêt du Tribunal fédéral du 23 janvier 1951, selon lequel les opérations commerciales relatives à du matériel de guerre, produit à l'étranger et livré à d'autres Etats sans qu'il pénètre dans notre pays, ne sont pas soumises à l'autorisation de la Confédération. Se fondant sur les délibérations qui ont précédé l'adoption de l'article 41 de la constitution, le Tribunal fédéral avait précisé que cet article n'avait jamais visé à accorder au législateur ni au Conseil fédéral la compétence de soumettre de telles opérations au régime de l'autorisation ni de les interdire. Le tribunal avait rendu cet arrêt bien que l'arrêté du Conseil fédéral du 28 mars 1949 sur le matériel de guerre, en vigueur à l'époque, eût reposé non seulement sur l'article 41 mais aussi sur l'article 102, chiffres 8 et 9, de la constitution. Aujourd'hui, la situation juridique devrait être encore plus nette puisque la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre ne se réfère qu'aux articles 41, 2e et 3e alinéa, et 64bis de la constitution.

Compléter la loi sur le matériel de guerre comme le demande la motion Carobbio, reviendrait à y insérer une règle contraire à l'article 41 de la constitution. En outre, il serait très difficile, dans la pratique, de contrôler efficacement des opérations commerciales qui ont lieu à l'étranger.

4. La loi sur le matériel de guerre autorise l'exportation de matériel de guerre à certaines conditions. Lorsqu'elles sont remplies et qu'une exportation peut être autorisée, les personnes s'intéressant à du matériel suisse désirent à juste titre pouvoir l'essayer dans notre pays, avant de l'acheter, et s'initier à son utilisation. Notre armée revendique le même droit lorsqu'elle envoie, par exemple, nos pilotes s'instruire sur place au maniement d'un avion de combat acheté à l'étranger. Nous ne voyons pas pourquoi nous devrions refuser une telle possibilité aux clients étrangers de notre industrie d'armement.
5. La notion de matériel de guerre est clairement définie dans la loi fédérale du 30 juin 1972 et dans l'ordonnance du 10 janvier 1973. Ainsi des avions ou des camions non armés ne sont pas considérés comme du matériel de guerre au sens de la loi. Si de tels moyens de transport -pour autant qu'ils soient vendus à une armée étrangère- étaient automatiquement réputés matériel de guerre, cette notion devrait inévitablement être étendue à d'autres moyens de transport

- 6 -

tels que cycles, vélomoteurs, machines de chantier, ambulances, etc. Il s'ensuivrait même, au sens de la motion, que tout matériel livré à une armée étrangère devrait être considéré comme du matériel de guerre, même les vêtements, les chaussures, les vivres, etc. Une telle mesure serait dès lors excessive et disproportionnée.

La loi sur le matériel de guerre définit clairement et raisonnablement ce qu'il faut entendre par matériel de guerre. Etendre la notion de matériel de guerre à d'autres biens est une proposition qui doit être résolument rejetée.

En résumé, on peut constater que l'actuelle loi sur le matériel de guerre a donné satisfaction dans la pratique, notamment parce qu'il est possible de l'imposer légalement. Il n'y a donc pas lieu de compléter la loi comme l'exige la motion Carobbio.

#### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral recommande de rejeter la motion.

#### Mitunterzeichner

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgmacht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muhle, Müni, Pédignot, Reimann, Schlupf, Ulrich, Urach, Vincenz, Zumbühl (29)

#### Stellungnahme des Bundesrats

In der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den eidgenössischen Räten werden gegenwärtig zur Frage des Kriegsmaterialgesetzes stark auseinandergehende Meinungen geäußert. In der Herbstsession 1978 hatten wir zwei Dringliche Einfache Anfragen der Nationalräte Ziegler-Genf und Carobbio zu beantworten, die in Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran eine restriktivere Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes verlangten. Eine Motion vom Nationalrat Carobbio vom 19. April 1978 fordert die Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes in Sinn einer Einschränkung der Ausführmöglichkeiten, und in der Interpellation Braunschweig vom 27. Juli 1978 werden eine strengere

STAENDERAT

Mündliche Beantwortung

78.522 Motion Herzog

vom 5. Oktober 1978

KriegsmaterialgesetzText des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Existenz einer leistungsfähigen inländischen Rüstungsindustrie die Praxis zum Kriegsmaterialgesetz zu überprüfen und die Verordnung über das Kriegsmaterial abzuändern, beides namentlich unter folgenden Gesichtspunkten:

- a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepanzerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.
- b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatellfällen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- c. Der Begriff des Spannungsgebiets im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 KMG, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

Mitunterzeichner

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgknecht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muheim, Munz, Péquignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

Stellungnahme des Bundesrats

In der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den eidgenössischen Räten werden gegenwärtig zur Frage des Kriegsmaterialgesetzes stark auseinandergelagerte Meinungen geäußert. In der Herbstsession 1978 hatten wir zwei Dringliche Einfache Anfragen der Nationalräte Ziegler-Genf und Carobbio zu beantworten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran eine restriktivere Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes verlangten. Eine Motion von Nationalrat Carobbio vom 19. April 1978 fordert die Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinn einer Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeiten, und in der Interpellation Braunschweig vom 27. Juli 1978 werden eine strengere

5.3.1979

Handhabung des Gesetzes und die Ausdehnung seines Geltungsbereichs verlangt.

Die Frage, ob von uns das Kriegsmaterialgesetz eher grosszügig oder eher einschränkend gehandhabt werden soll, gibt seit Bestehen des Gesetzes zu sporadischen Kontroversen Anlass. Nachdem das Volksbegehren für eine vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot am 24. September 1972 nur knapp verworfen worden war, wurde von uns eine strenge Praxis verlangt. Seit 1973 haben wir den Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte jährlich über die Kriegsmaterialausfuhr Bericht erstattet. Beide Kommissionen haben uns bis heute regelmässig die korrekte Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes bescheinigt.

Unter Spannungen im Sinne von Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe 2 des Kriegsmaterialgesetzes können nicht nur solche zwischen Staaten, also eigentliche Kriege gelten. Es fallen stets auch innerstaatliche Spannungen darunter, die allerdings einen gewissen Gefährlichkeits- und Intensivitätsgrad erreichen müssen. Werden solche innerstaatlichen Konflikte mit Waffen ausgetragen oder besteht eine derartige Gefahr, gilt das Kriegsmaterialausfuhrverbot absolut. Wir haben bis heute stets auch Konflikte und Spannungen innerhalb eines Staates oder eines Gebiets als unter die Sperre fallend betrachtet. Gerade heute sind solche Konflikte innerhalb eines Landes häufiger als formelle Kriege zwischen ausgebildeten und ausgerüsteten Streitkräften verschiedener Staaten.

Der Kriegsmaterialbegriff wurde in der Verordnung dem Gesetz entsprechend so umschrieben, dass Erzeugnisse, die nicht Kampfmittel im engeren Sinne darstellen, wie Aggregate, Uebermittlungsmaterial usw. nicht als Kriegsmaterial gelten. Gepanzerte Fahrzeuge fallen aber als Kampfmittel unter Art. 1 des Kriegsmaterialgesetzes. Das erste Kriterium ist dabei eine Panzerung, die einen relativ hohen Schutz gegen Beschuss mit Infanteriewaffen gewährt. Wenn die Verordnung über das Kriegsmaterial von Panzerfahrzeugen mit oder ohne Bewaffnung spricht, so will dies sagen, dass sogar unbewaffnete, aber eben gepanzerte Fahrzeuge darunter fallen. Panzer ohne Bewaffnung sind allerdings nicht nur solche, denen momentan die vorgesehene Bewaffnung fehlt, sondern auch jene, die nicht bewaffnet werden oder bewaffnet werden können. Das Kriterium bleibt die Panzerung. Bei den gebräuchlichen, in der Schweiz hergestellten gepanzerten Radfahrzeugen ist aber ohnehin vorgesehen, sie nach der Ausfuhr mit Waffen, insbesondere mit Maschinengewehren auszurüsten. Hierzu dienen die ebenfalls in der Schweiz hergestellten Kugelblenden und Scheitellafetten. Wenn also bereits die Panzerung genügen muss, um Radfahrzeuge dem Kriegsmaterialbegriff zu unterstellen, so trifft die Qualifikation als Kriegsmaterial erst recht zu, wenn die Fahrzeuge für eine Bewaffnung speziell vorgesehen sind. Das kleinere Gewicht als jenes von schweren Kampfpanzern, die geringere Panzerung, der Radantrieb statt des Raupenantriebes oder die bei gewissen Modellen fehlenden Kanonen oder Raketenwerfer befreien solche Fahrzeuge nicht von der Kriegsmaterialeigenschaft.

Für den Einsatz in den obgenannten Konflikten bedarf es keines schweren Kriegsmaterials. Bereits ein gepanzertes Radfahrzeug gestattet

einen wirksamen Einsatz bei inneren Unruhen gegenüber nur mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Personen. Es muss vermieden werden, dass bürgerkriegsähnliche Konflikte mit schweizerischem Kampfmaterial ausgetragen werden. Kampfmittel sind nach objektiven Kriterien dem Kriegsmaterialbegriff zu unterstellen. Das trifft bei den gepanzerten Radfahrzeugen zu. Die ratio des Kriegsmaterialgesetzes erlaubt es zudem nicht, den Zweck des Einsatzes - sei es durch eine Armee oder durch die Polizei - zur Bekämpfung innerer Unruhen unberücksichtigt zu lassen. Schon weil gepanzerte Radfahrzeuge für Kampfeinsätze Verwendung finden, drängt es sich auf, zu verhindern, dass sie in Spannungsgebiete gelangen.

Die Annahme der Motion müsste somit unweigerlich eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes notwendig machen. Damit würde die Diskussion über die Kriegsmaterialausfuhr auf der ganzen Breite erneut aufgegriffen, was unseres Erachtens weder wünschbar noch notwendig ist. Wenngleich das Kriegsmaterialgesetz in seiner heutigen Form nicht einfach zu handhaben ist, stellt es unseres Erachtens doch eine gute Grundlage für eine saubere Kriegsmaterialausfuhrpolitik dar, die sowohl den praktischen, als auch den moralischen Erfordernissen angemessen Rechnung trägt.

Im übrigen soll das Bewilligungsverfahren nach Möglichkeit beschleunigt werden. Die Demarchen im Ausland für die Kontrolle der Nichtwiederausfuhrerklärungen führen allerdings oft zu gewissen Verzögerungen, auf welche die Verwaltung kaum Einfluss nehmen kann.

Wir sind bereit, die Motion als Postulat anzunehmen. Einerseits werden wir auch in Zukunft mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass in ausländischen Konflikten Waffen eingesetzt werden, die aus der Schweiz stammen. Auf der andern Seite sind wir bereit, inskünftig in denjenigen Fällen, in denen die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes einen Ermessensspielraum lässt, im Rahmen des Möglichen die Arbeitsmarktlage mitzuberücksichtigen.

#### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

CONSEIL DES ETATSRéponse orale

78.522 Motion Herzog  
du 5 octobre 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé, aux fins de maintenir l'emploi et d'assurer l'existence d'une industrie suisse d'armement efficiente, de revoir la pratique suivie quant à l'application de la loi sur le matériel de guerre et de modifier l'ordonnance y relative, compte tenu notamment des impératifs suivants:

- a. Les types légers de véhicules à roues, en particulier les véhicules de transport blindés, ne seront plus assujettis à la loi;
- b. La procédure sera, de manière générale, simplifiée et accélérée, surtout lorsqu'il s'agit de cas de peu d'importance;
- c. Il y a lieu de redéfinir la notion de "territoires ... dans lesquels règnent des tensions" au sens de l'article 11, 2e alinéa, de la loi sur le matériel de guerre, qui est interprétée aujourd'hui de manière beaucoup trop extensive.

Cosignataires:

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgknecht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muheim, Munz, Péquignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

Avis du Conseil fédéral

Les opinions émises dans le public et surtout aux Chambres fédérales au sujet de la loi sur le matériel de guerre sont fort divergentes. Au cours de la session d'automne de 1978, nous avons répondu à deux questions ordinaires urgentes des conseillers nationaux Ziegler-Genève et Carobbio, qui demandaient une application restrictive de la loi sur le matériel de guerre en relation avec les événements d'Iran. Dans une motion du 19 avril 1978, le conseiller national Carobbio requiert une modification de la loi sur le matériel de guerre aux fins de limiter les possibilités d'exportation; l'interpellation Braunschweig du 27 juillet 1978 demande une application plus stricte de la loi et l'extension de son champ d'application.

La question d'une application plutôt extensive ou plutôt restrictive de la loi sur le matériel de guerre donne lieu sporadiquement, depuis son entrée en vigueur, à des controverses. Après le rejet de justesse, le 24 septembre 1972, de l'initiative populaire pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes, nous avons été invités à nous montrer

- 2 -

rigoureux dans l'application de la loi. Depuis 1973, nous avons présenté chaque année aux commissions de gestion des deux Chambres un rapport sur les exportations de matériel de guerre. Jusqu'ici, ces deux commissions ont régulièrement attesté que la loi sur le matériel de guerre était correctement appliquée.

Par tensions au sens de l'article 11, 2e alinéa, lettre a, de la loi sur le matériel de guerre, on ne saurait entendre uniquement celles qui se produisent entre Etats, à savoir les opérations de guerre proprement dites. Les tensions régnant à l'intérieur d'un Etat, à condition qu'elles présentent un certain danger et un certain degré d'intensité, tombent également sous le coup de la disposition susmentionnée. Si de tels conflits sont armés ou risquent de l'être, les exportations d'armes doivent absolument être interdites. Jusqu'à présent, nous avons toujours considéré que cette interdiction s'applique aussi aux conflits et aux tensions régnant à l'intérieur d'un Etat ou d'un territoire. Aujourd'hui, de tels conflits sont plus fréquents que des affrontements proprement dits entre forces armées instruites et équipées.

Dans l'ordonnance calquée sur la loi, le matériel de guerre a été défini de telle manière que des matériels, tels que des groupes électrogènes, du matériel de transmission, etc., qui ne représentent pas des moyens de combat au sens strict ne soient pas considérés comme du matériel de guerre. Les véhicules blindés sont toutefois réputés moyens de combat conformément à l'article premier de la loi. Le premier critère sur lequel on se fonde en l'occurrence est un blindage qui offre une protection relativement efficace contre le feu des armes d'infanterie. Si l'ordonnance sur le matériel de guerre fait état de véhicules blindés armés ou non, cela signifie que même non armés, les véhicules blindés tombent sous le coup de la loi. Des chars non armés ne sont d'ailleurs pas seulement ceux auxquels l'armement prévu fait défaut momentanément, mais également ceux qui ne sont pas armés ou ne peuvent pas l'être, le critère déterminant restant le blindage. En ce qui concerne les modèles usuels de véhicules à roues blindés fabriqués en Suisse, il est de toute façon prévu, après leur exportation, de les équiper, notamment de mitrailleuses. Aussi sont-ils dotés d'un blindage sphérique et d'un affût supérieur, qui sont également fabriqués en Suisse. Si donc, pour que des véhicules à roues soient réputés matériel de guerre, il suffit qu'ils disposent d'un blindage, a fortiori doivent-ils être considérés comme tel lorsqu'ils sont spécialement conçus pour être armés. Leur faible poids comparé à celui des chars de combat lourds, leur blindage léger, leur entraînement par roues et non par chenilles ou, pour certains modèles, leurs canons ou lanceurs de fusées manquants, n'enlèvent pas à de tels véhicules leur caractère de matériel de guerre.

Des conflits tels que ceux cités plus haut ne requièrent pas l'utilisation de matériel de guerre lourd. Lors de troubles intérieurs, un véhicule à roues blindé permet déjà d'affronter efficacement des personnes équipées d'armes à feu individuelles. Il



NATIONALRAT

## Schriftliche Beantwortung

78.518 Motion Friedrich

vom 5. Oktober 1978

KriegsmaterialgesetzText des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Existenz einer leistungsfähigen inländischen Rüstungsindustrie die Praxis zum Kriegsmaterialgesetz zu überprüfen und die Verordnung über das Kriegsmaterial abzuändern, beides namentlich unter folgenden Gesichtspunkten:

- a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepanzerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.
- b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatellfällen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- c. Der Begriff des Spannungsgebiets im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 KMG, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

Mitunterzeichner

Albrecht, Allgöwer, Ammann-Bern, Augsburger, Bächtold-Bern, Basler, Baumann, Biderbost, Bochatay, Bommer, Bonnard, Bremi, Bretscher, Brosi, Bürer, Butty, Cantieni, Cavelty, Cevey, de Chastonay, Corbat, Cossy, Dürr, Egli-Sursee, Eisenring, Eng, Etter, Feigenwinter, Fischer-Weinfeld, Fischer-Bremgarten, Fischer-Bern, Flubacher, Freiburghaus, Früh, Gautier, Gehler, Girard, Graf, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Hunziker, Hürlimann, Jung, Junod, Keller, Kohler, Raoul, Koller, Arnold, Kunz, Künzi, Letsch, Matossi, Meier Fritz, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Moser, Muff, Mugny, Müller-Balst, Nebiker, Nef, Oehler, Pedrazzini, Rätz, Reichling, Ribl, Richter, Rippstein, Risi-Schwyz, Roth, Röthlin, Rüegg, Rüttimann, Schalcher, Schärli, Schatz-St. Gallen, Schnyder, Schutz-Graubünden, Schwarz, Schwarzenbach, Seiler, Sigrist, Soldini, Spreng, Suter, Teuscher, Thalman, Thévoz, Ueltschi, Vetsch, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber Leo, Wellauer, Wyss (95)

Begründung

Die vorliegende Motion stellt das Kriegsmaterialgesetz vom 30.6.1972 (KMG) nicht in Frage. Dieser Erlass ist, trotz einer Reihe eher 5.3.1979

fragwürdiger Bestimmungen, geltendes Recht und folglich anzuwenden. Das Gesetz hat aber in mancher Hinsicht den Charakter eines Rahmen-erlasses und räumt der vollziehenden Behörde einen weiten Ermes-sungsspielraum ein. Wohl nicht zuletzt unter dem durch ständige Vorstösse ausgeübten Druck seitens jener Kreise, die seinerzeit hinter der Initiative für ein totales Waffenausführverbot stan-den, ist die Praxis des Bundesrats bei der Auslegung des Gesetzes immer restriktiver geworden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass beispielsweise die Motion Blum vom 3.3.1976, die einen weiteren Schritt in jener Richtung unternehmen wollte, am 6.10.1976 im Na-tionalrat mit 58 zu 22 Stimmen abgelehnt worden ist; umgekehrt ist ein Postulat Sigrist vom 3.3.1976, das in der gegenteiligen Richtung weist, am 29.9.1976 vom Bundesrat entgegengenommen und vom Nationalrat unbestritten überwiesen worden. Trotzdem hat sich die Praxis des Bundesrats weiter auf der Linie der abgelehnten Motion Blum und keineswegs auf derjenigen des überwiesenen Postulats Sigrist ent-wickelt.

Diese Entwicklung, die sich keineswegs zwingend aus dem KMG ergibt, zeigt mehr und mehr ausgesprochen problematische Konsequenzen. Sie führt zur Verlegung von Produktionsstätten ins Ausland und bringt inländische Betriebe in immer grössere Schwierigkeiten, ja stellt sie in Einzelfällen sogar vor die Frage ihrer weiteren Existenz. Auch erschwert oder verhindert sie Entwicklungsarbeiten im Bereich des Kriegsmaterials. Beides bedroht eine ins Gewicht fallende Zahl an Arbeitsplätzen, und es braucht in der heutigen Zeit wohl nicht besonders unterstrichen zu werden, wie unerwünscht, ja verhängnis-voll derartige Folgen sind. Seltsam ist nur, dass gerade solche Kreise, welche sonst sehr vernehmlich von der Verdrängung des Ar-beitsplatzes Schweiz durch den Finanzplatz Schweiz sprechen, hier diese Entwicklung selber fördern oder zumindest nichts dagegen tun.

Die restriktive Praxis wirkt sich ausserdem ganz unmittelbar zum Schaden für unsere Armee aus. Es ist mit Ausnahme der grundsätz-lichen Gegner jeglicher militärischer Landesverteidigung unbe-stritten, dass wir möglichst viele Waffen, Fahrzeuge und Geräte, bis hinauf zu komplexen Systemen, im Inland herstellen sollten. Zu diesem Grundsatz hat sich jüngst auch der Bundesrat im Zusammen-hang mit der Entwicklung eines eigenen Kampfpanzers einmal mehr be-kannt. Man kann aber nicht von unserer Industrie Entwicklungsar-beiten und Spitzenprodukte für unseren eigenen Bedarf erwarten, wenn man ihr gleichzeitig beim Export, auf den sie in einem ge-wissen Ausmass angewiesen ist, immer mehr Hindernisse in den Weg legt.

Damit hängt ein weiteres Problem zusammen. Die Einschränkung der verfassungsmässig gewährleisteten Handels- und Gewerbefreiheit im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Kriegsmaterial erfolgte - wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Motion Blum zutreffend feststellte - vorwiegend aus Neutralitätspolitischen Gründen. Unsere Neutralität ist aber unbestrittenermassen eine bewaffnete

- 3 -

und erzielt das notwendige aussenpolitische Gewicht nur dann, wenn Wille und Fähigkeit dahinter stehen, sie durch eine schlagkräftige Armee nötigenfalls zu behaupten. Wenn wir indessen unsere eigenen Verteidigungsmöglichkeiten durch übermässige Erschwerung des Kriegsmaterials-Exportes immer mehr beeinträchtigen, dann beeinträchtigen wir von dieser Seite her gleichzeitig und unausweichlich auch unsere Neutralitätspolitik.

Die Motion ersucht daher den Bundesrat, seine heute ausgesprochen restriktive Praxis zu lockern und Exporte nur dann zu verbieten, wenn die Tatbestände des Gesetzes wirklicheindeutig vorliegen. Das gilt ganz allgemein. Insbesondere scheinen uns aber drei Gesichtspunkte wichtig zu sein.

- a) Der Begriff des Kriegsmaterials ist in Art. 1 der Verordnung zum KMG vom 10.1.1973 (mit Revision vom 8.2.1978) sehr ausdehnend umschrieben, was sich keineswegs zwangsläufig aus dem Gesetz ergibt. Es ist darin auch Material aufgeführt, das zwar zu militärischen Zwecken verwendet werden kann, aber keineswegs ausschliesslich und nur gerade so verwendbar ist. Das gilt beispielsweise für gepanzerte Radfahrzeuge. Die Verordnung zählt in Art. 1 lit. b Ziff. 1 Panzerfahrzeuge ganz allgemein zum Kriegsmaterial, obschon etwa gepanzerte Radfahrzeuge häufig rein polizeilichen Zwecken dienen; in Deutschland sind denn auch meines Wissens solche Fahrzeuge generell zum Export freigegeben. In der nachfolgenden Ziff. 2 differenziert dieselbe Verordnung dann aber durchaus zutreffend hinsichtlich der Luftfahrzeuge und rechnet nur die bewaffneten und die mit entsprechenden Einbauten versehenen zum Kriegsmaterial.
- b) Von den betroffenen Betrieben werden immer wieder Klagen laut, dass das Bewilligungsverfahren langwierig sei und kompliziert gehandhabt werde. Damit geraten diese Betriebe, die in hartem Konkurrenzkampf mit ausländischen und regelmässig weniger eingegengten Firmen stehen, notwendigerweise in grösste Schwierigkeiten. Es gehen ihnen Aufträge verloren, und es entsteht überflüssiger Aufwand. Das Bewilligungsverfahren ist in den Grundsätzen im Gesetz niedergelegt; insoweit kann daran selbstverständlich nicht gerüttelt werden. Aber man darf vom Bundesrat und den zuständigen Stellen füglich erwarten, dass sie das Verfahren im Interesse unserer inländischen Industrie speditiv und entgegenkommend handhaben. Es geht nicht an, mit Hilfe reiner Kontrollvorschriften die Exportmöglichkeiten noch weiter einzuschränken.
- c) Das Gesetz verbietet in Art. 11 Abs. 2 lit. a ganz allgemein jede Ausfuhr nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Die Bestimmung unterscheidet nach ihrem Wortlaut drei Stufen, das Bestehen eines bewaffneten Konfliktes, sein unmittelbares Bevorstehen und Spannungen einer Art, dass mit dem Ausbrechen eines solchen Konfliktes gerechnet werden muss. Sie ist ihrer Formulierung nach offensichtlich neutralitätspolitisch motiviert und spricht ausdrücklich von gefährlichen

Spannungen. Das ist eine gewollte Einschränkung. Es kann also keine Rede davon sein, dass jedes Spannungsverhältnis, vor allem auch ein solches rein interner Art, ein Ausfuhrverbot nach sich ziehen müsste. Ebenso wenig ist es angängig, den Begriff der gefährlichen Spannung auf Länder auszudehnen, die in weltpolitischen Spannungszonen einfach ihre legitimen Verteidigungsbedürfnisse gegenüber Angriffsmöglichkeiten seitens anderer Staaten zu befriedigen suchen; andernfalls wäre auch eine Belieferung westeuropäischer Länder nicht mehr möglich. Der Begriff des Spannungsgebietes soll in der künftigen Praxis wieder auf seine eigentliche Bedeutung zurückgeführt werden.

- d) Ganz allgemein ist dazu noch anzumerken, dass es im Rahmen der Anwendung des KMG nicht darum gehen kann, einzelne kurzfristige Ereignisse und Entwicklungen in einem Land zum Masstab zu nehmen oder uns schulmeisterlich in die Verhältnisse anderer Länder einzumischen. Wir tun das im Rahmen unserer diplomatischen Beziehungen und bei der Entwicklungspolitik auch nicht. Es geht vielmehr im wesentlichen darum, unseren Neutralitätspolitischen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Die Motion vereinigt 97 Unterschriften auf sich; ein gleichlautender Vorstoss im Ständerat wurde von 30 Ratsmitgliedern unterschrieben. Darin kommt eine breite Unterstützung ihrer Begehren zum Ausdruck, und es ist dargetan, dass die zahlreichen entgegengesetzten Vorstösse der letzten Jahre keineswegs der herrschenden Meinung entsprechen. Ich ersuche den Bundesrat, die Motion im Interesse unserer Landesverteidigung, unserer Neutralitätspolitik und unserer Wirtschaft entgegenzunehmen.

#### Stellungnahme des Bundesrats

In der Oeffentlichkeit, vor allem aber auch in den eidgenössischen Räten werden gegenwärtig zur Frage des Kriegsmaterialgesetzes stark auseinandergehende Meinungen geäussert. In der Herbstsession 1978 hatten wir zwei Dringliche Einfache Anfragen der Nationalräte Ziegler-Genf und Carobbio zu beantworten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran eine restriktivere Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes verlangten. Eine Motion von Nationalrat Carobbio vom 19. April 1978 fordert die Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinn einer Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeiten, und in der Interpellation Braunschweig vom 27. Juli 1978 werden eine strengere Handhabung des Gesetzes und die Ausdehnung seines Geltungsbereichs verlangt.

Die Frage, ob von uns das Kriegsmaterialgesetz eher grosszügig oder eher einschränkend gehandhabt werden soll, gibt seit Bestehen des Gesetzes zu sporadischen Kontroversen Anlass. Nachdem das Volksbegehren für eine vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot

am 24. September 1972 nur knapp verworfen worden war, wurde von uns eine strenge Praxis verlangt. Seit 1973 haben wir den Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte jährlich über die Kriegsmaterialausfuhr Bericht erstattet. Beide Kommissionen haben uns bis heute regelmässig die korrekte Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes bescheinigt.

Unter Spannungen im Sinne von Art. 11 Absatz 2 Buchstabe 2 des Kriegsmaterialgesetzes können nicht nur solche zwischen Staaten, also eigentliche Kriege gelten. Es fallen stets auch innerstaatliche Spannungen darunter, die allerdings einen gewissen Gefährlichkeits- und Intensivitätsgrad erreichen müssen. Werden solche innerstaatlichen Konflikte mit Waffen ausgetragen oder besteht eine derartige Gefahr, gilt das Kriegsmaterialausfuhrverbot absolut. Wir haben bis heute stets auch Konflikte und Spannungen innerhalb eines Staates oder eines Gebietes als unter die Sperre fallend betrachtet. Gerade heute sind solche Konflikte innerhalb eines Landes häufiger als formelle Kriege zwischen ausgebildeten und ausgerüsteten Streitkräften verschiedener Staaten.

Für den Einsatz in solchen Konflikten bedarf es keines schweren Kriegsmaterials. Bereits ein gepanzertes Radfahrzeug gestattet einen wirksamen Einsatz bei inneren Unruhen gegenüber nur mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Personen. Es muss vermieden werden, dass bürgerkriegsähnliche Konflikte mit schweizerischem Kampfmaterial ausgetragen werden. Dem Kriegsmaterialgesetz ist eine solche Möglichkeit nicht zu entnehmen.

Die Annahme der Motion müsste somit unweigerlich eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes notwendig machen. Damit würde die Diskussion über die Kriegsmaterialausfuhr auf der ganzen Breite erneut aufgegriffen, was unseres Erachtens weder wünschbar noch notwendig ist. Wenngleich das Kriegsmaterialgesetz in seiner heutigen Form nicht einfach zu handhaben ist, stellt es unseres Erachtens doch eine gute Grundlage für eine saubere Kriegsmaterialausfuhrpolitik dar, die sowohl den praktischen, als auch den moralischen Erfordernissen angemessen Rechnung trägt.

Wir sind bereit, die Motion als Postulat anzunehmen. Einerseits werden wir auch in Zukunft mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass in ausländischen Konflikten Waffen eingesetzt werden, die aus der Schweiz stammen. Auf der andern Seite sind wir bereit, inskünftig in denjenigen Fällen, in denen die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes einen Ermessensspielraum lässt, im Rahmen des Möglichen die Arbeitsmarktlage mitzuberücksichtigen.

#### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

CONSEIL NATIONAL

## Réponse écrite

78.518 Motion Friedrich  
du 5 octobre 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé, aux fins de maintenir l'emploi et d'assurer l'existence d'une industrie suisse d'armement efficiente, de revoir la pratique suivie quant à l'application de la loi sur le matériel de guerre et de modifier l'ordonnance y relative, compte tenu notamment des impératifs suivants:

- a. Les types légers de véhicules à roues, en particulier les véhicules de transport blindés, ne seront plus assujettis à la loi;
- b. La procédure sera, de manière générale, simplifiée et accélérée, surtout lorsqu'il s'agit de cas de peu d'importance;
- c. Il y a lieu de redéfinir la notion de "territoires ... dans lesquels règnent des tensions" au sens de l'article 11, 2e alinéa, de la loi sur le matériel de guerre, qui est interprétée aujourd'hui de manière beaucoup trop extensive.

Cosignataires:

Albrecht, Allgöwer, Ammann-Berne, Augsburger, Bächtold-Berne, Basler, Baumann, Biderbost, Bochatay, Bommer, Bonnard, Bremi, Bretscher, Brosi, Bürer, Butty, Cantieni, Cavelty, Cevey, de Chastonay, Corbat, Cossy, Dürr, Egli-Sursee, Eisenring, Eng, Etter, Feigenwinter, Fischer-Weinfeld, Fischer-Bremgarten, Fischer-Berne, Flubacher, Freiburghaus, Früh, Gautier, Gehler, Girard, Graf, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Hunziker, Hürlimann, Jung, Junod, Keller, Kohler Raoul, Koller Arnold, Kunz, Künzi, Letsch, Matossi, Meier Fritz, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Moser, Muff, Mugny, Müller-Balsthal, Nebiker, Nef, Oehler, Pedrazzini, Rätz, Reichling, Ribl, Richter, Rippstein, Risi-Schwyz, Roth, Röthlin, Rüegg, Rüttimann, Schalcher, Schärli, Schatz-Saint-Gall, Schnyder, Schutz-Grisons, Schwarz, Schwarzenbach, Seiler, Sigrist, Soldini, Spreng, Suter, Teuscher, Thalmann, Thévoz, Ueltschi, Vetsch, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber Leo, Wellauer, Wyss (95)

Développement

La présente motion ne met pas en cause la loi du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre. Bien qu'elle contienne une série de dispositions sujettes à caution, elle est en vigueur et doit donc être appliquée. Cependant, elle présente à maints égards le caractère d'une loi-cadre et laisse une grande marge d'appréciation à l'autorité

- 2 -

chargée de l'exécuter. En raison notamment de la pression que les milieux ayant soutenu l'initiative pour l'interdiction totale des exportations d'armes exercent, par leurs interventions réitérées, le Conseil fédéral interprète la loi dans un sens toujours plus restrictif. Il y a lieu de rappeler à cet égard que, le 6 octobre 1976, le Conseil national a rejeté par 58 voix contre 22 la motion Blum du 3 mars 1976 qui visait à accentuer encore cette évolution; en revanche, le postulat Sigrist du 3 mars 1976, expression de la tendance inverse, a été accepté par le Conseil fédéral le 29 septembre 1976 et transmis sans opposition par le Conseil national. Il n'en reste pas moins que la pratique du Conseil fédéral suit toujours la ligne tracée par la motion Blum rejetée et nullement celle que demandait le postulat Sigrist qui lui a été transmis.

Cette évolution, que la loi n'exige nullement, a des conséquences de plus en plus fâcheuses. Des centres de production sont transférés à l'étranger, alors que les entreprises du pays se heurtent à des difficultés croissantes ou sont parfois menacées dans leur existence même. En outre, les travaux de développement portant sur le matériel de guerre sont entravés, voire empêchés. Cette situation compromet le maintien d'un grand nombre d'emplois; il est certainement superflu de relever à l'heure actuelle à quel point de telles répercussions sont regrettables et même néfastes. Il est étrange que les milieux qui dénoncent généralement la prédominance qu'acquiert la Suisse en tant que place financière au détriment de notre marché du travail soient précisément ceux qui, en l'occurrence, encouragent eux-mêmes cette évolution ou, pour le moins, ne font rien pour l'empêcher.

En outre, la pratique restrictive suivie par le Conseil fédéral porte directement préjudice à notre armée. A l'exception des adversaires irréductibles de toute défense militaire, personne ne conteste que nous devrions produire dans le pays le plus grand nombre possible d'armes, de véhicules et d'appareils, la gamme s'étendant jusqu'aux systèmes d'armes les plus compliqués. Récemment, le Conseil fédéral s'est une fois de plus réclamé de ce principe en rapport avec le développement d'un char de combat suisse. On ne peut cependant exiger que notre industrie procède à des travaux de développement et fournisse des produits de haute qualité répondant à nos besoins si l'on ne cesse simultanément d'entraver ses exportations dont elle est tributaire jusqu'à un certain point.

A cela s'ajoute un autre problème. Les restrictions apportées, en matière d'exportation de matériel de guerre, à la liberté du commerce et de l'industrie garantie par la constitution ont été motivées, comme l'avait fait remarquer à juste titre le Conseil fédéral dans sa réponse à la motion Blum, par des considérations relevant surtout de la politique de neutralité. Or notre neutralité est incontestablement une neutralité armée; elle ne peut s'imposer sur le plan de la politique étrangère que si elle est soutenue par la volonté de la défendre au besoin par une armée apte à se battre. Mais si nous compromettons notre propre défense en entravant exagérément l'exportation de matériel de guerre, nous portons du même coup irrémédiablement atteinte à notre politique de neutralité.

- 3 -

C'est pourquoi la motion demande au Conseil fédéral d'assouplir sa pratique par trop restrictive actuellement et de n'interdire les exportations que lorsque les conditions fixées dans la loi sont effectivement remplies. Cette règle s'applique d'une façon générale. Trois aspects de la question nous semblent cependant particulièrement importants:

- a) La définition du matériel de guerre donnée à l'article 1er de l'ordonnance du 10 janvier 1973 sur le matériel de guerre, dans sa teneur du 2 février 1978, est très large, ce qui n'est nullement exigé par la loi. On y mentionne également du matériel qui peut certes être utilisé à des fins militaires, mais qui ne l'est pas exclusivement à cet effet. C'est par exemple le cas pour les véhicules blindés à roues. L'article 1er, lettre b, chiffre 1, de l'ordonnance classe tous les véhicules blindés parmi le matériel de guerre, bien que les véhicules blindés à roues par exemple ne servent souvent qu'à la police; à ma connaissance, l'exportation de ces véhicules est entièrement libre en Allemagne notamment. Au chiffre 2, la même ordonnance établit à juste titre une différence entre les divers types d'aéronefs et ne considère comme matériel de guerre que les aéronefs armés ou équipés de dispositifs destinés à des fins militaires.
- b) Les entreprises touchées se plaignent souvent de la lenteur et de la complication de la procédure d'autorisation. Il s'ensuit que ces entreprises, qui doivent lutter âprement contre la concurrence étrangère et celle d'autres maisons qui ne sont pas soumises aux mêmes restrictions, ont à faire face à de grandes difficultés. Certaines commandes leur échappent et des charges inutiles leur sont imposées. Les principes régissant la procédure d'autorisation sont fixés dans la loi; on ne saurait évidemment s'en écarter. Mais on peut exiger que le Conseil fédéral et les services compétents appliquent la procédure avec célérité et bienveillance dans l'intérêt de notre industrie. Il n'est pas admissible de limiter encore davantage les possibilités d'exportation par de pures prescriptions de contrôle.
- c) A l'article 11, 2e alinéa, lettre a, la loi interdit d'une façon générale toute exportation à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater, ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses. La disposition prévoit trois phases, à savoir l'existence d'un conflit armé, la menace immédiate d'un tel conflit et des tensions qui font présumer l'éclatement d'un conflit. Sa teneur est manifestement motivée par des considérations relevant de la politique de neutralité et fait expressément mention de tensions dangereuses. Cette restriction a été apportée délibérément. On ne saurait donc considérer que toute tension, surtout si elle est de nature purement interne, justifie l'interdiction des exportations. Il est tout aussi inadmissible d'étendre la notion de "tensions dangereuses" à des Etats qui, situés dans des zones exposées aux tensions

- 4 -

internationales, cherchent simplement et à bon droit à assurer leur défense contre d'éventuelles agressions; sinon, il ne serait plus possible non plus de livrer des armes aux pays d'Europe occidentale. La notion de région où règnent des tensions dangereuses doit désormais être interprétée dans son sens propre.

- d) D'une façon générale, il faut encore relever qu'il ne saurait être question, en appliquant la loi, de ne se fonder que sur quelques événements éphémères dans un pays déterminé ni de nous immiscer avec pédantisme dans les affaires d'autres Etats. Nous nous gardons de telles immixtions dans nos relations diplomatiques et notre politique en matière de développement. Il s'agit pour l'essentiel de faire face aux obligations qui découlent de notre neutralité.

La motion porte 97 signatures; une intervention semblable au Conseil des Etats a reçu l'appui de 30 députés. Cela prouve que nos demandes sont largement soutenues et que les multiples interventions faites au cours de ces dernières années, qui vont en sens contraire, ne reflètent nullement l'opinion générale. J'invite le Conseil fédéral à accepter la motion dans l'intérêt de notre défense, de notre politique de neutralité et de notre économie.

#### Avis du Conseil fédéral

Les opinions émises dans le public et surtout aux Chambres fédérales au sujet de la loi sur le matériel de guerre sont fort divergentes. Au cours de la session d'automne de 1978, nous avons répondu à deux questions ordinaires urgentes des conseillers nationaux Ziegler-Genève et Carobbio, qui demandaient une application restrictive de la loi sur le matériel de guerre en relation avec les événements d'Iran. Dans une motion du 19 avril 1978, le conseiller national Carobbio requiert une modification de la loi sur le matériel de guerre aux fins de limiter les possibilités d'exportation; l'interpellation Braunschweig du 27 juillet 1978 demande une application plus stricte de la loi et l'extension de son champ d'application.

La question d'une application plutôt extensive ou plutôt restrictive de la loi sur le matériel de guerre donne lieu sporadiquement, depuis son entrée en vigueur, à des controverses. Après le rejet de justesse, le 24 septembre 1972, de l'initiative populaire pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes, nous avons été invités à nous montrer rigoureux dans l'application de la loi. Depuis 1973, nous avons présenté chaque année aux commissions de gestion des deux Chambres un rapport sur les exportations de matériel de guerre. Jusqu'ici, ces deux commissions ont régulièrement attesté que la loi sur le matériel de guerre était correctement appliquée.

- 5 -

Par tensions au sens de l'article 11, 2e alinéa, lettre a, de la loi sur le matériel de guerre, on ne saurait entendre uniquement celles qui se produisent entre Etats, à savoir les opérations de guerre proprement dites. Les tensions régnant à l'intérieur d'un Etat, à condition qu'elles présentent un certain danger et un certain degré d'intensité, tombent également sous le coup de la disposition susmentionnée. Si de tels conflits sont armés ou risquent de l'être, les exportations d'armes doivent absolument être interdites. Jusqu'à présent, nous avons toujours considéré que cette interdiction s'applique aussi aux conflits et aux tensions régnant à l'intérieur d'un Etat ou d'un territoire. Aujourd'hui, de tels conflits sont plus fréquents que des affrontements proprement dits entre forces armées instruites et équipées.

Dans l'ordonnance calquée sur la loi, le matériel de guerre a été défini de telle manière que des matériels, tels que des groupes électrogènes, du matériel de transmission, etc., qui ne représentent pas des moyens de combat au sens strict ne soient pas considérés comme du matériel de guerre. Les véhicules blindés sont toutefois réputés moyens de combat conformément à l'article premier de la loi. Le premier critère, sur lequel on se fonde en l'occurrence est un blindage qui offre une protection relativement efficace contre le feu des armes d'infanterie. Si l'ordonnance sur le matériel de guerre fait état de véhicules blindés armés ou non, cela signifie que même non armés, les véhicules blindés tombent sous le coup de la loi. Des chars non armés ne sont d'ailleurs pas seulement ceux auxquels l'armement prévu fait défaut momentanément, mais également ceux qui ne sont pas armés ou ne peuvent pas l'être, le critère déterminant restant le blindage. En ce qui concerne les modèles usuels de véhicules à roues blindés fabriqués en Suisse, il est de toute façon prévu, après leur exportation, de les équiper, notamment de mitrailleuses. Aussi sont-ils dotés d'un blindage sphérique et d'un affût supérieur, qui sont également fabriqués en Suisse. Si donc, pour que des véhicules à roues soient réputés matériel de guerre, il suffit qu'ils disposent d'un blindage, a fortiori doivent-ils être considérés comme tel lorsqu'ils sont spécialement conçus pour être armés. Leur faible poids comparé à celui des chars de combat lourds, leur blindage léger, leur entraînement par roues et non par chenilles ou, pour certains modèles, leurs canons ou lanceurs de fusées manquants, n'enlèvent pas à de tels véhicules leur caractère de matériel de guerre.

Des conflits tels que ceux cités plus haut ne requièrent pas l'utilisation de matériel de guerre lourd. Lors de troubles intérieurs, un véhicule à roues blindé permet déjà d'affronter efficacement des personnes équipées d'armes à feu individuelles. Il faut éviter que des armements suisses soient utilisés dans des conflits assimilables à des guerres civiles, quand bien même la loi sur le matériel de guerre ne contient pas de dispositions s'appliquant à de tels conflits.

L'acceptation de la motion entraînerait inévitablement une révision de la loi sur le matériel de guerre. Il y aurait alors lieu de reconsidérer tout le problème des exportations de matériel de

- 6 -

guerre ce qui, à notre avis, n'est ni souhaitable ni nécessaire. Même si l'application de la loi sur le matériel de guerre dans sa teneur actuelle n'est pas aisée, nous pensons qu'elle permet de mener une saine politique d'exportation de matériel de guerre, tenant compte de manière appropriée des exigences tant pratiques que morales.

Au demeurant, la procédure d'autorisation devrait être accélérée dans la mesure du possible. En effet, les démarches entreprises à l'étranger aux fins de vérifier les déclarations de ne pas réexporter entraînent souvent certains retards, auxquels l'administration ne peut souvent rien changer.

Nous sommes disposés à accepter la motion sous la forme d'un postulat. Nous nous efforcerons, à l'avenir aussi, d'éviter par tous les moyens que des armes suisses soient utilisées dans des conflits à l'étranger. Nous sommes en outre prêts à tenir compte à l'avenir, dans la mesure du possible, de la situation du marché du travail dans les cas où l'application de la loi sur le matériel de guerre offre une certaine marge d'appréciation.

#### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

#### Antwort des Bundesrats:

Die Verkaufargumente, welche die Hersteller der Flugzeuge AS 302 "Bravo" und "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer in ihrer Werbung verwenden haben das Militärdepartement im November 1978 vorgelegt, zusammen

NATIONALRAT78.874 Einfache Anfrage Grobet

vom 14. Dezember 1978

Flugzeug zu Militärzwecken

In ihrem Katalog bietet die Firma Pilatus eine militärische Version des Pilatus PC 7 Turbo Trainer an und rühmt deren Qualitäten. Dank einer Verstärkung unter den Tragflächen und einem anpassungsfähigen Ladesystem kann dieses Flugzeug 1040 Bomben mitführen.

Die militärische Verwendbarkeit dieses Flugzeugtyps wird in der Septemberrnummer 78 der Fachzeitschrift "Air International" ebenso herausgestellt wie diejenige des Typs AS 202 Bravo, den die Flug- und Fahrzeugwerke AG Altenrhein herstellt und zu dem ich bereits am 25. März 1977 eine Einfache Anfrage an den Bundesrat gerichtet habe, als sechs Stück davon nach Uganda exportiert wurden.

Der Bundesrat hatte damals geantwortet, es handle sich bei diesem Flugzeug nicht um Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes, so dass es ohne Bewilligung ausgeführt werden könne.

Ist der Bundesrat angesichts der Reklame, die für den Pilatus PC 7 Turbo Trainer gemacht wird, und angesichts der immer bedeutungsvoller werdenden Tatsache, dass es sich hier um ein Mehrzweckflugzeug handelt, bereit, diese Realität anzuerkennen und das Flugzeug als Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes zu betrachten, oder will er es dulden, dass dieses Gesetz auch weiterhin umgangen wird?

Nach "Air International" wurde der Pilatus PC 7 nach Mexiko, Bolivien und Burma verkauft. In den beiden letzten dieser Länder gibt es zur Zeit schwere Unruhen. Nach Burma wurden (so die Zeitschrift) 13 Flugzeuge an die Fliegertruppen geliefert. Sie sollen die Maschinen ersetzen, die im Norden des Landes abgeschossen worden sind. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Pilatus PC 7 während des Vietnamkrieges in Laos militärisch eingesetzt wurde. Ist der Bundesrat über diese Fakten unterrichtet und gedenkt er, in diesem Zusammenhang etwas zu unternehmen?

Antwort des Bundesrats:

Die Verkaufsargumente, welche die Hersteller der Flugzeuge AS 202 "Bravo" und "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer in ihrer Reklame verwendet, haben das Militärdepartement im November 1978 veranlasst, zusammen

5.3.1979

mit der Bundesanwaltschaft durch eine Expertengruppe eine genaue Ueberprüfung der beiden Flugzeugtypen vorzunehmen. Sie hat ergeben, dass es sich bei den beiden Flugzeugen nicht um "bewaffnete Luftfahrzeuge" oder "Luftfahrzeuge mit Einbauten für Waffen und Munition oder sonstige Vorrichtungen für militärische Verwendung" im Sinn von Artikel 1 der Verordnung über das Kriegsmaterial handelt. Die an den Flugzeugen vorhandenen Befestigungspunkte dienen nicht militärischen Zwecken, sondern beim Typ "Bravo" der Befestigung des Flugzeugs am Boden und beim Typ "Pilatus" der Aufhängung von Aussenlasten, wie Rettungsmaterial oder Zusatztanks. Besondere Verstärkungen für die Aufhängung von Bomben oder anderen Waffen sowie insbesondere Zielvorrichtungen, fehlen bei beiden Flugzeugtypen.

Das Kriegsmaterialgesetz kann somit auf die beiden Flugzeugtypen keine Anwendung finden.

Le Conseil fédéral avait répondu que ce dernier type d'avion n'était pas assimilable à du matériel de guerre au sens de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et n'était donc pas soumis aux prescriptions qui en limitent l'exportation.

Le Conseil fédéral, au vu de la publicité faite au sujet du Pilatus PC 7 Turbo Trainer et de l'usage polyvalent toujours plus important de ce genre d'avions, est-il disposé à admettre la réalité et à considérer cet avion comme tombant sous le coup des prescriptions légales qui en limitent l'exportation ou laissera-t-il la loi continuer à être détournée?

La revue Air International dit que le Pilatus PC 7 a été vendu au Mexique, à la Bolivie et à la Birmanie, alors que ces deux derniers pays connaissent de sérieux troubles intérieurs. En ce qui concerne la Birmanie, la livraison (selon cette revue) porterait sur 18 avions pour les forces aériennes birmanes pour remplacer les avions abattus dans le Nord du pays. Rappelons à ce sujet l'usage militaire d'avions Pilatus au Laos durant la guerre de Vietnam. Le Conseil fédéral est-il informé de ces faits et qu'entend-il faire?

#### Réponse du Conseil fédéral

Les arguments publicitaires des constructeurs des avions AB 202 "Bravo" et "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainier ont amené, en novembre 1978, le Département militaire fédéral, de concert avec le Ministère public de la Confédération, à charger un groupe d'experts de procéder à l'examen minutieux de ces deux types d'avions. Il s'est révélé que ces avions ne constituent pas des "aéronefs armés et aéronefs équipés de dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires" au sens de l'article premier de l'ordonnance sur le matériel de guerre.

5.3.1979

CONSEIL NATIONAL78.874 Question ordinaire Grobet

du 14 décembre 1978

Avion à usage militaire

Le catalogue de la Maison Pilatus présente une version militaire de l'avion Pilatus PC 7 Turbo Trainer dont il vente les qualités. Cet avion, grâce à un renforcement sous les ailes, est capable d'emporter 1040 kg de bombes avec la mise en place d'un système d'arrimage adaptable.

Les usages militaires de ce type d'avion sont mis en évidence dans la revue spécialisée "Air International" de Septembre 1978, au même titre que l'avion AS 202 Bravo fabriqué par l'entreprise FFA d'Altenrhein au sujet duquel j'avais posé une question ordinaire le 25 mars 1977 au Conseil fédéral à propos de l'exportation de six avions de ce type en Ouganda.

Le Conseil fédéral avait répondu que ce dernier type d'avion n'était pas assimilable à du matériel de guerre au sens de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et n'était donc pas soumis aux prescriptions qui en limitent l'exportation.

Le Conseil fédéral, au vu de la publicité faite au sujet du Pilatus PC 7 Turbo Trainer et de l'usage polyvalent toujours plus important de ce genre d'avions, est-il disposé à admettre la réalité et à considérer cet avion comme tombant sous le coup des prescriptions légales qui en limitent l'exportation ou laissera-t-il la loi continuer à être détournée?

La revue Air International dit que le Pilatus PC 7 a été vendu au Mexique, à la Bolivie et à la Birmanie, alors que ces deux derniers pays connaissent de sérieux troubles intérieurs. En ce qui concerne la Birmanie, la livraison (selon cette revue) porterait sur 18 avions pour les forces aériennes birmanes pour remplacer les avions abattus dans le Nord du pays. Rappelons à ce sujet l'usage militaire d'avions Pilatus au Laos durant la guerre du Vietnam. Le Conseil fédéral est-il informé de ces faits et qu'entend-il faire?

Réponse du Conseil fédéral

Les arguments publicitaires des constructeurs des avions AS 202 "Bravo" et "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer ont amené, en novembre 1978, le Département militaire fédéral, de concert avec le Ministère public de la Confédération, à charger un groupe d'experts de procéder à l'examen minutieux de ces deux types d'avions. Il s'est révélé que ces avions ne constituent pas des "aéronefs armés et aéronefs équipés de dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires" au sens de l'article premier de l'ordonnance sur le matériel de guerre.

5.3.1979

- 2 -

Les points d'arrimage dont sont dotés ces avions ne servent pas à des fins militaires, mais sont utilisés en ce qui concerne le "Bravo" pour son amarrage au sol et, sur le "Pilatus", pour le transport de charges extérieures, telles que du matériel de sauvetage ou des réservoirs supplémentaires. Ces deux types d'avions sont dépourvus de renforcements spéciaux permettant l'arrimage de bombes ou d'autres armes, ainsi que de viseurs.

La loi sur le matériel de guerre ne saurait donc s'appliquer à ces deux types d'avions.

#### Text des Vorstosses

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist in den letzten Jahren ins Zentrum der Diskussion um die schweizerische Waffenausfuhr gerückt.

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen über

- a. den Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen und Waffenausfuhr,
- b. Zahl und Entwicklung der Arbeitsplätze in der Schweiz und deren direkte und indirekte Verlagerung ins Ausland, insbesondere seit Inkrafttreten des revidierten Kriegsmaterialgesetzes,
- c. die Auswirkungen einer Erhöhung oder einer Verminderung der Waffenausfuhr (beispielsweise Verzicht auf Export in Entwicklungsländer oder Beschränkung auf die neutralen Staaten Europas) in Bezug auf die Zahl der Arbeitsplätze und
- d. Möglichkeiten bei einer Senkung des Waffenexportes, die Arbeitsplätze durch eine Verlagerung auf zivile Güterproduktion zu sichern.

#### Mitunterzeichner

Ammann-St. Gallen, Braschi, Bundi, Bussey, Chopard, Denays, Egli-Winterthur, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Herz, Hof, Müller-Bern, Nanchen, Nuor, Schaffer, Schmid Arthur, Tschopp, Villard, Wyler, Zahoder (23)

#### Begründung

Der gewünschte Bericht ist gedacht als ein Instrument zur Beurteilung der arbeitsplatz-, wirtschafts-, wasser- und militärpolitischen Gründe für und gegen die schweizerische Waffenausfuhr.

Damit dieser Bericht diese Aufgabe erfüllen kann, sollte er u.a. auch noch die folgenden Angaben enthalten:

16.5.1979

NATIONALRAT

Schriftliche Beantwortung

79.339 Postulat Braunschweig vom 14. März 1979  
Arbeitsplatz-Sicherung und Waffenausfuhr

---

### Text des Vorstosses

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist in den letzten Jahren ins Zentrum der Diskussion um die schweizerische Waffenausfuhr gerückt.

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen über

- a. den Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen und Waffenausfuhr,
- b. Zahl und Entwicklung der Arbeitsplätze in der Schweiz und deren direkte und indirekte Verlagerung ins Ausland, insbesondere seit Inkrafttreten des revidierten Kriegsmaterialgesetzes,
- c. die Auswirkungen einer Erhöhung oder einer Verminderung der Waffenausfuhr (beispielsweise Verzicht auf Export in Entwicklungsländer oder Beschränkung auf die neutralen Staaten Europas) in Bezug auf die Zahl der Arbeitsplätze und
- d. Möglichkeiten bei einer Senkung des Waffenexportes, die Arbeitsplätze durch eine Verlagerung auf zivile Güterproduktion zu sichern.

### Mitunterzeichner

Ammann-St. Gallen, Bratschi, Bundi, Bussey, Chopard, Deneys, Egli-Winterthur, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Merz, Morf, Müller-Bern, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschäppät, Villard, Wyler, Zehnder (23)

### Begründung

Der gewünschte Bericht ist gedacht als ein Instrument zur Beurteilung der arbeitsplatz-, wirtschafts-, aussen- und militärpolitischen Gründe für und gegen die schweizerische Waffenausfuhr.

Damit dieser Bericht diese Aufgabe erfüllen kann, sollte er u.a. auch noch die folgenden Angaben enthalten:

16.5.1979

Zahl der durch den Waffenexport in der Schweiz bestehenden Arbeitsplätze und Anteil dieser Arbeitsplätze an der gesamten Rüstungsproduktion im Inland (Exportquote);

Angaben über die bei den waffenproduzierenden Hauptfirmen bestehenden zivilen Arbeitsplatzanteile;

Angaben über die mögliche Liquidation von Arbeitsplätzen bei einer Verschärfung der Kriegsmaterialgesetzgebung;

Investitionen pro Arbeitsplatz für die Produktion von Kriegsmaterial und deren Entwicklung in Vergangenheit und deren Prognose in Zukunft;

Umlagerung von Produktionskapazität auf die Kriegsmaterialproduktion durch die Waffenausfuhr in Vergangenheit und möglicherweise in Zukunft.

### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

d. la possibilité, en cas de diminution des exportations d'armes, de sauvegarder les emplois en passant à la production de biens destinés à couvrir des besoins civils.

### Coclientaires

Azmann-Saint-Gall, Bratschi, Bardi, Bussey, Chopard, Dencys, Egli-Winterthour, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Mors, Nani, Müller-Berne, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschopp, Villard, Wyler, Zehnder (23)

### Développement

Le rapport demandé devrait permettre de mettre en balance les raisons qui plaident en faveur de l'exportation d'armes suisses et celles qui s'y opposent, tant sur le plan de la politique de l'emploi et de la politique économique que sur celui de notre politique étrangère et de notre défense nationale.

16.5.1979

79.339 Postulat Braunschweig du 14 mars 1979  
Sauvegarde de l'emploi et exportations d'armes

---

Ces dernières années, on a spécialement invoqué la sauvegarde de l'emploi lors des discussions sur les exportations suisses d'armements.

Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport sur:

- a. les relations entre le degré de l'emploi et les exportations d'armes;
- b. le nombre des emplois existants en Suisse dans l'industrie de l'armement et son évolution, ainsi que sur les transferts directs ou indirects d'emplois à l'étranger, notamment depuis l'entrée en vigueur de la loi révisée sur le matériel de guerre;
- c. les effets qu'exercerait sur le nombre des emplois un accroissement ou une diminution des exportations d'armes (suppression des ventes aux pays en développement, ou limitation de celles-ci aux seuls Etats neutres d'Europe, p.ex.);
- d. la possibilité, en cas de diminution des exportations d'armes, de sauvegarder les emplois en passant à la production de biens destinés à couvrir des besoins civils.

#### Cosignataires

Ammann-Saint-Gall, Bratschi, Bundi, Bussey, Chopard, Deneys, Egli-Winterthour, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Merz, Morf, Müller-Berne, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschäppät, Villard, Wyler, Zehnder (23)

#### Développement

Le rapport demandé devrait permettre de mettre en balance les raisons qui plaident en faveur de l'exportation d'armes suisses et celles qui s'y opposent, tant sur le plan de la politique de l'emploi et de la politique économique que sur celui de notre politique étrangère et de notre défense nationale.

16.5.1979

- 2 -

Pour que le rapport en question atteigne ce but, il devrait notamment fournir les données suivantes:

Combien d'emplois sont-ils dus en Suisse à l'exportation d'armes et quelle est la part de ces emplois dans l'ensemble de la production d'armes en Suisse (quote-part des exportations) ?

Quelle est, recensée dans les principales entreprises productrices d'armes, la part des travailleurs affectés à la production de biens destinés à couvrir des besoins civils ? Des emplois seraient-ils éventuellement supprimés si les prescriptions de la loi sur le matériel de guerre étaient rendues plus sévères ?

Quels investissements chaque place de travail servant à la production de matériel de guerre exige-t-elle ? Comment leur importance a-t-elle évolué jusqu'ici et quelles prévisions peut-on faire à ce sujet ?

Les exportations d'armes ont-elles eu ou auront-elles pour effet d'affecter à la fabrication de matériel de guerre certaines capacités de production des entreprises qui n'y étaient pas réservées ?

#### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est disposé à accepter le postulat.

Wird von den Karabiner 11 ebenfalls ins Ausland verkauft?  
Können Schweizer im Exporten? Und wenn ja, zu welchem Preis?

Es trifft zu, dass der Bund in den sechziger Jahren die Bestände an veralteten Gewehren und Karabinern liquidiert hat. Verkauft wurden insbesondere Gewehre der Modelle 96/11 und 11 sowie Karabiner 11. Bei diesem beschränkte sich der Verkauf allerdings auf Ausschusswaffen der Kategorien B und C; ein- und zweischüssige Karabiner der Kategorie A wurden nicht verkauft. Ab dem Jahr 1969 verkaufte die damalige Kriegstechnische Abteilung (KTA) einen grösseren Posten Gewehre 11 ins Ausland, vor allem nach Amerika. Karabiner 11 wurden keine ins Ausland verkauft. Solche solche Waffen allerdings über Büchsenmacher und private ins Ausland gelangten, lässt sich nicht feststellen.

NATIONALRAT79.647 Einfache Anfrage Mugny

vom 20. März 1979

Karabiner 1911. Verkauf

Nach Presseberichten verkaufte der Bund vor einigen Jahren Karabiner des Modells 1911 zu fünf oder zehn Franken das Stück. Einige Tausend Stück wurden damals ins Ausland verkauft, besonders nach Deutschland und nach den USA, wo sie heute als Jagdgewehre verwendet werden.

Heute sind diese Karabiner bei Sammlern und Liebhabern alter Waffen sehr gesucht. Sie werden sehr teuer gehandelt und sind schwierig zu finden.

Ich stelle deshalb dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Stimmen die Presseberichte?
2. Wieviele Karabiner 11 sind auf diese Weise ins Ausland verkauft worden?
3. Warum hat man die schweizerischen Waffenliebhaber nicht über diese Verkäufe informiert? Warum lehnten es die Zeughäuser ab, die Karabiner Wehrmännern zu verkaufen, die ihre Waffe behalten wollten?
- ✓ 4. Wird man den Karabiner 31 ebenfalls ins Ausland verkaufen? Können Schweizer ihn erwerben? Und wenn ja, zu welchem Preis?

Antwort des Bundesrats

1. Es trifft zu, dass der Bund in den sechziger Jahren die Bestände an veralteten Gewehren und Karabinern liquidiert hat. Verkauft wurden insbesondere Gewehre der Modelle 96/11 und 11 sowie Karabiner 11. Bei diesen beschränkte sich der Verkauf allerdings auf Ausschusswaffen der Kategorien B und C; einwandfreie Waffen der Kategorie A wurden nicht verkauft. Ab März 1965 konnten zunächst die konzessionierten Büchsenmacher, ab Oktober des selben Jahres alle Privatpersonen solche Waffen erwerben, und zwar zu einem Preis von zehn Franken pro Karabiner 11 und drei, später fünf Franken pro Gewehr 96/11 oder 11.
2. Im Jahr 1959 verkaufte die damalige Kriegstechnische Abteilung (KTA) einen grösseren Posten Gewehre 11 ins Ausland, vor allem nach Amerika. Karabiner 11 wurden keine ins Ausland verkauft. Wieviele solche Waffen allerdings über Büchsenmacher und Private ins Ausland gelangten, lässt sich nicht feststellen.

23.5.1979

- 2 -

3. Es darf angenommen werden, dass der grossen Mehrzahl der Waffensammler die Liquidation alter Gewehre und Karabiner bekannt war und dass sie sich seinerzeit entsprechend eingedeckt haben.
4. Der Karabiner 31 wird vom Bund nicht ins Ausland verkauft. Gemäss Verordnung des Eidg. Militärdepartements vom 6. November 1978 können Mitglieder von anerkannten Schiessvereinen, die die Bedingungen zum Bezug eines Karabiners 31 als Leihwaffe erfüllen, diese Waffe zum Preis von Fr. 150.-- erstehen.

Selon les informations parues dans la presse, la Confédération suisse, il y a quelques années, des mousquetons modèle 1911 à vendre au 10 francs la pièce. Quelques milliers d'exemplaires ont été vendus à l'étranger, particulièrement en Allemagne et aux États-Unis, où ils sont utilisés actuellement comme carabines de chasse.

Aujourd'hui, ces mousquetons sont très recherchés par les collectionneurs et amateurs d'armes anciennes. Ils se vendent très cher et sont difficiles à trouver.

Je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. L'information fournie par la presse est-elle exacte ?

2. Combien de mousquetons modèle 1911 ont-ils été ainsi vendus à l'étranger ?

3. Pourquoi n'a-t-on pas informé les amateurs suisses de ces ventes d'armes ? Pourquoi les armuriers refusaient-ils d'en vendre aux soldats qui voulaient garder leurs armes ?

4. Les mousquetons modèle 1911 seront-ils aussi vendus à l'étranger ? Les Suisses peuvent-ils en acquérir ? et si oui, à quel prix ?

Réponse du Conseil fédéral

Il est exact que la Confédération a liquidé, dans les années suivantes, les stocks d'anciennes fusils et mousquetons. Les ventes ont principalement porté sur des fusils des modèles 96/11 et 11 ainsi que sur des mousquetons 11. Toutefois, la vente de ces derniers s'est limitée aux armes de rebut des catégories B et C; les armes en parfait état de la catégorie A n'ont pas été vendues. À partir du mois de mars 1965, les armuriers concessionnaires ont pu acquérir de telles armes; les ventes aux particuliers ont débuté au mois d'octobre de la même année. Le prix d'un mousqueton 11 s'élevait à 10 francs, celui d'un fusil 96/11 ou 11 étant de 3 puis de 5 francs.

En 1959, le Service technique militaire (STM) a vendu un lot important de fusils 11 à l'étranger, avant tout en Amérique. Aucun mousqueton 11 n'a été vendu à l'étranger. Il n'est toutefois pas possible d'évaluer le nombre d'armes exportées par des armuriers ou des particuliers.

CONSEIL NATIONAL

79.647 Question ordinaire Mugny  
du 20 mars 1979

---

Mousqueton modèle 1911. Vente

Selon les informations parues dans la presse, la Confédération a vendu, il y a quelques années, des mousquetons modèle 1911 à 5 francs ou 10 francs la pièce. Quelques milliers d'exemplaires ont été vendus à l'étranger, particulièrement en Allemagne et aux Etats-Unis, où ils sont utilisés actuellement comme carabines de chasse.

Aujourd'hui, ces mousquetons sont très recherchés par les collectionneurs et amateurs d'armes anciennes. Ils se vendent très chers et sont difficiles à trouver.

Je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. L'information fournie par la presse est-elle exacte ?
2. Combien de mousquetons modèle 1911 ont-ils été ainsi vendus à l'étranger ?
3. Pourquoi n'a-t-on pas informé les amateurs suisses de ces ventes d'armes ? Pourquoi les arsenaux refusaient-ils d'en vendre aux soldats qui voulaient garder leurs armes ?
4. Les mousquetons modèle 1931 seront-ils aussi vendus à l'étranger ? Les Suisses peuvent-ils en acquérir ? Et si oui, à quel prix ?

Réponse du Conseil fédéral

1. Il est exact que la Confédération a liquidé, dans les années soixante, les stocks d'anciens fusils et mousquetons. Les ventes ont principalement porté sur des fusils des modèles 96/11 et 11 ainsi que sur des mousquetons 11. Toutefois, la vente de ces derniers s'est limitée aux armes de rebut des catégories B et C; les armes en parfait état de la catégorie A n'ont pas été vendues. A partir du mois de mars 1965, les armuriers concessionnés ont pu acquérir de telles armes; les ventes aux particuliers ont débuté au mois d'octobre de la même année. Le prix d'un mousqueton 11 s'élevait à 10 francs, celui d'un fusil 96/11 ou 11 étant de 3 puis de 5 francs.
2. En 1959, le Service technique militaire (STM) a vendu un lot important de fusils 11 à l'étranger, avant tout en Amérique. Aucun mousqueton 11 n'a été vendu à l'étranger. Il n'est toutefois pas possible d'évaluer le nombre d'armes exportées par des armuriers et des particuliers.

23.5.1979

NATIONALRAT

- 2 -

19.137 Einfache Anfrage Braunschweig

3. On peut admettre que la plupart des collectionneurs ont eu connaissance de la liquidation de ces anciens fusils et mousquetons et qu'ils ont pu s'en procurer à l'époque.
4. La Confédération ne vendra pas de mousqueton 31 à l'étranger. Conformément à l'ordonnance du Département militaire fédéral du 6 novembre 1978, les membres des sociétés de tir reconnues qui remplissent les conditions de remise en prêt d'un mousqueton 31 peuvent acheter cette arme pour le prix de 150 francs.

und herrschen darüber fast ununterbrochen. 1977 wurde General Acheampong durch General Akuffo gestürzt, der seinerseits nur wenige Wochen durch Fliegerleutnant Jerry Rawlings und seinen "Revolutionärrat der Streitkräfte" abgelöst wurde. Die Generale Acheampong und Utuka wurden in den letzten Tagen wegen Korruption und Machtmissbrauch zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Hinrichtungserlöse war schon vor Beginn des Blitprozesses hingerichtet.

Ghana gehört zu den ärmsten Entwicklungsländern Afrikas, gezeichnet von schweren sozialen Spannungen. Selbst in der Hauptstadt herrscht ein starker Mangel an den wichtigsten Bedarfsartikeln. Hungerkatastrophen überziehen den nördlichen Teil des Landes.

Muss der Bundesrat nicht in Nachhinein feststellen, dass seine Bewilligungspraxis dem Wortlaut des Artikels 11 Ziffer 2 Buchstaben a und b widerspricht und überhaupt viel zu großzügig und ungleichmässig angewandt wurde? Falls es sich um die Bewilligung von Schweizerischen Panzern, direkt oder indirekt für militärische, politischen und sozialen Spannungen erheben? Erst kürzlich erklärte der Bundesrat in einer Interpellationsantwort: "Eine Garantie für die Art des Einsatzes von ausgeliehenem Kriegsmaterial kann in dessen aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes vom Abnehmerland nicht verlangt werden."

#### Antwort des Bundesrats

Ghana hat nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 einige Regierungswechsel erlebt. Seit der Machtübernahme von General Acheampong im Jahre 1966 erhielt Ghana Kriegsmaterial aus der Schweiz. Zu dieser Zeit gehörte Ghana einer Liste der Weltbank Ghana auf keinen Fall zu den "ärmsten Entwicklungsländern Afrikas" sondern stand unter den schwarzafrikanischen Staaten in Bezug auf das Brutto-Produkt an zweiter Stelle nach der Elfenbeinküste. Im Jahr 1977 stellte General Acheampong einen genauen Zeitplan für den Machtübergang an eine Zivilregierung auf.

Erstmals in der Geschichte Ghanas wurden bei der Machtübernahme durch Leutnant Rawlings im Juli 1978 grössere militärische Mittel einge-

12.9.1979

NATIONALRAT79.737 Einfache Anfrage Braunschweig

vom 21. Juni 1979

Panzerwagen-Export nach Ghana

Von Mitte 1976 bis Mitte 1978 exportierte die Schweiz mit Bewilligung des Bundesrates 151 Panzerwagen der Firma Mowag im Betrage von rund 75 Millionen Schweizerfranken nach Ghana. Bekanntlich kamen in Ghana 1966 die Streitkräfte durch einen Staatsstreich an die Macht und herrschen seither fast ununterbrochen. 1978 wurde General Acheampong durch General Akuffo gestürzt, der seinerseits vor wenigen Wochen durch Fliegerleutnant Jerry Rawlings und seinen "Revolutionsrat der Streitkräfte" abgelöst wurde. Die Generäle Acheampong und Utuka wurden in den letzten Tagen wegen Korruption und Machtmissbrauch zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Hinrichtungsstätte war schon vor Beginn des Blitzprozesses hergerichtet.

Ghana gehört zu den ärmsten Entwicklungsländern Afrikas, gezeichnet von schweren sozialen Spannungen. Selbst in der Hauptstadt herrscht ein starker Mangel an den nötigsten Bedarfsartikeln. Hungersnöte überziehen den nördlichen Teil des Landes.

Muss der Bundesrat nicht im Nachhinein feststellen, dass seine Bewilligungspraxis dem Wortlaut des Artikels 11 Ziffer 2 Buchstaben a und b widersprach und neuerdings viel zu grosszügig und zu gutgläubig angewandt wurde? Teilt er die Befürchtung, dass die schweizerischen Panzerwagen direkt oder indirekt die militärischen, politischen und sozialen Spannungen erhöhten? Erst kürzlich erklärte der Bundesrat in einer Interpellationsbeantwortung: "Eine Garantie für die Art des Einsatzes von ausgeführtem Kriegsmaterial kann in dessen aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes vom Abnehmerland nicht verlangt werden."

Antwort des Bundesrats

Ghana hat nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1957 einige Regierungswechsel erlebt. Seit der Machtübernahme von General Acheampong im Jahre 1972 erhielt Ghana Kriegsmaterial aus der Schweiz. Zu dieser Zeit gehörte gemäss einer Liste der Weltbank Ghana auf keinen Fall zu den "ärmsten Entwicklungsländern Afrikas" sondern stand unter den schwarzafrikanischen Staaten in bezug auf das Brutto-sozialprodukt an zweiter Stelle nach der Elfenbeinküste. Im Jahr 1977 stellte General Acheampong einen genauen Zeitplan für den Machtübergang an eine Zivilregierung auf.

Erstmals in der Geschichte Ghanas wurden bei der Machtübernahme durch Leutnant Rawlings im Juli 1979 grössere militärische Mittel einge-

12.9.1979

setzt. Soeben erfolgten aber Wahlen, bei denen die von Dr. Ailla Limann geführte Volkspartei die Mehrzahl der Sitze im künftigen Parlament erlangte. Der Uebergang der staatlichen Gewalt auf die zivile Regierung ist immer noch für den 1. Oktober 1979 vorgesehen.

Ghana konnte 1976 zur Zeit der Erteilung der Ausfuhrbewilligung nicht als Gebiet eingestuft werden, in dem ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Ebensowenig wurden Bestrebungen der Schweiz in bezug auf die Menschenwürde oder die humanitäre oder Entwicklungshilfe beeinträchtigt. Die Vorschriften des Kriegsmaterialgesetzes boten somit keine Handhabe für die Verweigerung von Kriegsmaterialausfuhrbewilligungen nach Ghana.

Cette question s'élève, en 1966, un coup d'Etat a porté les forces armées au pouvoir au Ghana. Depuis lors, elles s'y maintiennent presque sans interruption. En 1973, le général Acheampong a été renversé par le général Akuffo auquel ont succédé, voici quelques semaines, le lieutenant d'aviation Jerry Rawlings et son "Conseil révolutionnaire des forces armées". Les généraux Acheampong et Gyaku ont été, ces jours derniers, condamnés à mort pour corruption et abus de pouvoir, puis exécutés. Avant même que ne s'ouvre leur procès éclair, l'emplacement de leur supplice avait été préparé.

Parmi les pays en développement, le Ghana figure au nombre des plus pauvres d'Afrique; il se signale par de graves tensions sociales. Une forte émigration des articles courants paraît les plus nécessaires règne jusque dans la capitale, tandis que des disettes sévissent dans la partie septentrionale du pays.

Le Conseil fédéral a-t-il pas constaté après coup que la manière dont il a autorisé les exportations d'armes est en contradiction avec l'article 11, chapitre 3, lettres a et b de la LP sur le matériel de guerre, et que cette disposition a été appliquée une fois de plus de façon bien trop extensive, par excès de confiance ? Partage-t-il l'opinion selon laquelle ces véhicules blindés peuvent accroître, directement ou indirectement, les tensions militaires, politiques et sociales dans ce pays ? Répondant à une interpellation, le Conseil fédéral a déclaré tout récemment encore : "Du reste, la loi sur le matériel de guerre ne permet d'exiger aucune garantie du pays de destination quant à l'usage des armes et appareils exportés."

Le Conseil fédéral renoncera-t-il à accorder d'autres autorisations d'exporter du matériel de guerre à destination du Ghana ?

12.9.1979

CONSEIL NATIONAL79.737 Question ordinaire Braunschweig

du 21 juin 1979

Exportation de blindés à destination du Ghana

Du milieu de 1976 au milieu de l'année 1978, la Suisse a exporté à destination du Ghana - avec l'autorisation du Conseil fédéral - 151 véhicules blindés des usines Howag, pour un montant de 75 millions de nos francs en chiffre rond.

Comme chacun sait, en 1966 un coup d'Etat a porté les forces armées au pouvoir au Ghana. Depuis lors, elles s'y maintiennent presque sans interruption. En 1978, le général Acheampong a été renversé par le général Akuffo auquel ont succédé, voici quelques semaines, le lieutenant d'aviation Jerry Rawlings et son "Conseil révolutionnaire des forces armées". Les généraux Acheampong et Utuka ont été, ces jours derniers, condamnés à mort pour corruption et abus de pouvoir, puis exécutés. Avant même que ne s'ouvre leur procès éclair, l'emplacement de leur supplice avait été préparé.

Parmi les pays en développement, le Ghana figure au nombre des plus pauvres d'Afrique; il se signale par de graves tensions sociales. Une forte pénurie des articles courants parmi les plus nécessaires règne jusque dans la capitale, tandis que des disettes sévissent dans la partie septentrionale du pays.

Le Conseil fédéral n'est-il pas contraint de constater après coup que la manière dont il a autorisé les exportations d'armes est en contradiction avec l'article 11, chiffre 2, lettres a et b de la LF sur le matériel de guerre, et que cette disposition a été appliquée une fois de plus de façon bien trop extensive, par excès de confiance ? Partage-t-il l'opinion selon laquelle ces véhicules blindés peuvent accroître, directement ou indirectement, les tensions militaires, politiques et sociales dans ce pays ? Répondant à une interpellation, le Conseil fédéral a déclaré tout récemment encore : "Du reste, la loi sur le matériel de guerre ne permet d'exiger aucune garantie du pays de destination quant à l'usage des armes et appareils exportés."

Le Conseil fédéral renoncera-t-il à accorder d'autres autorisations d'exporter du matériel de guerre à destination du Ghana ?

12.9.1979

NATIONALRAT

79.815

Einfache Anfrage Carobbio

vom 3. Dezember 1979

Waffenausfuhr nach den Philippinen

Aus der schweizerischen Aussenhandelsstatistik geht hervor, dass im September 1979 für rund fünf Millionen Franken Waffen und Kriegsmunition an die Philippinen geliefert wurden. Andere Lieferungen werden folgen, hat doch am 27. Juni 1979 Wolfgang Gähwyler, Direktor der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft Neuhäusen (SIG), in Gegenwart des Diktators Ferdinand Marcos und hoher Staatsbeamter eine grosse Schiessdemonstration organisiert, und zwar ausgerechnet im Fort Bonifacio von Manila, das als Ort der Folterung politischer Gefangener traurige Berühmtheit erlangt hat.

Seit 1972 stehen die Philippinen unter Kriegsrecht: die Armee des Diktators Marcos bekämpft die mohammedanische Minderheit (die Moro-Stämme auf der Insel Mindanao) und die verschiedenen Kampfverbände der Nationalen Demokratischen Front. Schätzungsweise 50'000 Menschen wurden seither getötet, rund 100'000 flohen nach Malaysia und ungefähr 5'000 wurden aus politischen Gründen eingesperrt und gefoltert. Auch die 98 katholischen Bischöfe der Philippinen haben in einem Hirtenbrief, der am ersten Oktobersonntag in den Kirchen verlesen wurde, gegen das Regime Stellung bezogen.

Es steht deshalb fest, dass das Kriegsmaterialgesetz vom 30. Juni 1972 verletzt wurde, besonders Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben a und b. Ausserdem hat der Bundesrat selber in seiner Antwort auf die Motion Friedrich erklärt, dass das Ausfuhrverbot auch für jene Länder gelte, in denen innere Konflikte oder Spannungen herrschen.

Deshalb frage ich den Bundesrat:

1. Für welchen Gesamtbetrag wurden in den letzten Jahren und 1979 Waffen und Munition an die Philippinen geliefert?
2. Hält er es nicht für angebracht, unverzüglich jegliche Ausfuhr von Waffen und Munition nach den Philippinen und die Bewilligung dazu zu unterbinden?
3. Welche ausländischen Filialen der SIG liefern Waffen und Munition nach den Philippinen, in welchem Umfang und zu welchem Wert?
4. Kompromittieren die Waffen- und Munitionslieferungen ausländischer SIG-Filialen nach den Philippinen die schweizerischen Bemühungen um die Respektierung der Menschenwürde, um die humanitäre Hilfe und die Entwicklungshilfe?
5. Gibt es schweizerische Entwicklungshilfe oder Hilfsprojekte zugunsten der Philippinen oder der philippinischen Flüchtlinge?

Les fournitures d'armes et de munitions aux Philippines par des sources étrangères de la SIG ne compromettent-elles pas les efforts faits par la Suisse en faveur du respect de la dignité humaine, de l'aide humanitaire ou de l'aide au développement?

Est-ce que des aides ou des programmes d'aide suisses destinés au développement des Philippines ou aux réfugiés provenant de

CONSEIL NATIONAL79'815 Question ordinaire Carobbio

du 3 décembre 1979

Exportations d'armes vers les Philippines

Il ressort de la statistique suisse du commerce extérieur que, durant le mois de septembre 1979, on a fourni aux Philippines des armes et des munitions de guerre pour environ 5 millions de francs. D'autres fournitures suivront puisque Wolfgang Cähwyler, directeur de la SIG (Schweizerische Industrie-Gesellschaft, Neuhausen), a organisé le 27 juin 1979 une grande démonstration de tir en présence du dictateur Ferdinand Marcos et de hauts officiers, au fort Bonifacio de Manille, endroit tristement célèbre parce qu'on y torture les prisonniers politiques.

La loi martiale est en vigueur aux Philippines depuis 1972: l'armée du dictateur Marcos combat la minorité musulmane (les tribus Moro dans l'île de Mindanao) et les forces du Front démocratique national. On a calculé que, depuis lors, 50'000 personnes ont été tuées, environ 100'000 se sont réfugiées en Malaisie, quelque 5'000 ont été incarcérées pour des motifs politiques et soumises à la torture. Même les 98 évêques catholiques des Philippines se sont déclarés opposés au régime par une lettre pastorale qui a été lue dans les églises le premier dimanche d'octobre.

La loi fédérale du 20 juin 1972 sur le matériel de guerre et en particulier l'article 11, 1er alinéa, lettres a et b, ont certainement été violés. De plus, le Conseil fédéral avait déclaré, en réponse à la motion Friedrich, que l'interdiction d'exporter s'applique aussi aux pays où il existe des conflits ou des tensions internes.

Je demande par conséquent au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelle est la valeur totale des armes et des munitions fournies aux Philippines ces dernières années et en 1979?
2. N'estime-t-il pas nécessaire d'ordonner immédiatement la cessation de toute fourniture d'armes et de munitions aux Philippines, et de supprimer la délivrance des autorisations y relatives?
3. Quelles sont les succursales étrangères de la SIG qui fournissent armes et munitions aux Philippines? De quelles quantités et de quelles sommes s'agit-il?
4. Les fournitures d'armes et de munitions aux Philippines par des succursales étrangères de la SIG ne compromettent-elles pas les efforts faits par la Suisse en faveur du respect de la dignité humaine, de l'aide humanitaire ou de l'aide au développement?
5. Existe-t-il des aides ou des programmes d'aide suisses destinés au développement des Philippines ou aux réfugiés provenant de ce pays?

## CONSEIL NATIONAL

NATIONALRAT79.814 Einfache Anfrage Ziegler-Genf

vom 3. Dezember 1979

Waffenausfuhr nach den Philippinen

Auf den Philippinen herrscht seit 1972 das Kriegsrecht. Die Diktatur des Präsidenten Marcos setzt Folter und Massenhinrichtungen als tägliche Repressionsmittel gegen die Regimegegner ein. Ein schwelender Bürgerkrieg hat seit 1972 bereits mehr als 50'000 Tote gefordert.

In den Statistiken über die Waffenausfuhren sind Lieferungen an die Philippinen im Betrag von 5 Millionen Franken aufgeführt. Eine Delegation der SIG-Schaffhausen hat in Manila eine Schiessdemonstration mit dem schweizerischen Sturmgewehr organisiert.

Das schweizerische Gesetz untersagt die Waffenausfuhr in Gebiete, wo bewaffnete Konflikte herrschen. Diese Bestimmung trifft zweifellos auf die Philippinen zu.

Welche Gründe haben den Bundesrat bewogen, die Bewilligung zur Lieferung von Schweizer Kriegsmaterial an die Diktatur Marcos zu erteilen?

Exportations d'armes vers les Philippines

Depuis 1972, les Philippines vivent sous la loi martiale. La dictature du président Marcos applique la torture, les exécutions sommaires comme un moyen quotidien de la repression des opposants. Une guerre civile endémique a coûté déjà plus de 50'000 morts depuis 1972.

Or, dans les statistiques des exportations d'armes les Philippines figurent avec des livraisons pour un montant de 5 millions de francs. Une délégation de SIG-Schaffhouse avait organisé - à Manille - une démonstration de tir du fusil d'assaut suisse.

La loi suisse interdit l'exportation d'armes dans des régions où sévit un conflit armé. Cette disposition s'applique sans aucun doute aux Philippines.

Quelles sont les raisons qui ont motivé le Conseil fédéral à accorder l'autorisation d'exportation d'armes de guerre suisses pour la dictature Marcos?

CONSEIL NATIONAL

79.847 Question ordinaire Grobet  
du 13 décembre 1979

Armes suisses en Bolivie

Au moment où la Bolivie retrouvait enfin un régime démocratique, l'armée fomenta à nouveau au début du mois de novembre un coup d'Etat, cette fois-ci sous la houlette d'un colonel Natusch Busch, qui dut finalement renoncer à son sinistre projet après que le peuple soit descendu en masse dans les rues. Si ce dernier finit par l'emporter, ce fut, hélas, au prix de plusieurs centaines de morts, tombés sous les balles de soldats engagés dans une répression sans merci.

Mais ce qui est plus tragique, c'est que ces centaines de victimes ont été tuées par des fusils d'assaut suisses (SIG, Neuhausen) et de chars d'assaut MOWAG, que certains parlementaires auraient voulu enlever de la liste des armes soumises aux restrictions d'exportation imposées par la loi sur le matériel de guerre.

L'usage et l'efficacité de ces armes sont hélas confirmés tant par divers observateurs que par des photos. M. Walter Ruf, PDG de la Société MOWAG, a du reste expressément admis dans une déclaration publiée dans l'édition du 6 décembre 1979 de la Schweizerische Handelszeitung que des chars MOWAG avaient été vendus en Bolivie.

A ces armes exportées, s'ajoutent les PILATUS TURBO DC-7 livrés à l'armée de l'air bolivienne.

Le Conseil fédéral peut-il indiquer s'il a autorisé l'exportation de ces diverses armes et, si oui, comment peut-il justifier une telle autorisation, alors que cela fait des années que la Bolivie connaît un régime instable (c'est le pays en Amérique latine qui a connu le plus grand nombre de coups d'Etat militaires depuis sa fondation - près de 200) et que ce pays subissait un régime dictatorial depuis plusieurs années?

NATIONALRAT79.847 Einfache Anfrage Grobet

vom 13. Dezember 1979

Schweizer Waffen in Bolivien

Zum Zeitpunkt, als Bolivien endlich wieder zu einer demokratischen Regierung zurückfand, zettelte die Armee Anfang November von neuem einen Staatsstreich an, diesmal unter der Führung eines Obersten Natusch Busch, der schliesslich seine unheilvollen Pläne aufgeben musste, nachdem das Volk in Massen auf die Strasse gegangen war. Wenn auch das Volk den Sieg davontrug, so bezahlte es doch dafür mit mehreren hundert Toten, die von Soldaten im Dienste einer erbarmungslosen Unterdrückung erschossen worden sind.

Noch tragischer ist aber, dass diese Hunderte von Opfern durch Schweizer Sturmgewehre (SIG Neuhausen) und MOWAG-Schützenpanzer getötet wurden, die gewisse Parlamentarier gerne von der Liste der Waffen, die den Exportbeschränkungen des Kriegsmaterialgesetzes unterstellt sind, gestrichen hätten.

Verschiedene Beobachter und auch Fotografien haben leider den Gebrauch und die Wirksamkeit dieser Waffen bestätigt. Walter Ruf, Verwaltungsratspräsident der MOWAG, hat überdies in der Schweizerischen Handelszeitung vom 6. Dezember 1979 ausdrücklich zugegeben, dass MOWAG-Panzer an Bolivien verkauft worden seien.

Zu diesen exportierten Waffen kommen die Pilatus Turbo DC-7, die an die bolivianischen Luftstreitkräfte geliefert worden sind.

Kann der Bundesrat angeben, ob er die Ausfuhr dieser verschiedenen Waffen bewilligt hat? Wenn ja, wie kann er eine solche Bewilligung rechtfertigen, da doch Bolivien schon seit Jahren eine un stabile Regierung besitzt (es ist das lateinamerikanische Land mit den meisten militärischen Staatsstreichern, nämlich fast 200 seit seiner Gründung) und dieses Land seit mehreren Jahren unter einem diktatorischen Regime stand?

## LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

Auszug aus dem  
 Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung  
 (Wintersession 1979 - Seite 1493)

Extrait du  
 Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale  
 (Session d'hiver 1979 - page 1493)

**Frage 13:****Braunschweig. Waffenausfuhr - Exportations d'armes**

*In einem Bericht für das amerikanische Parlament vom 14. Juli 1977 über die Verletzung des Waffenembargos gegenüber Südafrika werden u. a. 100 gepanzerte Fahrzeuge des Types Piranha erwähnt, die im Dienste der südafrikanischen Armee stehen. Als Lieferland wird die Schweiz angegeben.*

*Besteht die Möglichkeit, das Lieferland zu eruieren und zu prüfen, ob nicht eine Verletzung der Wiederausfuhrbestimmungen vorliegt?*

**Bundesrat Gnägi:** Der vom Fragesteller genannte Bericht wurde sofort nach seinem Bekanntwerden der Bundesanwaltschaft zur Untersuchung zugeleitet. Die an Ort und Stelle durchgeführte Abklärung hat ergeben, dass keine Lieferungen aus der Schweiz erfolgt sind. In einem Hearing vor dem amerikanischen Parlament muss von der betreffenden Auskunftsperson eine unrichtige Erklärung abgegeben worden sein. Nachdem keine Umgehung der schweizerischen Embargovorschriften für Kriegsmaterial vorlag, wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

**Braunschweig:** Ich möchte Sie, Herr Bundesrat, fragen, in welcher Weise der Bundesrat dafür besorgt war, dass diese (offenbar falsche) Information zum Vorteil unseres Landes richtiggestellt worden ist.

**Bundesrat Gnägi:** Ich kann Herrn Braunschweig nur sagen, dass die Bundesanwaltschaft diese Angelegenheit untersucht hat. Herr Braunschweig sollte uns vielleicht sagen, woher dieses Material gekommen ist. Dann könnten weitere Untersuchungen angeordnet werden. Diese Untersuchungen nimmt die Bundesanwaltschaft vor und nicht etwa das Militärdepartement.



# LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

CONFIDENTIEL

## R a p p o r t

aux commissions de gestion sur le détail des exportations de matériel de guerre en 1979

(du 26 mars 1980)

Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs,

Nous, fondant sur l'article 13, 3e alinéa, de la loi du 30 juin 1972<sup>1)</sup> sur le matériel de guerre, nous vous soumettons le présent rapport concernant les exportations de matériel de guerre en 1979.

### 1. Introduction

Le présent rapport est le septième depuis l'entrée en vigueur le 1er février 1973 de la loi sur le matériel de guerre. Nous nous en tenons à nouveau, notamment pour des motifs de comparaison, à la forme qui a donné satisfaction jusqu'ici.

### 2. Généralités

- 2.1 L'année est caractérisée d'une part par les débats parlementaires extrêmement intenses concernant les problèmes fondamentaux de l'exportation de matériel de guerre, et, d'autre part, par l'application pratique de la loi sur le matériel de guerre (LMG) par le Conseil fédéral et par l'administration. Application sans problèmes due en partie au fait que les entreprises exportant du matériel de guerre renoncent par elles-mêmes à des demandes concernant des pays dans

lesquels des conflits menacent d'éclater. Au surplus, la discussion qui a été entamée dans certains milieux de la population au sujet de l'exportation de matériel de guerre revêt une certaine importance.

- 2.2. Comme par le passé, nous tenons à souligner que les modifications survenues quant à la valeur des exportations de matériel de guerre n'autorisent aucune déduction en ce qui concerne la pratique. Le nombre des régions et des Etats qui peuvent recevoir du matériel de guerre où vers lesquels toute livraison est exclue, reste plus ou moins inchangé. L'équipement d'un Etat déterminé au moyen d'un système d'armes suisse a pour conséquence d'augmenter fortement la valeur des exportations, valeur qui chute après quelques années. Il s'agit en l'occurrence d'un procédé relevant exclusivement de la technique, du commerce et de la logistique, procédé qui n'est pas influencé par la LMG. Même si les livraisons sont restées faibles durant l'année, une majoration ne serait pas due à une pratique modifiée pour autant que les livraisons aillent à des pays ne causant aucun problème.

- 2.3 On constate à nouveau une faible diminution, par rapport à 1978, des exportations de matériel de guerre. Elles se sont élevées à 424'998'238 francs, tandis qu'elles étaient de 425'799'105 francs en 1978.

Pour l'ensemble de nos exportations, le matériel de guerre représente en 1979 0,97 pour cent, part fort modeste donc. Elle était de 1,02 pour cent en 1978.

- 2.4 Les modifications de l'ordonnance du 10 janvier 1973<sup>1)</sup> sur le matériel de guerre (OMG), entrées en vigueur le 1er mars 1978, n'ont pas causé de difficultés. Conformément à l'article 14, 2e alinéa, OMG, il peut être

---

1) RS 514.511

renoncé à une attestation de ne pas réexporter lorsqu'il s'agit de livraisons de pièces considérées comme des produits anonymes de série dont la valeur, par rapport à celle du matériel de guerre terminé, est négligeable. A ce titre, des autorisations d'exportation ont été accordées pour une valeur limitée à 10,6 millions de francs seulement (pour neuf mois de l'année précédente : 5,1 millions de francs).

3.

### Modalités de l'autorisation

Rien n'a changé à ce propos. Préalablement à la procédure devant le Conseil fédéral, tout exportateur en puissance de matériel de guerre peut se renseigner auprès de l'administration sur les chances de succès d'une demande d'exportation vers un pays déterminé. Une réponse lui est donnée dans les délais les plus brefs. S'il exige subséquemment la décision du Conseil fédéral, la procédure s'en trouve prolongée. L'octroi au requérant de l'autorisation de fabriquer ne lui donne cependant pas encore légalement droit à l'autorisation d'exportation. Il peut toutefois compter sur cette autorisation pour autant que la situation géopolitique et intérieure du pays intéressé ne se modifie pas entre le moment de la fabrication et celui de l'exportation. Dans de tels cas, la procédure d'autorisation prescrite légalement n'entrave pas la conclusion des affaires.

4.

### Pratique et problèmes en rapport avec les articles 10 et 11 LMG

4.1

#### Généralités

Les deux articles 10 et 11 LMG ont été appliqués en 1979 de la même manière qu'au cours des années précédentes.

L'application de l'article 10 n'a pas soulevé de problème particulier. En 1979, il n'a pas été utilisé pour justifier un refus d'octroi d'autorisation d'exportation de matériel de guerre.

Comme au cours de ces dernières années, c'est en se fondant sur l'article 11 LMG que le Conseil fédéral a refusé certaines autorisations d'exportation.

L'accroissement du nombre des foyers de tension sur la scène internationale en 1979 va rendre plus difficile l'appréciation de l'évolution future de ces zones de tension.

#### 4.2.

##### Interventions parlementaires

Les interventions parlementaires suivantes, concernant l'exportation de matériel de guerre, ont été présentées ou ont reçu une réponse :

- interpellation Braunschweig du 27 septembre 1978 concernant les exportations d'armes; autorité compétente et pratique suivie; réponse du 5 mars 1979;
- motion Carobbio du 19 avril 1978 concernant la modification de la loi fédérale sur le matériel de guerre; réponse du 16 mai 1979;
- motion Herzog du 5 octobre 1978 concernant la loi sur le matériel de guerre; réponse orale du 5 mars 1979;
- motion Friedrich du 5 octobre 1978 concernant la loi sur le matériel de guerre; réponse du 5 mars 1979;
- question ordinaire Grobet du 14 décembre 1978 concernant des avions à usage militaire; réponse du 5 mars 1979;
- postulat Braunschweig du 14 mars 1979 concernant la sauvegarde de l'emploi et les exportations d'armes; réponse du 16 mai 1979;

- question ordinaire Mugny du 20 mars 1979 concernant la vente de mousquetons modèle 1911; réponse du 23 mai 1979;
- question ordinaire Braunschweig du 21 juin 1979 concernant l'exportation de blindés à destination du Ghana; réponse du 12 septembre 1979;
- question ordinaire Carobbio du 3 décembre 1979 concernant l'exportation d'armes vers les Philippines; la réponse n'a pas été donnée en 1979;
- question ordinaire Ziegler du 3 décembre 1979 concernant l'exportation d'armes vers les Philippines; la réponse n'a pas été donnée en 1979;
- question ordinaire Grobet du 13 décembre 1979 concernant des armes suisses en Bolivie; la réponse n'a pas été donnée en 1979;
- heure des questions. Question Braunschweig du 3 décembre 1979 concernant l'exportation d'armes.

Les réponses du Conseil fédéral à ces interventions sont jointes au présent rapport.

#### 4.3.

##### Cas concrets

##### - Guatemala

Le gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne est à nouveau intervenu pour protester auprès du Département fédéral des affaires étrangères contre la vente d'avions Pilatus PC7 au Guatemala. Selon les autorités britanniques, les avions livrés par la société de Stans auraient été équipés, après leur livraison, avec des engins permettant éventuellement un engagement militaire. Une nouvelle enquête du Département militaire fédéral a révélé que les appareils

en question ont été exportés de Suisse sans l'équipement spécifique et qu'ils ne tombent par conséquent pas sous le coup de la LMG.

- Chili

Le 13 août 1979, la société Mowag à Kreuzlingen a demandé l'autorisation d'exporter au Chili des véhicules blindés à roues. Le Conseil fédéral a estimé que la situation qui règne au Chili correspondait à celles exposées à l'article 11, 2e al., lit. a et b, de la LMG. Il a, par conséquent, décidé le 14 novembre 1979 de refuser cette autorisation (voir 8.3).

- Taiwan

Une demande d'autorisation de fabrication de matériel de guerre destiné à être exporté à Taiwan a été présentée par la même société Mowag. La Confédération n'entretenant pas de relations diplomatiques avec le territoire en question, le Conseil fédéral a décidé le 14 novembre 1979 de refuser cette autorisation de fabrication (voir 8.4.).

- Afrique du Sud et Rhodésie

Vu la tension qui règne en Afrique australe, l'exportation d'armes de poing isolées a été interdite, à l'exception de celles destinées à des citoyens suisses en République d'Afrique du Sud.

- ONU - Afrique du Sud

Le Département fédéral des affaires étrangères a reçu trois notes émanant du président du Comité du Conseil de sécurité des Nations Unies s'occupant des questions de l'Afrique du Sud. Ces documents

5. Données statistiques5.1. Statistique du commerce

Les chiffres d'exportation  
statistique du commerce  
les indications suivantes

Afrique du Sud	29 177
Algérie	403 300
Allemagne Rép. féd.	141 822 557
Antilles brit.	1 505
Antilles néerland.	7 835
Arabie saoudite	24 121
Argentine	644 570
Australie	5 543
Autriche	67 461 317
Belgique	3 940 738
Brunei	40 000
Bulgarie	597
Canada	32 163
Chine (Taïwan)	323
Chypre	10 400
Costa Rica	331
Côte d'Ivoire	1 000
Danemark	2 429 330
Egypte	88 249
Emirats arabes unis	18 691
Equateur	15 493 385
Espagne	55 276 027
Etats-Unis	3 747 066
Finlande	273 040
France	3 146 621
Ghana	390
Grande-Bretagne	2 197 122
Grèce	276 059
Guinée	5 253
Haute-Volta	602
Inde	1 541
Indonésie	49 308
Irak	3 163

contenaient des questions relatives aux exportations suisses d'armes, de matériel connexe et de pièces détachées vers l'Afrique du Sud, avant l'adoption de la résolution 418 du Conseil de sécurité en 1977. Le Conseil fédéral a rappelé, dans sa réponse, que la Suisse, non membre des Nations Unies, ne peut pas être tenue de donner suite aux décisions du Conseil de sécurité. Il a en outre informé le secrétaire général des Nations Unies que la Suisse avait interdit l'exportation de matériel de guerre vers l'Afrique du Sud plus de 14 ans avant la mise en vigueur de l'embargo décrété par le Conseil de sécurité.

Philippines	5 356 613
Portugal	234 296
Qatar	700
Roumanie	4 431
Rwanda	1 278
Soudan	300
Suède	27 247 087
Tanzanie	417
Tchad	390
Thaïlande	1 216
Trinité	638
Turquie	2 104
Venezuela	14 194
Yougoslavie	78 846

424 996 278

5. Données statistiques5.1. Statistique du commerce extérieur

Les chiffres d'exportations relevés dans la statistique du commerce extérieur donnent les indications suivantes :

Afrique du Sud	29 177	Israël	2 322
Algérie	403 500	Italie	24 922 846
Allemagne Rép.féd.	141 822 557	Japon	2 320 027
Antilles brit.	1 505	Jordanie	28 500
Antilles néerland.	7 835	Liban	1 543
Arabie saoudite	24 123	Malaisie	120
Argentine	644 570	Maroc	144 000
Australie	5 643	Norvège	2 673 194
Autriche	67 461 317	Oman	8 000
Belgique	3 940 738	Pays-Bas	54 356 952
Brunei	40 000	Pérou	1 729 292
Bulgarie	597	Philippines	5 556 675
Canada	32 163	Portugal	334 296
Chine (Taïwan)	323	Qatar	700
Chypre	10 400	Roumanie	4 453
Costa Rica	331	Rwanda	1 276
Côte d'Ivoire	2 505	Singapour	8 123 217
Danemark	2 429 330	Soudan	300
Egypte	98 249	Suède	27 247 087
Emirats arabes unis	18 891	Tanzanie	417
Equateur	15 493 385	Tchad	290
Espagne	55 276 027	Thaïlande	1 216
Etats-Unis	3 747 066	Trinité	638
Finlande	273 040	Turquie	1 104
France	3 148 621	Venezuela	14 194
Ghana	390	Yougoslavie	78 846
Grande-Bretagne	2 197 122		424 998 238
Grèce	276 059		=====
Guinée	5 253		
Haute-Volta	602		
Inde	3 041		
Indonésie	49 208		
Irak	3 165		

5.2. Tableau du DMF (Office de contrôle du commerce de matériel de guerre)

Le présent rapport contient, comme précédemment, un tableau statistique qui renseigne sur les sommes des exportations selon les pays et les catégories de matériel de guerre. Il est établi sur la base des autorisations d'exportation déchargées par les offices de douane.

Ce tableau contient des chiffres concernant aussi du matériel exporté selon la procédure des passavants, puis réimporté ultérieurement en Suisse. De tels chiffres n'apparaissent pas dans la statistique du commerce extérieur. Le tableau du DMF tient compte de la destination du matériel et non pas, comme la statistique du commerce extérieur, du premier pays d'exportation, telles que par exemple les livraisons tout d'abord pour l'Italie destinées à l'Equateur (17,5 millions de francs environ) ou en République fédérale d'Allemagne pour du matériel de guerre destiné aux Pays-Bas ou à la Belgique.

En outre, des pièces ont été envoyées dans divers pays pour usinage. Cette opération terminée, ces pièces sont réimportées en Suisse sous forme de groupes d'assemblage.

C'est pour ces motifs que le tableau du Département militaire diffère quelque peu de la statistique du commerce extérieur.

6. Appréciation de la statistique (commerce extérieur)

La statistique appelle, comme de coutume, les remarques et évaluations suivantes :

6.1. Fournitures au Tiers-Monde

Les opposants aux exportations de matériel de guerre ne cessent d'avancer, comme argument, que des livraisons sont effectuées, à tort, vers le Tiers-Monde. De telles exportations ne sont "en elles-mêmes" pas interdites par la LMG.

Ce qu'il faut comprendre sous la notion d'"Etats du Tiers-Monde" n'est fixé nulle part de manière contraignante. Il existe certes bien deux listes publiées par l'ONU, l'une concerne les pays les moins développés (LLDC = least developed countries) et l'autre les pays les plus durement touchés par la crise du pétrole (MSA = most severely affected countries). Au nombre de ces Etats, seuls les pays MSA suivants ont reçu du matériel de guerre : Côte d'Ivoire, Egypte, Ghana, Guinée, Haute-Volta, Inde, Rwanda, Soudan, Tanzanie et Tchad. Valeur de ces fournitures : 112'323 francs, dont 98'249 francs pour l'Egypte (voir 6.3.1.).

## 6.2. Principaux intéressés

### 6.2.1. Etats destinataires (en millions de francs)

République fédérale d'Allemagne	142
Autriche	67,5
Espagne	55,3
Pays-Bas	54,3
Suède	27,2
Italie	25

### 6.2.2. Les fournisseurs principaux ont été :

La Fabrique de machines-outils Oerlikon, Bührle S.A., Zurich (328 millions de francs); Siemens-Albis S.A., Zurich (52,7 millions); Contraves S.A., Zurich (18,5 millions); Intendance du matériel de guerre (6,6 millions); Société Suisse des Explosifs, Brigue (6,3 millions); Dixi S.A., Le Locle (3,8 millions).

Les exportations de l'Intendance du matériel de guerre concernent les blindés AMX 13 liquidés et livrés à Singapour.

## 6.3 Cas particuliers

Relevons ici les quelques cas particuliers suivants :

- 6.3.1. Egypte  
L'"Egyptian Shooting Federation" a reçu 60'000 cartouches pour fusil 11, cal. 7,5 mm, 20'000 cartouches pour pistolet, cal.7,65 mm et des pièces de rechange pour les armes de sport livrées il y a quelques années.
- 6.3.2. République fédérale d'Allemagne  
Poursuite des livraisons d'armes, de munitions et d'appareils de conduite du tir pour le blindé de DCA. Vu que les blindés de DCA destinés à la Belgique et aux Pays-Bas sont partiellement montés en Allemagne, l'entrepreneur principal allemand a aussi reçu du matériel de guerre destiné à ces deux pays.
- 6.3.3. Equateur  
Ce pays a reçu de la Suisse des canons de DCA avec munitions et des appareils de conduite du tir, dont une partie pour une somme de quelque 17,5 millions de francs a été livrée par l'Italie.
- 6.3.4. Italie  
Après déduction des livraisons faites à l'Equateur, le reliquat est de 10 millions de francs environ.
- 6.3.5. Pays-Bas  
Poursuite des livraisons d'armes et d'appareils de conduite du tir pour le blindé de DCA. Des armes et des munitions de 25 mm ont aussi été fournies pour armer le char de grenadiers.
- 6.3.6. Autriche  
Ont été livrés des canons et de la munition de 20 mm pour armer des chars de grenadiers.
- 6.3.7. Philippines  
Des canons de 20 mm et de la munition ont été aussi livrés à ce pays.

- 6.3.8. Suède  
 Outre des canons pour avions, ce pays a également reçu des composants de munition ainsi que des éléments pour des appareils électroniques. Ces articles sont montés dans des groupes d'assemblage qui sont en majeure partie réimportés en Suisse.
- 6.3.9. Singapour  
 Expédition des premiers chars AMX. Les livraisons sont exécutées par l'Intendance du matériel de guerre.
- 6.3.10 Espagne  
 Poursuite des livraisons de canons de DCA avec munition et appareils de conduite du tir.
- 6.3.11 Yougoslavie  
 Ce pays a commandé de la munition en Suède; certaines parties proviennent de Suisse. Dans la statistique du commerce extérieur, ces exportations figurent sous Suède (premier pays d'exportation), tandis qu'elles sont mentionnées sous Yougoslavie dans la statistique du DMF. La déclaration de non-réexportation selon l'article 11 LMG a été vérifiée.
- 6.3.12 Algérie, Argentine, Grèce, Maroc, Pérou, Portugal et Chypre  
 Exportation autorisée uniquement d'explosifs et de moyens d'inflammation à des fins civiles (construction de routes et de tunnels, minages, etc.).
- 6.3.13 Seules quelques armes personnelles ou de poing et des petites quantités de produits chimiques de laboratoire (qui sont considérés comme explosifs civils) ont été exportés vers les pays suivants :
- |                        |                     |
|------------------------|---------------------|
| Afrique du Sud         | Emirats arabes unis |
| Antilles néerlandaises | Ghana               |
| Arabie saoudite        | Guinée              |
| Bulgarie               | Haute-Volta         |
| Côte d'Ivoire          | Inde                |
|                        | Irak                |
|                        | Israël              |
|                        | Jordanie            |

Liban	Tanzanie
Malaisie	Thaïlande
Oman	Trinidad
Qatar	Tchad
Roumanie	Turquie
Rwanda	Venezuela
Soudan	
Taiwan	

#### 6.4. Chiffres des années précédentes

6.4.1. Une comparaison donne les résultats suivants :

<u>Année</u>	<u>Total des exportations</u>	<u>Matériel de guerre</u>	<u>En pour-cent</u>
1972	26 187 579 267	260 269 943	0,99
1973	29 943 449 036	275 702 534	0,92
1974	35 353 101 852	236 329 517	0,67
1975	33 429 708 260	370 711 600	1,11
1976	37 044 786 994	491 723 791	1,32
1977	42 158 528 040	513 393 242	1,21
1978	41 779 492 015	425 799 105	1,02
1979	44 024 471 406	424 998 238	0,97

#### 6.5. Traitement des demandes d'exportation

Le Département militaire a traité de sa propre compétence 1'366 demandes pour une somme de 2,3 millions de francs. Le Département des affaires étrangères a été saisi de 1'078 demandes portant sur 599 millions de francs. Au nombre de celles-ci, deux demandes visant la livraison de matériel de guerre au Chili et à Taïwan nous ont été soumises pour décision de principe. Toutes deux ont été rejetées.

#### 6.6. Liste des demandes refusées

##### 6.6.1. Par le Conseil fédéral

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
14.11	Véhicules blindés à roues	Décision préalable	Chili
	Tourelles pour blindés et blindages sphériques	279'705.--	Taiwan

##### 6.6.2. Par l'administration (DFAE/DMF)

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
2.1.79	1 revolver cal.9 mm avec munition	566.95	Rhodésie
29.3.79	1 véhicule blindé à roues PIRANHA (pour démonstration)	600'000.--	Libye

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
24.4.79	1 pistolet cal. 9 mm	500.--	Rhodésie
18.5.79	2 fusils d'assaut cal. ) 5,56 mm avec munition ) 2 pistolets cal. 9 mm ) avec munition )	3'900.--	Libye
9.7.79	2 pistolets cal. 9 mm	1'540.--	Allemagne fédérale <sup>1)</sup>
6.8.79	1 pistolet cal..45	635.--	Afrique du Sud
27.12.79	1 pistolet cal. 9 mm	840.--	Namibie

6.6.3. Décisions préalables négatives de l'administration (DFAE/DMF)

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
18.5.79	Fusées pour munition	inconnue	Maroc
13.6.79	Appareil de conduite du tir de l'artillerie	inconnue	Taiwan
21.6.79	Appareils de pointage avec viseur pour lance-mines	inconnue	Chili
21.6.79	Affûts supérieurs et blindages sphériques	322'000.--	Taiwan
30.8.79	Chars de grenadiers armés	inconnue	Guatemala
20.9.79	Char de DCA sur châssis M-60	inconnue	Arabie saoudite

Vu que ces décisions préalables sont exigées lors de la phase initiale des pourparlers avec les clients, il est rare de pouvoir en indiquer la valeur.

1) Cette demande n'a pas été rejetée pour des motifs politiques, mais administratifs. Un modèle de ces pistolets permet le tir par rafales. Le destinataire n'a pas été en mesure de produire les documents requis.

7.           Activité de l'Office central pour la lutte contre le trafic illicite du matériel de guerre (du Ministère public de la Confédération)
- 
- 7.1.          Pendant l'exercice écoulé, l'Office central a instruit 112 (136) enquêtes pour soupçon d'infraction à la loi fédérale sur le matériel de guerre, dont 3 cas d'enquêtes de police judiciaire ouvertes par ordre du Procureur général de la Confédération. 68 (76) affaires furent déléguées aux autorités cantonales pour instruction et jugement. De ces 68 cas, 46 se référaient à des infractions commises contre l'article 9, 14 contre l'article 4 de la loi sur le matériel de guerre, 7 contre l'article 7 et 1 contre l'article 18 de l'ordonnance sur le matériel de guerre.
- Dans 10 (16) cas, le Procureur général de la Confédération a prononcé un non-lieu. Les autres cas concernaient la vérification d'informations fournies à l'Office central. Le but de la vérification était d'établir s'il y avait eu ou non infraction à la loi sur le matériel de guerre. Les résultats de ces enquêtes ont permis d'établir soit qu'il n'y avait pas eu d'infractions soit que celles-ci avaient déjà été jugées à l'étranger, les affaires se référant à cette dernière catégorie étant considérées comme dénuées de gravité.
- 7.2          Ci-après, quelques cas à titre illustratif :
- 7.2.1.       Il a été constaté lors d'un contrôle qu'un marchand d'armes n'avait pas observé les prescriptions concernant la tenue des inventaires prévus à l'article 18 de l'ordonnance sur le matériel de guerre. Depuis le mois de décembre 1977, les transactions d'armes et de munitions n'étaient plus comptabilisées conformément aux prescriptions. Le marchand, absent lors du contrôle, avait abandonné son domicile sans laisser d'adresse. Prévenu entre autres d'infraction à la loi sur le matériel de guerre, un mandat d'arrêt fut lancé contre lui le 12.1.1979. Arrêté le 4.2.1979 aux Pays-Bas,

il fut mis en détention extraditionnelle. Interrogé en Suisse, il en est résulté qu'il avait acheté au Liechtenstein avec un autre marchand des armes de poing inaptes au tir. Par la suite, il a remis ces armes en état de fonctionnement et les a revendues sans permis d'achat d'armes et sans les avoir enregistrées dans les livres prescrits. Vu cet état de faits, la Direction de l'Administration militaire fédérale lui a retiré l'autorisation initiale accordée le 18.4.1977. L'affaire a été déléguée pour jugement aux autorités concernées du canton de Berne.

- 7.2.2. Le 2.5.1979, la Direction de l'Administration militaire fédérale a demandé au Ministère public de la Confédération d'entreprendre une vérification auprès d'une entreprise suisse soupçonnée d'infraction à la loi sur le matériel de guerre. La demande était accompagnée d'une plainte pénale émanant du mouvement Anti-Apartheid Suisse ainsi que d'un rapport d'un hearing des 14./20.7.1977 de la Chambre des représentants américaine concernant l'"embargo sur les armes à destination de l'Afrique du Sud". Lors de ce hearing, un témoin a déclaré que l'armée sud-africaine utilisait des véhicules blindés de marque "Piranha". L'enquête a établi que les soupçons émis à l'encontre de l'entreprise suisse n'étaient pas fondés et qu'en fait il n'y avait pas eu de violation à la loi sur le matériel de guerre. L'information de police judiciaire ouverte par le Procureur général de la Confédération a été abandonnée le 25.5.1979.
- 7.2.3. Le 13.8.1979, deux fonctionnaires de la Gendarmerie de Chamonix/F ont présenté une demande d'entraide judiciaire internationale, délivrée par le Juge d'instruction du Tribunal de Grande Instance de Bonneville/F. La demande en question se fondait sur le fait que quatre guides de montagne suisses avaient dégagé à l'aide d'explosifs 600 kg de cristaux dans le massif du Mont-Blanc. Dûment informé, le Procureur

général de la Confédération a ouvert le 16.8.1979 une enquête de police judiciaire pour soupçon d'infraction à la loi sur le matériel de guerre. Les recherches ont permis d'établir que les explosifs et les moyens d'allumage, légalement achetés en Suisse, avaient été exportés illégalement en France.

- 7.2.4. Deux fonctionnaires du "Bundeskriminalamt" de Wiesbaden se sont présentés au Ministère public de la Confédération le 3.9.1979. Ils étaient munis d'une demande d'entraide judiciaire internationale, délivrée par le Parquet du Procureur de Hambourg. Cette demande se référait à un contrat pour une livraison de 100'000 dollars américains, conclu par un ressortissant allemand, de munition et de fusils de marque M 16 A 1. Ces armes auraient dû être exportées de Belgique au Maroc. L'acquéreur faisait un court séjour en Suisse. L'accusé, soit le ressortissant allemand préappelé, n'était pas au bénéfice d'une patente de marchand d'armes en Allemagne. Il est établi que la voie d'acheminement de ces armes ne passait pas par la Suisse. De ce fait, aucune infraction à la loi sur le matériel de guerre n'a pu être commise. Néanmoins, le Ministère public de la Confédération a participé à l'enquête. Il était important, du point de vue de l'administration de la preuve, que les fonctionnaires allemands puissent contacter l'acquéreur qui se trouvait momentanément dans notre pays. Celui-ci a accepté d'être interrogé et il s'est mis volontairement à disposition pour déposer en tant que témoin, lors du procès intenté en RFA contre le marchand d'armes.

### 7.3. Vérifications

- 7.3.1. Aucune irrégularité n'a été découverte lors des vérifications concernant la livraison à destination du matériel de guerre exporté (article 17 de l'ordonnance sur le matériel de guerre).

- 7.3.2. 36 (35) demandes d'autorisation initiale pour le commerce de matériel de guerre ont été examinées de concert avec les autorités cantonales de police. Toutes ces demandes ont été acceptées.
- 7.3.3. Ont été contrôlées 138 (180) demandes pour la recharge de munition. 2 demandes ont dû être refusées.
- 7.3.4. Au cours de l'exercice considéré, l'Office central a vérifié 438 (384) demandes d'autorisation spéciale pour l'achat d'armes tirant par rafales. 4 demandes furent refusées pour des motifs de sécurité.
- 7.3.5. Ont été contrôlées 154 (165) demandes d'autorisation pour acquérir des armes à épauler semi-automatiques. Une fin de non-recevoir a été opposée à 4 (3) de ces demandes, le requérant n'ayant pas été à même de fournir les documents requis.

## 8. Appréciation du système

- 8.1. Comme de coutume, ce chapitre tente d'exposer, sans appréciation toutefois, la pratique telle qu'elle a évolué dans le domaine des autorisations d'exportation.
- 8.2. Un renforcement ou un allègement de la pratique ne se sont pas imposés. Il ne s'est présenté effectivement aucun cas pour lequel la LMG aurait permis une autre solution que celle choisie.
- 8.3. En ce qui concerne le Chili, eu égard à la situation politique intérieure de ce pays, il semblait que, pour le moment, à tout le moins, l'article 11, alinéa 2 LMG s'opposait à toute livraison de matériel de guerre; cela spécialement parce qu'une décision accordant une autorisation aurait pu créer un précédent en faveur d'autres états connaissant une situation politique intérieure semblable.

- 8.4. La question s'est posée quelque peu différemment en ce qui concerne Taïwan. Toutefois, Taïwan n'est pas reconnu par la Suisse, si bien qu'il n'existe aucune garantie pour l'application et un contrôle d'authenticité, à l'échelon du droit international public, des déclarations de non-réexportation.
- 8.5. Lors de la session de septembre, les motions Friedrich et Carobbio (au Conseil des Etats la motion Herzog) ont déclenché au Conseil national un débat étendu qui ne s'est pas limité à ces interventions, mais qui a aussi porté sur le problème de l'exportation de matériel de guerre en général. Ce débat a un caractère directeur pour le Conseil fédéral et l'administration. Bien que la motion Friedrich ait été transformée en postulat, il peut être relevé que la liberté d'appréciation du Conseil fédéral est si limitée qu'il apparaît quasiment impossible de s'écarter de la pratique. Il a été noté cependant que le Parlement ne souhaite en tout cas aucun renforcement du système d'exportation.
- Vers la fin de l'année, une opposition contre les exportations d'armes s'est manifestée dans divers milieux de la population, principalement de Suisse romande.
- 8.6. Si les données fournies par le SIPRI (Institut international de recherches pour la paix, à Stockholm), selon lesquelles les dépenses pour l'armement ont atteint, en 1979, 480 milliards de dollars, se révèlent exactes, la part des exportations suisses de matériel de guerre s'élève alors à 0,052 pour cent.

Veillez agréer, Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs, les assurances de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE  
Le Président de la Confédération

Berne, 26 mars 1980

Le Chancelier de la Confédération

Annexes:

- Tableau
- Interventions parlementaires avec réponses.

VERTRAULICH  
CONFIDENTIEL

AUSFUHR von KRIEGSMATERIAL 1979  
EXPORTATION de MATERIEL de GUERRE 1979

DIREKTION DER EIDG. MILITÄRVERWALTUNG  
3003 BERN  
79.3.1/79

Bestimmungsländer Pays de destination	Kat./Cat.	a 1 Kriegsaffen Armes de guerre	a 1 Hand- → Faust- feueraffen Armes privées	a 3 Abschussgeräte Engins de lancement	a 4 Richt- → Ziel- → Feuerleitgeräte Appareils de conduite du tir	a 5 Munition für Kriegsaffen Munitions pour armes de guerre	a 5 Munition für Handfeueraffen Munitions pour armes privées	a 6 Spreng → + Zündmittel Explosifs, moyens d'inflammation	b 1 Panzerfahrzeuge Véhicules blindés	Besaffnete Flugzeuge Avions armés	TOTAL
Aegypten			12'669.-				85'640.-	403'500.-			98'249.-
Argentinien			860.-				100.-	643'970.-			403'500.-
Belgien		6'790'068.-	28'306.-	27'100.-	36'000.-	10'904'643.-	5'250.-	9'249.-		165'900.-	644'930.-
Brasilien					414'499.-						17'964'516.-
Brunei		37'662.-									452'161.-
Dänemark		40'000.-									40'000.-
Deutschland		85.-									2'401'018.-
Ecuador		40'915'643.-									119'789'989.-
England		23'013'500.-									33'064'385.-
Finnland		754'110.-									2'371'177.-
Frankreich		35'675.-									278'401.-
Griechenland		2'462'543.-									4'229'546.-
Indien			7'475.-								280'520.-
Indonesien		1'500.-									248'373.-
Italien		5'000.-									54'207.-
Japan		4'153'912.-									10'000'187.-
Jugoslawien		2'120'748.-									2'321'009.-
Kanada			4'149.-								1'377'500.-
Marokko		1'802.-									32'700.-
Niederlande			2'415.-								144'000.-
Norwegen			3'598.-								68'065'218.-
Osterreich			4'149.-								2'070'609.-
Peru			2'415.-								69'451'424.-
Philippinen			3'810.-								1'729'292.-
Portugal			3'810.-								6'136'085.-
Schweden			36'955.-								343'460.-
Singapur			50.-								30'559'259.-
Spanien			14'235.-								8'161'964.-
U.S.A.			89'907.-								55'485'759.-
Diversa			130'772.-								3'639'933.-
TOTAL		183'264'820.-	1'604'792.-	2'050'519.-	101'879'004.-	134'323'270.-	204'523.-	8'040'971.-	8'501'482.-	2'192'417.-	442'061'798.-

78.499 Interpellation Braunschweig

vom 27. September 1978

Waffenausfuhr. Praxis und ZuständigkeitText des Vorstosses

Die blutigen Unruhen der letzten Wochen in Persien konnten nur noch mit Geheimpolizei SAVAK, Verhängung des Kriegsrechts, Maschinengewehren und Panzerkanonen unterdrückt werden. Zur schweizerischen Waffenausfuhr nach Persien ergeben sich nach diesen Ereignissen die folgenden Fragen:

1. Auch im ersten Halbjahr 1978 exportierte die Schweiz für über 2 Millionen Schweizerfranken Sprengkapseln, Zünder und Waffenteile, total für über 6 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Persien. Welches Kriegsmaterial wurde für die Differenz von 4 Millionen Franken geliefert? Könnte in Zukunft die Aussenhandelsstatistik so präzisiert werden, dass der Benutzer diese Frage selber beantworten kann? Wie lauten die entsprechenden Zahlen seit dem 30. Juni 1978?
2. Während Jahren rechtfertigte der Bundesrat die massiven Kriegsmateriallieferungen nach Persien mit dem Hinweis auf den defensiven Charakter der Waffen und der ihm in Aussicht gestellten Garantie, das Kriegsmaterial werde nicht gegen die Opposition im Empfängerland unter Missachtung der Menschenrechte zur Anwendung kommen. Ist der Bundesrat heute in der Lage, zu bestätigen, dass schweizerisches Kriegsmaterial in den letzten Monaten nicht gegen das persische Volk eingesetzt worden ist? Besitzt er die entsprechenden Zusicherungen seitens der Empfänger auch für die nahe und ferne Zukunft?
3. Es ist heute offensichtlich, dass der Bundesrat während Jahren die innenpolitische Lage Persiens völlig falsch eingeschätzt hat. Wer trägt dafür die Verantwortung? Zuständig und federführend für das Bewilligungsverfahren ist in erster Linie das Eidgenössische Militärdepartement. Nachdem das aussenpolitische Gewicht der Waffenausfuhr neuerdings sichtbar geworden ist - nach ähnlichen Erfahrungen in Chile, Pakistan und andern Staaten - frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, die bisherige Zuständigkeit des EMD dem Politischen Departement zu übertragen.

5.3.1979

Mitunterzeichner

Ammann-St. Gallen, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Christinat, Diethelm, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Nanchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-St. Gallen, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder

Begründung

Die riesigen Demonstrationen der persischen Bevölkerung in allen Teilen des Landes verschafften der Weltöffentlichkeit Klarheit über den despotischen Herrschaftscharakter des Schahs Resa Pahlewi. Er kann sich heute und wohl schon seit Jahren nur auf eine dünne Oberschicht, auf die Polizei und die Armee stützen. Das Volk aus Stadt und Land, aus allen Schichten und Regionen, Liberale, Linke und Konservative, Religiöse und Intellektuelle, Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende, alle lehnen den Schah, seine Herrschaft und seine Dynastie ab und bekämpfen Unfreiheit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

Allerdings war dies seit Jahren bekannt: In zahlreichen parlamentarischen Vorstössen wurde seit den Siebzigerjahren immer wieder auf ungesetzliche Hinrichtungen, auf Folterungen, auf zahlreiche Gefangene ohne Gerichtsurteil, auf die missachteten Freiheiten und Menschenrechte sowie auf einige aussenpolitische Eskapaden des persischen Herrschers hingewiesen. Und in dieser Zeit überstiegen die schweizerischen Waffen- und Kriegsmaterialexporte nach Persien qualitativ und quantitativ die Lieferungen in andere Länder bei weitem und erreichen den Gegenwert von einer halben Milliarde Schweizerfranken. Die schweizerische Rüstungsindustrie muss sich den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrer unkritischen Geschäftstüchtigkeit ein Régime der Unmenschlichkeit zementiert zu haben. Diese Politik ist nicht nur skrupellos sondern auch kurzsichtig, denn langfristige Exportwirtschaft müsste auf Kreise und Schichten ausgerichtet sein, die dereinst an der Macht teilnehmen werden.

Während Jahren stellte sich der Bundesrat schützend vor das Bündnis zwischen der schweizerischen Rüstungsindustrie und dem persischen Herrscher, indem er stereotyp erklärte: "Es besteht auch heute weder eine Veranlassung noch eine gesetzliche Pflicht, die Lieferungen einzustellen. Die Entwicklung der Lage im Iran wird weiterhin aufmerksam verfolgt" (z.B. 16.2.1977). Leider hat sich das Gegenteil als richtig erwiesen: Der Bundesrat hätte bei vielen Gelegenheiten Veranlassung haben müssen, Kriegsmaterialexporte nach Persien zu unterbinden, und er wäre durch das Kriegsmaterialgesetz vom 30. Juni 1972 verpflichtet gewesen, in seiner Bewilligungspraxis die Spannungen und die Missachtung der Menschenrechte zu berücksichtigen. Stattdessen erklärte der Bundesrat 1973 auf eine kleine Anfrage Hubacher geradezu zynisch: "Für die krisenhafte Entwicklung liegen bisher für Persien keine Anhaltspunkte vor". Heute gibt sogar der Schah - in - Schah zu, dass die Entwicklung in seinem Land in einseitiger Weise

erfolgte und die Spannungen auslöste, deren Zeugen wir in den letzten Wochen waren. Durch die zeitweiligen und wieder unterbrochenen Liberalisierungsmassnahmen gestand der persische Herrscher die Missachtung der Menschenrechte selber und vor aller Öffentlichkeit ein, so dass es auch dem Bundesrat nicht schwer fallen sollte, seine jahrelange falsche Einschätzung der politischen Lage Persiens zu erkennen.

Kurzfristig brachten die riesigen Waffenexporte einigen Unternehmern grossen Gewinn; langfristig zahlte unser Land dafür einen zu hohen Preis an Vertrauenswürdigkeit, Partnerschaft und Good-will. Dieser Schaden kann nur wieder gutgemacht werden, wenn der Bundesrat bereit ist, seine bisherige large Bewilligungspraxis im Sinne unserer Interpellation zu überdenken.

### Stellungnahme des Bundesrats

1. Neben den für 2 Millionen Franken ausgeführten Sprengkapseln, Zündern und Waffenteilen wurden im ersten Halbjahr 1978 noch für 4 Millionen Franken Ersatzteile für Flab-Feuerleitgeräte sowie Halbfabrikate nach dem Iran exportiert.

In der Aussenhandelsstatistik werden zum Teil Geräte und Bestandteile in Rubriken aufgeführt, die auch noch andere Waren enthalten. So werden zum Beispiel Feuerleitgeräte und deren Bestandteile in der gleichen Rubrik aufgeführt wie Radio- und Fernsehgeräte. Bei Metallteilen hängt die Klassierung überdies von der Legierung ab. Die Rubriken des Zolltarifs beruhen auf internationalen Vereinbarungen und können deshalb <sup>von uns</sup> nicht willkürlich geändert werden. Daher wird seit 1975 der Aussenhandelsstatistik eine besondere Uebersicht beigegeben, die im einzelnen angibt, wieviel Kriegsmaterial in welche Länder ausgeführt wurde.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1978 wurden auf Grund von früher erteilten Bewilligungen noch für 2,8 Millionen Franken Kriegsmaterialbestandteile nach dem Iran ausgeführt. Seit Oktober 1978 erfolgten keine Kriegsmateriallieferungen mehr.

2. Die Schweiz hat nach dem Iran keine Infanteriewaffen ausgeführt, sondern Fliegerabwehrgeschütze. Es sind keine Fälle bekannt, in denen mit solchen gegen die Bevölkerung vorgegangen wurde. Eine Garantie für die Art des Einsatzes von ausgeführtem Kriegsmaterial kann indessen auf Grund des Kriegsmaterialgesetzes vom Abnehmerland nicht verlangt werden. Sie ergibt sich aus der Zweckbestimmung der ausgeführten Waffen und Geräte.
3. Das Kriegsmaterialgesetz schreibt vor, dass keine Bewilligungen erteilt werden dürfen nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Im Sinne dieser Bestimmung konnten in den letzten Jahren Exportbewilligungen erteilt werden.

## CONSEIL NATIONAL

Gemäss Art. 12 KMG ist der Bundesrat zuständig. Die Bewilligungen wurden denn auch stets durch den Bundesrat erteilt.

Art. 13 Abs. 2 der Verordnung über das Kriegsmaterial schreibt vor, dass das Politische Departement bestimmt, welche Fälle dem Bundesrat im Sinne des erwähnten Art. 12 KMG vorzulegen sind. Das gleiche Departement nimmt zur Frage der Konflikte und Spannungen zuhanden der Entscheidungsbehörde Stellung. Die Zuständigkeit des Politischen Departements ist demnach bereits gegeben.

La demande d'interpellation de ses dernières semaines en Iran a été présentée par la police secrète (SAVAK), la proclamation de la loi martiale, les mitrailleuses et les canons blindés. Après de tels événements, les questions ci-après se posent en ce qui concerne nos exportations d'armes à destination de la Perse:

1. Durant le premier semestre 1978 également, la Suisse a exporté en Iran pour plus de 2 millions de francs de capsules fulminantes, détonateurs et pièces détachées d'armes, mais au total pour plus de 6 millions de francs de matériel de guerre. Quel matériel de guerre a-t-il été livré à l'Iran pour la différence, soit 4 millions de francs? La statistique du commerce extérieur pourrait-elle, à l'avenir, être précisée de telle façon que celui qui la consulte puisse lui-même répondre à cette question? Quels sont les chiffres correspondants depuis le 30 juin 1978?
2. Pendant ces années, le Conseil fédéral a justifié les livraisons massives de matériel de guerre à l'Iran en arguant du caractère défensif des armes exportées, ainsi que des promesses que lui aurait faites le pays de destination de ne pas utiliser ledit matériel de guerre contre l'opposition, c'est-à-dire au mépris des droits de l'homme. Le Conseil fédéral est-il aujourd'hui en mesure de certifier qu'aucun matériel de guerre d'origine suisse n'a été utilisé, au cours de ces derniers mois, contre le peuple iranien? A-t-il également reçu des assurances correspondantes pour un proche avenir et un futur plus lointain?
3. Il est évident que, pendant ces années, le Conseil fédéral a porté un jugement fondamentalement erroné sur la situation intérieure de l'Iran. A qui en incombe la responsabilité? Le Département militaire fédéral est compétent au premier chef en ce qui concerne la procédure d'autorisation d'exporter des armes. Puisque ces exportations ont repris récemment une importance sur le plan de la politique étrangère - à la suite de l'échec des expériences analogues faites au Chili, au Pakistan et dans d'autres Etats -, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à transférer du DMF au Département politique la compétence y relative.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants: Ammann-Saint-Gall, Faechtold-Lausanne, Escheret, Hurn, Kratächi, Bundi, Christinat, Diethelm, Gans, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Herz, Nünchen, Reiniger, Rothem, Rudi, Schmid Arthur, Schmid-Saint-Gall, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Valiner, Zehnder.

Réponse écrite

CONSEIL NATIONAL78.499 Interpellation Braunschweig

du 27 septembre 1978

Exportation d'armes. Autorité compétente et pratique suivie

Les troubles sanglants de ces dernières semaines en Iran n'ont pu être matés que par la police secrète (SAVAK), la proclamation de la loi martiale, les mitrailleuses et les canons blindés. Après de tels événements, les questions ci-après se posent en ce qui concerne nos exportations d'armes à destination de la Perse:

1. Durant le premier semestre 1978 également, la Suisse a exporté en Iran pour plus de 2 millions de francs de capsules fulminantes, détonateurs et pièces détachées d'armes, mais au total pour plus de 6 millions de francs de matériel de guerre. Quel matériel de guerre a-t-il été livré à l'Iran pour la différence, soit 4 millions de francs? La statistique du commerce extérieur pourrait-elle, à l'avenir, être précisée de telle façon que celui qui la consulte puisse lui-même répondre à cette question? Quels sont les chiffres correspondants depuis le 30 juin 1978?
2. Pendant des années, le Conseil fédéral a justifié les livraisons massives de matériel de guerre à l'Iran en arguant du caractère défensif des armes exportées, ainsi que des promesses que lui aurait faites le pays de destination de ne pas utiliser ledit matériel de guerre contre l'opposition, c'est-à-dire au mépris des droits de l'homme. Le Conseil fédéral est-il aujourd'hui en mesure de certifier qu'aucun matériel de guerre d'origine suisse n'a été utilisé, au cours de ces derniers mois, contre le peuple iranien? A-t-il également reçu des assurances correspondantes pour un proche avenir et un futur plus lointain?
3. Il est évident que, pendant des années, le Conseil fédéral a porté un jugement foncièrement erroné sur la situation intérieure de l'Iran. A qui en incombe la responsabilité? Le Département militaire fédéral est compétent au premier chef en ce qui concerne la procédure d'autorisation d'exporter des armes. Puisque ces exportations ont repris récemment une importance sur le plan de la politique étrangère - à la suite de fâcheuses expériences analogues faites au Chili, au Pakistan et dans d'autres Etats-, je demande au Conseil fédéral s'il est disposé à transférer du DMF au Département politique la compétence y relative.

La demande d'interpellation est appuyée par les députés suivants: Ammann-Saint-Gall, Baechtold-Lausanne, Besuchet, Blum, Bratschi, Bundi, Christinat, Diethelm, Ganz, Gerwig, Grobet, Hubacher, Lang, Merz, Nanchen, Reiniger, Rothen, Rubi, Schmid Arthur, Schmid-Saint-Gall, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Zehnder.

5.3.1979

## Développement

Les manifestations gigantesques du peuple iranien, dans toutes les parties du pays, ont révélé à l'opinion mondiale le caractère despotique du régime du Shah Reza Pahlewi. Depuis des années, il ne peut s'appuyer que sur une classe dominante fort ténue, sur la police et l'armée. Le peuple des villes et des campagnes, de tous les milieux et régions, les libéraux, les hommes de gauche et les conservateurs, les religieux et intellectuels, les ouvriers, paysans et artisans, tous sont hostiles au Schah, à sa domination et à sa dynastie; tous luttent pour la liberté et contre l'injustice et l'oppression.

Certes, on le savait depuis longtemps: dès le début des années septante, un grand nombre d'interventions parlementaires n'ont cessé d'attirer l'attention sur des exécutions illégales, des tortures, sur le sort de nombreux citoyens emprisonnés sans jugement, sur les libertés et les droits de l'homme bafoués et sur quelques escapades du potentat iranien en matière de politique extérieure. Et pendant ce temps, les exportations suisses d'armes et de matériel de guerre vers la Perse ont dépassé beaucoup, en qualité et en quantité, les livraisons destinées à d'autres pays, atteignant la contre-valeur de 500 millions de nos francs. L'industrie suisse des armements s'est attiré le reproche d'avoir cimenté un régime inhumain, du fait de son affairisme dépourvu de sens critique. Cette politique est non seulement dénuée de scrupules mais encore irréfléchie, car une industrie d'exportation soucieuse de l'avenir devrait ménager les milieux et classes sociales qui participeront un jour au pouvoir.

Pendant des années, le Conseil fédéral a couvert de son aile protectrice l'alliance conclue entre l'industrie suisse des armements et le monarque iranien, en déclarant de manière stéréotypée, par exemple le 16 février 1977: "Il n'y a pour le moment ni raison ni obligation légale de suspendre les livraisons à destination de l'Iran. Nous continuerons de suivre attentivement l'évolution de la situation dans ce pays". C'est malheureusement le contraire qui s'est révélé juste: à maintes occasions, le Conseil fédéral aurait eu toutes les raisons de suspendre les exportations de matériel de guerre vers l'Iran et aurait été tenu par la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre de prendre en considération, dans sa pratique en matière d'autorisation, les tensions et les violations des droits de l'homme. Au lieu de cela, le Conseil fédéral, répondant en 1973 à une question ordinaire Hubacher, a déclaré cyniquement: "Il n'existe encore aucun indice permettant de supposer que l'Iran s'achemine vers une crise". Aujourd'hui, le Schah-in-shah lui-même reconnaît que l'évolution de son pays s'est faite de manière unilatérale, ce qui a provoqué les tensions dont nous avons été témoins ces dernières semaines. En prenant de temps à autre des mesures de libéralisation qui ont été rapidement suspendues, le monarque iranien a avoué lui-même à la face de l'opinion publique mondiale que les droits de l'homme sont violés; le Conseil fédéral devrait donc reconnaître sans peine que, depuis des années, il se fait une idée fautive de la situation politique en Iran.

- 3 -

A court terme, les exportations massives d'armes ont procuré de gros bénéfices à quelques chefs d'entreprise; mais, à long terme, cela coûte à notre pays une perte considérable de crédibilité, de considération et de good-will sur le plan international. Ce dommage ne pourra être réparé qu'à la condition que le Conseil fédéral se déclare prêt à réexaminer, dans le sens indiqué dans notre interpellation, la pratique actuellement très libérale qu'il a suivie jusqu'à présent en matière d'autorisation d'exporter des armes.

### Réponse du Conseil fédéral

1. Outre les amorces, détonateurs et pièces d'armes d'une valeur de 2 millions de francs exportés durant le premier semestre de 1978, la Suisse a fourni à l'Iran des pièces de rechange pour les appareils de conduite du tir ainsi que des produits semi-fabriqués pour une somme de 4 millions de francs.

Des appareils et des pièces détachées sont parfois mentionnés sous des rubriques de la statistique du commerce extérieur qui ont également trait à d'autres marchandises. Les appareils de conduite du tir et leurs pièces détachées figurant par exemple sous la même rubrique que les radios et les téléviseurs. Au surplus, la classification de pièces métalliques dépend de leur alliage. Les rubriques du tarif douanier sont fondées sur des conventions internationales et nous ne pouvons donc pas les modifier arbitrairement. C'est la raison pour laquelle la statistique du commerce extérieur est complétée depuis 1975 par un tableau indiquant le détail des exportations de matériel de guerre vers les divers pays.

Au cours du second semestre de 1978, des pièces détachées de matériel de guerre ont encore été exportées en Iran pour une somme de 2,8 millions de francs, en vertu d'autorisations accordées antérieurement. Toutefois, aucune livraison n'a eu lieu depuis octobre 1978.

2. La Suisse n'a pas fourni d'armes d'infanterie à l'Iran; elle ne lui a livré que des canons de défense contre avions. On ne connaît pas de cas dans lesquels ces armes auraient été utilisées contre la population. Du reste, la loi sur le matériel de guerre ne permet d'exiger aucune garantie quant à l'usage de l'arme. Cet usage est déterminé par le genre des armes et appareils exportés.
3. La loi sur le matériel de guerre prescrit qu'aucune autorisation d'exportation ne peut être délivrée à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses. Cette disposition a donc permis de délivrer des autorisations d'exportation au cours de ces dernières années. Selon l'article 12 de la loi sur le matériel

- 4 -

de guerre, elles l'ont toujours été par le Conseil fédéral. Conformément à l'article 13, 2e alinéa, de l'ordonnance, le Département politique fédéral désigne les cas à soumettre au Conseil fédéral en vertu de l'article 12 de la loi. Le même département donne son avis à l'autorité chargée de la décision à propos des conflits et des tensions pouvant régner dans le pays destinataire. La compétence demandée est donc dévolue d'ores et déjà au Département politique.

### Kriegsmaterial-Gesetz

#### Text des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, die folgenden Änderungen des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial zu prüfen.

1. Schweizerischen und in der Schweiz niedergelassenen Firmen - schweizerischen Firmen auch für die Zusammenarbeit mit ihren Filialen im Ausland - wird jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten für Kriegsmaterial ohne Grundbewilligung des Bundes verboten.
2. Es wird verboten, ohne Grundbewilligung der Bundesbehörde und Unterhaltsarbeiten auszuführen oder Kriegsmaterial durch die Schweiz zu führen.
3. Natürlichen und juristischen Personen, schweizerischen und ausländischen, wird jede Tätigkeit strikt verboten, die direkt oder indirekt mit dem Handel von Kriegsmaterial auf schweizerischem Gebiet zusammenhängt. Das Verbot soll auch gelten, wenn das Kriegsmaterial weder in der Schweiz hergestellt noch durch die Schweiz geführt wird.
4. Es wird strikt verboten, dass Personen, die direkt oder indirekt einer ausländischen Armee oder Polizeitruppe angehören, auf schweizerischem Gebiet mit Kriegsmaterial oder sonstwie offensichtlich zu militärischen Zwecken bestimmten Material Übungen durchführen.
5. Der Begriff "Kriegsmaterial" wird auf die bewaffneten oder unbewaffneten Transportmittel (Luft-, Land- und Wasserfahrzeuge) ausgedehnt, die offensichtlich für eine ausländische Armee bestimmt sind.

#### Mitunterzeichner

Muret, Vincent

16.5.1979

NATIONALRAT

Schriftliche Beantwortung

78.379 Motion Carobbio

vom 19. April 1978

Kriegsmaterial-GesetzText des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, die folgenden Aenderungen des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial zu prüfen.

1. Schweizerischen und in der Schweiz niedergelassenen Firmen - schweizerischen Firmen auch für die Zusammenarbeit mit ihren Filialen im Ausland - wird jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten für Kriegsmaterial ohne Grundbewilligung des Bundes verboten.
2. Es wird verboten, ohne Grundbewilligung des Bundes Ueberhol- und Unterhaltsarbeiten auszuführen oder Kriegsmaterial durch die Schweiz zu führen.
3. Natürlichen und juristischen Personen, schweizerischen und ausländischen, wird jede Tätigkeit strikt verboten, die direkt oder indirekt mit dem Handel von Kriegsmaterial auf schweizerischem Gebiet zusammenhängt. Das Verbot soll auch gelten, wenn das Kriegsmaterial weder in der Schweiz hergestellt noch durch die Schweiz geführt wird.
4. Es wird strikt verboten, dass Personen, die direkt oder indirekt einer ausländischen Armee oder Polizeitruppe angehören, auf schweizerischem Gebiet mit Kriegsmaterial oder sonstwie offensichtlich zu militärischen Zwecken bestimmtem Material Uebungen durchführen.
5. Der Begriff "Kriegsmaterial" wird auf die bewaffneten oder unbewaffneten Transportmittel (Luft-, Land- und Wasserfahrzeuge) ausgedehnt, die offensichtlich für eine ausländische Armee bestimmt sind.

Mitunterzeichner

Muret, Vincent

16.5.1979

Begründung1. Verboten ist der Handel mit Fabrikationslizenzen und -patenten für Kriegsmaterial

- A. Es ist bekannt, dass Schweizer Waffenfabrikanten das Kriegsmaterial-Gesetz umgehen, indem sie ausländischen Firmen, vor allem eigenen Filialen, die Produktionsrechte für Waffen überlassen, deren Export nach bestimmten Ländern von den Schweizer Behörden verboten worden ist. "Unsere wichtigsten Waffenhersteller haben sich dieser gesetzlichen Regelung angepasst. Sobald für bestimmte Länder Exportbeschränkungen zu erwarten sind, werden diese Geschäfte über eine Tochterfirma im Ausland abgewickelt. Zu diesem Zwecke sind verschiedene Firmen gegründet oder Kooperationsverträge mit ausländischen Gesellschaften abgeschlossen worden." (Schweizerische Technische Zeitschrift 8.9.1977. H. Gysling Ing. ETH)
- B. Das anschaulichste Beispiel gibt die Bührle-Gruppe, die nach dem Inkrafttreten gewisser Einschränkungen die Produktion bestimmter Waffen und Geräte einfach ins Ausland verlegt hat. So wurde zum Beispiel die Produktion von Zielgeräten (Superfledermaus und Skyguard) der Contraves Italiana SpA und die Fabrikation von Munition der British Manufacture and Research Company Ltd, übertragen; eine Lizenz für die Entwicklung von 25-Millimeter-Panzerabwehrkanonen hat die Firma in die USA vergeben, und die Fliegerabwehrkanonen für den französischen Panzer Gepard sind eine Gemeinschaftsproduktion mit dem Groupement Industriel des Armements terrestres, usw. usw. Im besonderen hat die italienische Filiale die südafrikanische Armee mit Fliegerabwehrkanonen beliefert, ungeachtet der Zusicherungen über die Einhaltung des Waffenembargos, die der Bundesrat kurz zuvor dem UNO-Generalsekretär abgegeben hatte (die 35-Millimeter-Kanonen waren an der Messe von Rand, Südafrika, im Mai 1977 ausgestellt).

2. Verboten sind Ueberhol- und Unterhaltsarbeiten sowie die Durchführung von Waffen und Übungen mit Kriegsmaterial auf Schweizer Boden.

- A. Im März 1978 hatte die Firma Transair in Genf zwei mauretanische Flugzeuge zu überholen, die für Truppentransporte eingesetzt wurden. Mauretanien ist in den bewaffneten Konflikt um die Eroberung der ehemaligen spanischen Sahara verwickelt. Die Ueberholarbeiten an den beiden Flugzeugen bedeuteten also (eine) Unterstützung einer kriegführenden Macht und widersprechen demnach unserer Neutralität (vgl. Tribune LeMatin vom 9.3.1978).
- B. Am 14. Juni 1976 haben vier Funktionäre der chilenischen Polizei in Genf auf dem Flughafen von Cointrin sechs Helikopter der deutschen Firma Messerschmidt-Böckow-Blöhm geprüft und erprobt. Diese Helikopter waren nach den aufgemalten Kennzeichen (C-9 bis C-14) für das chilenische Heer bestimmt.

- C. Im Juli 1977 wurden vier Piloten und fünf Techniker der Armee des ugandischen Diktators Idi Amin in Altenrhein SG auf den sechs Flugzeugen des Typs Bravo AS 202 ausgebildet, welche die Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein AG an Amin verkauft hatten.
- D. Im Januar 1978 wurden auf einem Flugplatz im Wallis fünf Piloten der argentinischen Militärpolizei auf Flugzeugen des in Stans fabrizierten Typs Pilatus-Porter ausgebildet. Kurz vorher waren vier solche Flugzeuge dem Regime von General Videla, einer der brutalsten südamerikanischen Diktaturen, verkauft worden.
- E. In all den erwähnten Fällen waren die Lieferungen ganz klar für die Armee oder die Polizei kriegführender Staaten bestimmt, oder die Abnehmer waren Staaten, die international dafür bekannt sind, dass sie Militär und Polizei einsetzen, um die Grundrechte des Einzelnen mit äusserster Strenge zu unterdrücken. Die Leute, die zur Fliegerausbildung in die Schweiz geschickt worden sind, gehören solchen Staaten an, und ihre Anwesenheit widersprach den Grundsätzen eines Staates, der angibt, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu kämpfen.

### 3. Verboten ist der Waffenhandel auf Schweizer Gebiet

- A. Die multinationale Gesellschaft Honeywell hat in der Schweiz zwei Filialen, die Honeywell Bull AG und die Honeywell AG, mit Büros in Basel, Bern, Genf und Zürich. Der Trust hat die amerikanische Armee während des Vietnam-Kriegs mit Kriegsmaterial für mehr als 250 Millionen Dollar beliefert, vor allem mit Explosiv-Waffen für den Einsatz gegen die Zivilbevölkerung (Kugel- und Napalmbomben sowie Bomben und Minen mit Verzögerungszünder usw.), die Tote und Verwundete forderten.
- B. Auch der amerikanische Dow Chemical-Trust hat eine Filiale in Zürich, von der aus er den Handel mit Napalm und alles was damit zusammenhängt, besorgen kann.
- C. Die am 16. Juli 1971 gegründete schweizerische Gesellschaft C.I.A., mit Sitz in Sion und Büros in Lausanne, verkaufte an den Libanon 25 Düsenjagdflugzeuge vom Typ Sabre F-86, 100'000 leichte Maschinengewehre und eine Million Schuss für die 35-Millimeter-Büchse-Kanone.
- D. Eine Gesellschaft in Vaduz/FL, mit eigentlichem Geschäftssitz in Basel, Heuberg 12, hat im Winter 1977 die Lieferungen von 580 Tonnen Kalaschnikow-Gewehren von Ungarn nach Somalia organisiert. Kurz nachdem dies entdeckt worden war, haben die Liechtensteiner Behörden die Firma aus dem Handelsregister gestrichen und ihr die Fortsetzung ihrer Tätigkeit untersagt. Der Regierungssprecher Walter Kranz erklärte: "Die Firma wurde aus dem Register gestrichen, weil sie mit ihren Handelspraktiken dem Ruf des Fürstentums geschadet hat". Nach schweizerischem Recht ist eine derartige Sanktion nicht möglich.

E. Nach dem bereits zitierten Artikel der Schweizerischen Technischen Zeitschrift operieren in der Schweiz "viele Waffenschieber in Genf und anderswo".

### Stellungnahme des Bundesrats

Zu den geforderten Aenderungen des Kriegsmaterialgesetzes nehmen wir wie folgt Stellung:

- 1) Nach Artikel 41 Absatz 3 der Bundesverfassung dürfen Wehrmittel nur mit einer Bewilligung des Bundes ein- oder ausgeführt werden. In Absatz 2 desselben Verfassungsartikels wird abschliessend gesagt, was unter Wehrmitteln zu verstehen ist: Wehrmittel sind Waffen, Munition, Sprengmittel, sonstiges Kriegsmaterial und deren Bestandteile. Das Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial stellt demgemäss die Ein- und Ausfuhr von solchen Wehrmitteln, d.h. von materiellen Gütern zum Kriegsgebrauch, unter Kontrolle.

Der Motionär will, dass künftig neben der Ausfuhr des im Gesetz umschriebenen Materials auch jede Transaktion von Fabrikationslizenzen und Patenten mit Filialen im Ausland ohne Bewilligung des Bundes verboten werde. Ein solches Verbot könnte nicht auf Artikel 41 BV abgestützt und folglich auch nicht durch eine Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes erreicht werden. Problematisch wäre zudem die Kontrolle und Durchsetzung der angestrebten Regelung. Die Uebergabe oder der Versand von Patentschriften, Fabrikationslizenzen und ähnlichem, die persönliche Vermittlung von technischem Wissen an ausländische Firmen oder Filialen schweizerischer Firmen im Ausland lassen sich kaum zuverlässig erfassen.

Die angebehrte Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes ist deshalb abzulehnen.

- 2) Wenn Teile von Kriegsmaterial in der Schweiz ersetzt werden, fallen die entsprechenden Arbeiten unter den Begriff der Herstellung von Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes und bedürfen deshalb einer Bewilligung. Das für die Ausführung von Reparatur- oder Unterhaltsarbeiten in die Schweiz eingeführte ausländische Kriegsmaterial unterliegt bereits der Kontrolle des Bundes, weil dafür Ein- und Ausfuhrbewilligungen eingeholt werden müssen. Ebenfalls kontrolliert wird der Transit von Kriegsmaterial. Die Vorschriften des Kriegsmaterialgesetzes genügen und bedürfen keiner Ergänzung.
- 3) Jede Person, die in der Schweiz mit Kriegsmaterial Handel treibt, das entweder in der Schweiz hergestellt oder aus dem Ausland eingeführt wurde, bedarf nach dem Kriegsmaterialgesetz einer Grundbewilligung des Bundes. Ein absolutes Verbot des Handels mit Kriegsmaterial innerhalb unseres Landes wäre unverhältnismässig: es würde beispielsweise dem Büchsenmachergewerbe die Existenzgrundlage entziehen. Ein generelles Verbot ist unseres Erachtens abzulehnen.

Was den Handel mit Kriegsmaterial ausserhalb unserer Landesgrenzen betrifft, hatten wir in letzter Zeit verschiedentlich Gelegenheit, uns in Ihrem Rat zu dieser Frage zu äussern. Wie wir in unserer Antwort auf die vom Nationalrat am 22. Juni 1978 abgelehnte Motion Ziegler-Genf vom 22. Juni 1977 betreffend Waffen- ausfuhr nach Südafrika festgehalten haben, wurde bereits bei der Beratung des Kriegsmaterialgesetzes im Jahr 1972 im Nationalrat ein entsprechender Antrag abgelehnt.

Wegleitend für die ablehnende Haltung des Nationalrats war damals vor allem ein Entscheid des Bundesgerichts vom 23. Februar 1951, wonach es für Geschäfte mit Kriegsmaterial, das im Ausland hergestellt wird und an andere Staaten geliefert werden soll, ohne dabei schweizerisches Gebiet zu berühren, keiner behördlichen Bewilligung bedarf. Anhand der Entstehungsgeschichte von Artikel 41 der Bundesverfassung hatte das Bundesgericht dargelegt, dass dieser Artikel weder dem Bundesrat noch dem Gesetzgeber die Befugnis geben wollte, derartige Geschäfte der Bewilligung zu unterstellen oder zu verbieten. Es fällt diesen Entscheid, obwohl sich der zu jener Zeit gültige Bundesratsbeschluss vom 28. März 1949 über das Kriegsmaterial ausser auf Artikel 41 auch auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung stützte. Heute dürfte die Rechtslage noch eindeutiger sein, stützt sich doch das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 nur auf die Artikel 41 Absätze 2 und 3 und 64<sup>bis</sup> der Bundesverfassung.

Eine Ergänzung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinne der Motion Carobbio würde somit zu einer Gesetzesregelung führen, die mit Artikel 41 der Bundesverfassung nicht vereinbar wäre. Zudem dürfte es in der Praxis sehr schwierig sein, den Abschluss von Geschäften, die im Ausland vollzogen werden sollen, wirksam zu überwachen.

4. Das Kriegsmaterialgesetz lässt die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz unter bestimmten Voraussetzungen zu. Wo diese erfüllt sind und eine Ausfuhr bewilligt werden kann, besteht bei einem Interessenten für schweizerische Erzeugnisse das verständliche Bedürfnis, das Material vor dem Kauf in der Schweiz zu erproben und sich in dessen Handhabung ausbilden zu lassen. Unsere Armee beansprucht für sich dasselbe Recht, wenn sie beispielsweise unsere Piloten an einem im Ausland beschafften Kampfflugzeug im Herstellerwerk ausbilden und schulen lässt. Es ist nicht einzusehen, weshalb ausländischen Kunden unserer Rüstungsindustrie eine entsprechende Möglichkeit entzogen werden soll.
5. Der Begriff des Kriegsmaterials ist im Bundesgesetz vom 30. Juni 1972 und in der Verordnung vom 10. Januar 1973 klar umschrieben. So gelten beispielsweise unbewaffnete Flugzeuge sowie Lastwagen nicht als Kriegsmaterial im Sinne des Gesetzes. Würden solche Transportmittel - sofern sie einer ausländischen Armee verkauft werden - automatisch unter den Kriegsmaterialbegriff fallen,

müsste dieser Begriff zwangsläufig auch auf andere Transportmittel ausgedehnt werden, beispielsweise auch auf Fahrräder, Motorfahräder, Baumaschinen, Ambulanzen usw. Schliesslich wäre es im Sinne der Motion sogar folgerichtig, dass jede Art von Material, das an ausländische Armeen geliefert wird, als Kriegsmaterial zu gelten hätte, also zum Beispiel auch Textilien, Schuhe, Nahrungsmittel usw. Eine solche Lösung wäre indessen unverhältnismässig und unangemessen. Im Kriegsmaterialgesetz werden die Grenzen, innerhalb welcher Erzeugnisse als Kriegsmaterial zu gelten haben, klar und vernünftig gezogen. Eine Ausdehnung des Kriegsmaterialbegriffs auf andere Güter muss entschieden abgelehnt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich das geltende Kriegsmaterialgesetz in der Praxis bewährt hat -- nicht zuletzt deshalb, weil es sich rechtlich durchsetzen lässt. Es besteht kein Anlass, Ergänzungen des Gesetzes im Sinne der Motion Carobbio vorzunehmen.

### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen.

78.379 Motion Carobbio  
du 19 avril 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner la possibilité de modifier la loi fédérale sur le matériel de guerre dans le sens suivant:

1. Interdiction, sans l'autorisation de principe de la Confédération, de toute transaction portant sur des licences de fabrication et des brevets en matière de matériel de guerre par des entreprises suisses ou ayant leur siège en Suisse, même lorsqu'il s'agit des succursales étrangères de ces maisons suisses;
2. Interdiction, sans l'autorisation de principe de la Confédération, de toute forme de revision ou de manutention de matériel de guerre, ainsi que du transit de celui-ci par le territoire suisse;
3. Interdiction absolue aux personnes physiques ou morales suisses ou étrangères d'exercer sur le territoire suisse des activités directement ou indirectement liées au commerce de matériel de guerre, même si ces activités concernent du matériel de guerre, qui n'est pas fabriqué en Suisse et ne transite pas par notre pays;
4. Interdiction absolue au personnel directement ou indirectement dépendant d'une armée ou d'une police étrangère de s'exercer sur le territoire suisse avec du matériel de guerre ou du matériel manifestement destiné à des fins militaires;
5. Extension de la notion de matériel de guerre aux moyens de transport armés ou non (terrestres, aériens, maritimes), manifestement destinés à une armée étrangère.

Cosignataires

Muret, Vincent

Développement

1. Interdiction de faire le commerce de licences et de brevets portant sur la fabrication de matériel de guerre
  - A. On a appris que les fabricants suisses d'armes éludent la loi en cédant à des maisons sises à l'étranger, de préférence leurs propres succursales, le droit de fabriquer les armes que les autorités

16.5.1979

- 2 -

suisses interdisent d'exporter vers un pays déterminé. "Unsere wichtigsten Waffenhersteller haben sich dieser gesetzlichen Regelung angepasst. Sobald für bestimmte Länder Exportbeschränkungen zu erwarten sind, werden diese Geschäfte über eine Tochterfirma im Ausland abgewickelt. Zu diesen Zwecken sind verschiedene Gesellschaften angeschlossen worden." (extrait de "Schw. Technische Zeitschrift" du 8 septembre 1977, H. Gysling, ing. EPF).

B. L'exemple le plus frappant est celui du groupe Bührle, qui après l'entrée en vigueur de restrictions bien déterminées en la matière, a simplement transféré à l'étranger la production de certains matériels de guerre, par exemple des appareils de pointage à la Contraves Italiana SpA (Superfledermaus & Skyguard), de la munition à la British Manufacture & Research Company Ltd, une licence aux Etats-Unis pour la mise au point des canons antichars de 25 mm, des canons antiaériens pour le char blindé français Guépard, en collaboration avec le Groupement industriel des armements terrestres, etc. En particulier par l'intermédiaire d'une succursale en Italie, on fournit des canons antiaériens à l'armée de l'Afrique du Sud, malgré les assurances que vient de donner le Conseil fédéral au secrétaire de l'ONU concernant le respect de l'embargo sur les armes à destination de ce pays. (Les canons de 35 mm étaient exposés à la foire de Rand, Afrique du Sud, en mai 1977.).

## 2. Interdiction en matière de revision, de manutention, de transit et d'exercices sur le territoire suisse

A. En mars 1978, à Genève, la maison Transair revisait deux avions de la Mauritanie utilisés pour le transport de troupes militaires. Or, ce pays est impliqué dans le conflit armé dont l'enjeu est la conquête de l'ex-Sahara espagnol. Il s'agit d'un acte de soutien à une puissance belligérante, contraire à notre statut de neutralité. (cf. Tribune Le Matin du 9 mars 1978)

B. Le 14 juin 1976, à l'aérodrome de Cointrin-Genève, quatre officiers de police chiliens ont vérifié et essayé six hélicoptères de la maison allemande Messerschmidt-Bölkow-Blöhm, destinés à l'armée chilienne, comme l'indiquent les signes peints sur les avions (de C-9 à C-14).

C. En juillet 1977, quatre pilotes et cinq techniciens de l'armée du dictateur ougandais Idi Amin se sont entraînés pendant quinze jours à Altenrhein/SG à guider six avions du type Bravo As 202 vendus à Amin par la Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein AG.

D. En janvier 1978, cinq pilotes de la police militaire argentine se sont exercés sur un aérodrome du Valais à bord d'avions du type pilatus-Porter, fabriqués à Stans, dont quatre venaient d'être vendus au régime du général Videla, un des dictateurs les plus brutaux de l'Amérique du Sud.

- 3 -

- E. Dans tous les cas précités, il s'agissait de matériel clairement destiné aux forces militaires ou de police d'Etats en guerre ou connus sur le plan international pour utiliser les forces militaires et de police aux fins de supprimer systématiquement les droits fondamentaux de l'individu. Le personnel envoyé en Suisse pour s'exercer sur des avions appartient à ces forces et sa présence est inconciliable avec les principes d'un Etat qui prétend se battre pour la défense des droits de l'homme dans le monde.
3. Interdiction de faire le commerce de matériel de guerre à partir du territoire suisse
- A. La société multinationale Honeywell possède deux succursales en Suisse, la Honeywell Bull SA et la Honeywell SA, qui ont des bureaux à Bâle, Berne, Genève et Zurich. Durant la guerre du Vietnam, le trust a approvisionné l'armée américaine de matériel de guerre pour un montant supérieur à 250 millions de dollars; il lui a fourni en particulier des engins explosifs destinés à tuer et à blesser des civils (bombes à billes, bombes au napalm, bombes et mines à retardement, etc.).
- B. Le trust américain Dow Chemical a une succursale à Zurich, où il peut exercer n'importe quelle activité liée au commerce du napalm.
- C. La société suisse C.I.A., fondée le 16 juillet 1971, qui a son siège à Sion et des bureaux à Lausanne, a vendu au Liban 25 avions de chasse à réaction du type Sabre F-86, 100'000 mitrailleuses légères et un million de projectiles pour les canons Bührle de 35 mm.
- D. La société de Vaduz/FL, dont le siège administratif est à Bâle, Heuberg 12, a, durant l'hiver 1977, organisé le transport de Hongrie en Somalie de 580 tonnes de fusils Kalaschnikow. Dès que le fait a été connu, les autorités du Liechtenstein ont radié la maison du registre du commerce, en lui interdisant de continuer une telle activité. Le porte-parole du gouvernement, Walter Kranz, a déclaré: "La maison a été radiée parce que ses pratiques commerciales ont nui à la réputation de la Principauté". Selon la loi suisse, pareille sanction n'est pas possible.
- E. Toujours selon l'article déjà cité de la Schw. Technische Zeitschrift, "viele Waffenschieber in Genf und anderswo" opèrent dans notre pays.

Avis du Conseil fédéral

1. Selon l'article 41, 3e alinéa, de la constitution fédérale, l'importation et l'exportation de matériel militaire ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation de la Confédération. Le 2e alinéa de cet article considère comme matériel militaire les armes, les munitions, les explosifs, l'autre matériel de guerre et leurs pièces détachées. La loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre prescrit en conséquence que l'importation et l'exportation de matériel militaire, à savoir de biens destinés à être utilisés à la guerre, sont soumises à contrôle.

L'auteur de la motion entend, qu'en sus de l'exportation de matériel énuméré dans la loi, toute transaction portant sur des licences de fabrication et de brevets, qui est effectuée avec des succursales suisses à l'étranger, soit désormais interdite sans l'autorisation de la Confédération. Une telle interdiction ne pourrait être fondée ni sur l'article 41 de la constitution ni obtenue dès lors par une modification de la loi sur le matériel de guerre. Le contrôle et l'exécution de la réglementation visée seraient en outre problématiques. On ne pourrait guère vérifier de manière sûre la remise ou l'envoi de brevets, l'octroi de licences de fabrication ou d'autres documents de même nature, la communication de connaissances techniques à des entreprises étrangères ou à des succursales d'entreprises suisses à l'étranger.

Il y a dès lors lieu de rejeter la modification demandée de la loi sur le matériel de guerre.

2. Lorsque des éléments de matériel de guerre sont remplacés en Suisse, les travaux y relatifs sont assimilés à la fabrication de matériel de guerre au sens de la loi; ils sont dès lors soumis à autorisation. Le matériel de guerre étranger importé en Suisse aux fins d'y être réparé ou entretenu est de toute manière soumis au contrôle de la Confédération, puisque des demandes d'importation et d'exportation ont dû être présentées. Le transit de matériel de guerre fait aussi l'objet de contrôles. Les prescriptions de la loi sur le matériel de guerre sont suffisantes et n'exigent aucun complément.
3. En vertu de la loi sur le matériel de guerre, toute personne faisant le commerce de matériel de guerre en Suisse doit être en possession d'une autorisation initiale de la Confédération, qu'il s'agisse de matériel fabriqué en Suisse ou importé. Il serait excessif d'interdire tout commerce de matériel de guerre à l'intérieur du pays; une telle mesure priverait par exemple les armuriers de leur source de revenu. Nous estimons qu'il faut renoncer à prescrire une interdiction générale de ce commerce.

Ces derniers temps, nous avons eu plusieurs fois l'occasion de nous exprimer devant votre conseil sur le commerce du matériel

- 5 -

de guerre avec l'étranger. Dans notre réponse à la motion Ziegler-Genève du 22 juin 1977 concernant l'exportation d'armes vers l'Afrique du Sud, que le Conseil national a rejetée le 22 juin 1978, nous avons relevé qu'une proposition dans le même sens avait déjà été repoussée en 1972 par le Conseil national lors des délibérations sur le projet de loi concernant le matériel de guerre.

Le Conseil national avait alors pris sa décision en s'inspirant d'un arrêt du Tribunal fédéral du 23 janvier 1951, selon lequel les opérations commerciales relatives à du matériel de guerre, produit à l'étranger et livré à d'autres Etats sans qu'il pénètre dans notre pays, ne sont pas soumises à l'autorisation de la Confédération. Se fondant sur les délibérations qui ont précédé l'adoption de l'article 41 de la constitution, le Tribunal fédéral avait précisé que cet article n'avait jamais visé à accorder au législateur ni au Conseil fédéral la compétence de soumettre de telles opérations au régime de l'autorisation ni de les interdire. Le tribunal avait rendu cet arrêt bien que l'arrêté du Conseil fédéral du 28 mars 1949 sur le matériel de guerre, en vigueur à l'époque, eût reposé non seulement sur l'article 41 mais aussi sur l'article 102, chiffres 8 et 9, de la constitution. Aujourd'hui, la situation juridique devrait être encore plus nette puisque la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre ne se réfère qu'aux articles 41, 2e et 3e alinéa, et 64bis de la constitution.

Compléter la loi sur le matériel de guerre comme le demande la motion Carobbio, reviendrait à y insérer une règle contraire à l'article 41 de la constitution. En outre, il serait très difficile, dans la pratique, de contrôler efficacement des opérations commerciales qui ont lieu à l'étranger.

4. La loi sur le matériel de guerre autorise l'exportation de matériel de guerre à certaines conditions. Lorsqu'elles sont remplies et qu'une exportation peut être autorisée, les personnes s'intéressant à du matériel suisse désirent à juste titre pouvoir l'essayer dans notre pays, avant de l'acheter, et s'initier à son utilisation. Notre armée revendique le même droit lorsqu'elle envoie, par exemple, nos pilotes s'instruire sur place au maniement d'un avion de combat acheté à l'étranger. Nous ne voyons pas pourquoi nous devrions refuser une telle possibilité aux clients étrangers de notre industrie d'armement.
5. La notion de matériel de guerre est clairement définie dans la loi fédérale du 30 juin 1972 et dans l'ordonnance du 10 janvier 1973. Ainsi des avions ou des camions non armés ne sont pas considérés comme du matériel de guerre au sens de la loi. Si de tels moyens de transport -pour autant qu'ils soient vendus à une armée étrangère- étaient automatiquement réputés matériel de guerre, cette notion devrait inévitablement être étendue à d'autres moyens de transport

- 6 -

tels que cycles, vélomoteurs, machines de chantier, ambulances, etc. Il s'ensuivrait même, au sens de la motion, que tout matériel livré à une armée étrangère devrait être considéré comme du matériel de guerre, même les vêtements, les chaussures, les vivres, etc. Une telle mesure serait dès lors excessive et disproportionnée.

La loi sur le matériel de guerre définit clairement et raisonnablement ce qu'il faut entendre par matériel de guerre. Etendre la notion de matériel de guerre à d'autres biens est une proposition qui doit être résolument rejetée.

En résumé, on peut constater que l'actuelle loi sur le matériel de guerre a donné satisfaction dans la pratique, notamment parce qu'il est possible de l'imposer légalement. Il n'y a donc pas lieu de compléter la loi comme l'exige la motion Carobbio.

### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral recommande de rejeter la motion.

- a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepannerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.
- b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatelldellen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- c. Der Begriff des Spannungsbereichs im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 EWR, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

### Mitunterzeichner

Andermats, Arnold, Bächtold, Bausberger, Bourgnicht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Ingel, Krauchthaler, Kländig, Luder, Masoni, Meier, Mubeln, Muntz, Pédignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

### Stellungnahme des Bundesrats

In der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den eidgenössischen Räten werden gegenwärtig zur Frage des Kriegsmaterialgesetzes stark auseinandergehende Meinungen geäussert. In der Herbstsession 1978 hatten wir zwei dringliche einfache Anfragen der Nationalräte Ziegler-Genf und Carobbio zu beantworten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran eine restriktivere Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes verlangten. Eine Motion von Nationalrat Carobbio vom 19. April 1978 fordert die Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinn einer Einschränkung der Ausführmöglichkeiten, und in der Interpellation Braunschweig vom 27. Juli 1978 werden eine strengere

STAENDERAT

Mündliche Beantwortung

78.522 Motion Herzog

vom 5. Oktober 1978

KriegsmaterialgesetzText des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Existenz einer leistungsfähigen inländischen Rüstungsindustrie die Praxis zum Kriegsmaterialgesetz zu überprüfen und die Verordnung über das Kriegsmaterial abzuändern, beides namentlich unter folgenden Gesichtspunkten:

- a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepanzerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.
- b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatellfällen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- c. Der Begriff des Spannungsgebiets im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 KMG, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

Mitunterzeichner

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgknecht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muheim, Munz, Péquignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

Stellungnahme des Bundesrats

In der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den eidgenössischen Räten werden gegenwärtig zur Frage des Kriegsmaterialgesetzes stark auseinandergelagerte Meinungen geäußert. In der Herbstsession 1978 hatten wir zwei Dringliche Einfache Anfragen der Nationalräte Ziegler-Genf und Carobbio zu beantworten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran eine restriktivere Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes verlangten. Eine Motion von Nationalrat Carobbio vom 19. April 1978 fordert die Aenderung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinn einer Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeiten, und in der Interpellation Braunschweig vom 27. Juli 1978 werden eine strengere

5.3.1979

Handhabung des Gesetzes und die Ausdehnung seines Geltungsbereichs verlangt.

Die Frage, ob von uns das Kriegsmaterialgesetz eher grosszügig oder eher einschränkend gehandhabt werden soll, gibt seit Bestehen des Gesetzes zu sporadischen Kontroversen Anlass. Nachdem das Volksbegehren für eine vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot am 24. September 1972 nur knapp verworfen worden war, wurde von uns eine strenge Praxis verlangt. Seit 1973 haben wir den Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte jährlich über die Kriegsmaterialausfuhr Bericht erstattet. Beide Kommissionen haben uns bis heute regelmässig die korrekte Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes bescheinigt.

Unter Spannungen im Sinne von Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe 2 des Kriegsmaterialgesetzes können nicht nur solche zwischen Staaten, also eigentliche Kriege gelten. Es fallen stets auch innerstaatliche Spannungen darunter, die allerdings einen gewissen Gefährlichkeits- und Intensivitätsgrad erreichen müssen. Werden solche innerstaatlichen Konflikte mit Waffen ausgetragen oder besteht eine derartige Gefahr, gilt das Kriegsmaterialausfuhrverbot absolut. Wir haben bis heute stets auch Konflikte und Spannungen innerhalb eines Staates oder eines Gebiets als unter die Sperre fallend betrachtet. Gerade heute sind solche Konflikte innerhalb eines Landes häufiger als formelle Kriege zwischen ausgebildeten und ausgerüsteten Streitkräften verschiedener Staaten.

Der Kriegsmaterialbegriff wurde in der Verordnung dem Gesetz entsprechend so umschrieben, dass Erzeugnisse, die nicht Kampfmittel im engeren Sinne darstellen, wie Aggregate, Uebermittlungsmaterial usw. nicht als Kriegsmaterial gelten. Gepanzerte Fahrzeuge fallen aber als Kampfmittel unter Art. 1 des Kriegsmaterialgesetzes. Das erste Kriterium ist dabei eine Panzerung, die einen relativ hohen Schutz gegen Beschuss mit Infanteriewaffen gewährt. Wenn die Verordnung über das Kriegsmaterial von Panzerfahrzeugen mit oder ohne Bewaffnung spricht, so will dies sagen, dass sogar unbewaffnete, aber eben gepanzerte Fahrzeuge darunter fallen. Panzer ohne Bewaffnung sind allerdings nicht nur solche, denen momentan die vorgesehene Bewaffnung fehlt, sondern auch jene, die nicht bewaffnet werden oder bewaffnet werden können. Das Kriterium bleibt die Panzerung. Bei den gebräuchlichen, in der Schweiz hergestellten gepanzerten Radfahrzeugen ist aber ohnehin vorgesehen, sie nach der Ausfuhr mit Waffen, insbesondere mit Maschinengewehren auszurüsten. Hierzu dienen die ebenfalls in der Schweiz hergestellten Kugelblenden und Scheitellafetten. Wenn also bereits die Panzerung genügen muss, um Radfahrzeuge dem Kriegsmaterialbegriff zu unterstellen, so trifft die Qualifikation als Kriegsmaterial erst recht zu, wenn die Fahrzeuge für eine Bewaffnung speziell vorgesehen sind. Das kleinere Gewicht als jenes von schweren Kampfpanzern, die geringere Panzerung, der Radantrieb statt des Raupenantriebes oder die bei gewissen Modellen fehlenden Kanonen oder Raketenwerfer befreien solche Fahrzeuge nicht von der Kriegsmaterialeigenschaft.

Für den Einsatz in den obgenannten Konflikten bedarf es keines schweren Kriegsmaterials. Bereits ein gepanzertes Radfahrzeug gestattet

- 3 -

einen wirksamen Einsatz bei inneren Unruhen gegenüber nur mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Personen. Es muss vermieden werden, dass bürgerkriegsähnliche Konflikte mit schweizerischem Kampfmaterial ausgetragen werden. Kampfmittel sind nach objektiven Kriterien dem Kriegsmaterialbegriff zu unterstellen. Das trifft bei den gepanzerten Radfahrzeugen zu. Die ratio des Kriegsmaterialgesetzes erlaubt es zudem nicht, den Zweck des Einsatzes - sei es durch eine Armee oder durch die Polizei - zur Bekämpfung innerer Unruhen unberücksichtigt zu lassen. Schon weil gepanzerte Radfahrzeuge für Kampfeinsätze Verwendung finden, drängt es sich auf, zu verhindern, dass sie in Spannungsgebiete gelangen.

Die Annahme der Motion müsste somit unweigerlich eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes notwendig machen. Damit würde die Diskussion über die Kriegsmaterialausfuhr auf der ganzen Breite erneut aufgegriffen, was unseres Erachtens weder wünschbar noch notwendig ist. Wenngleich das Kriegsmaterialgesetz in seiner heutigen Form nicht einfach zu handhaben ist, stellt es unseres Erachtens doch eine gute Grundlage für eine saubere Kriegsmaterialausfuhrpolitik dar, die sowohl den praktischen, als auch den moralischen Erfordernissen angemessen Rechnung trägt.

Im übrigen soll das Bewilligungsverfahren nach Möglichkeit beschleunigt werden. Die Demarchen im Ausland für die Kontrolle der Nichtwiederausfuhrklärungen führen allerdings oft zu gewissen Verzögerungen, auf welche die Verwaltung kaum Einfluss nehmen kann.

Wir sind bereit, die Motion als Postulat anzunehmen. Einerseits werden wir auch in Zukunft mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass in ausländischen Konflikten Waffen eingesetzt werden, die aus der Schweiz stammen. Auf der andern Seite sind wir bereit, inskünftig in denjenigen Fällen, in denen die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes einen Ermessensspielraum lässt, im Rahmen des Möglichen die Arbeitsmarktlage mitzuberücksichtigen.

#### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

78.522 Motion Herzog  
du 5 octobre 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé, aux fins de maintenir l'emploi et d'assurer l'existence d'une industrie suisse d'armement efficiente, de revoir la pratique suivie quant à l'application de la loi sur le matériel de guerre et de modifier l'ordonnance y relative, compte tenu notamment des impératifs suivants:

- a. Les types légers de véhicules à roues, en particulier les véhicules de transport blindés, ne seront plus assujettis à la loi;
- b. La procédure sera, de manière générale, simplifiée et accélérée, surtout lorsqu'il s'agit de cas de peu d'importance;
- c. Il y a lieu de redéfinir la notion de "territoires ... dans lesquels règnent des tensions" au sens de l'article 11, 2e alinéa, de la loi sur le matériel de guerre, qui est interprétée aujourd'hui de manière beaucoup trop extensive.

Cosignataires:

Andermatt, Arnold, Bächtold, Baumberger, Bourgknecht, Dillier, Dobler, Dreyer, Egli, Genoud, Grosjean, Guntern, Hefti, Jauslin, Knüsel, Krauchthaler, Kündig, Luder, Masoni, Meier, Muheim, Munz, Péquignot, Reimann, Schlumpf, Ulrich, Urech, Vincenz, Zumbühl (29)

Avis du Conseil fédéral

Les opinions émises dans le public et surtout aux Chambres fédérales au sujet de la loi sur le matériel de guerre sont fort divergentes. Au cours de la session d'automne de 1978, nous avons répondu à deux questions ordinaires urgentes des conseillers nationaux Ziegler-Genève et Carobbio, qui demandaient une application restrictive de la loi sur le matériel de guerre en relation avec les événements d'Iran. Dans une motion du 19 avril 1978, le conseiller national Carobbio requiert une modification de la loi sur le matériel de guerre aux fins de limiter les possibilités d'exportation; l'interpellation Braunschweig du 27 juillet 1978 demande une application plus stricte de la loi et l'extension de son champ d'application.

La question d'une application plutôt extensive ou plutôt restrictive de la loi sur le matériel de guerre donne lieu sporadiquement, depuis son entrée en vigueur, à des controverses. Après le rejet de justesse, le 24 septembre 1972, de l'initiative populaire pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes, nous avons été invités à nous montrer

- 2 -

rigoureux dans l'application de la loi. Depuis 1973, nous avons présenté chaque année aux commissions de gestion des deux Chambres un rapport sur les exportations de matériel de guerre. Jusqu'ici, ces deux commissions ont régulièrement attesté que la loi sur le matériel de guerre était correctement appliquée.

Par tensions au sens de l'article 11, 2e alinéa, lettre a, de la loi sur le matériel de guerre, on ne saurait entendre uniquement celles qui se produisent entre Etats, à savoir les opérations de guerre proprement dites. Les tensions régnant à l'intérieur d'un Etat, à condition qu'elles présentent un certain danger et un certain degré d'intensité, tombent également sous le coup de la disposition susmentionnée. Si de tels conflits sont armés ou risquent de l'être, les exportations d'armes doivent absolument être interdites. Jusqu'à présent, nous avons toujours considéré que cette interdiction s'applique aussi aux conflits et aux tensions régnant à l'intérieur d'un Etat ou d'un territoire. Aujourd'hui, de tels conflits sont plus fréquents que des affrontements proprement dits entre forces armées instruites et équipées.

Dans l'ordonnance calquée sur la loi, le matériel de guerre a été défini de telle manière que des matériels, tels que des groupes électrogènes, du matériel de transmission, etc., qui ne représentent pas des moyens de combat au sens strict ne soient pas considérés comme du matériel de guerre. Les véhicules blindés sont toutefois réputés moyens de combat conformément à l'article premier de la loi. Le premier critère sur lequel on se fonde en l'occurrence est un blindage qui offre une protection relativement efficace contre le feu des armes d'infanterie. Si l'ordonnance sur le matériel de guerre fait état de véhicules blindés armés ou non, cela signifie que même non armés, les véhicules blindés tombent sous le coup de la loi. Des chars non armés ne sont d'ailleurs pas seulement ceux auxquels l'armement prévu fait défaut momentanément, mais également ceux qui ne sont pas armés ou ne peuvent pas l'être, le critère déterminant restant le blindage. En ce qui concerne les modèles usuels de véhicules à roues blindés fabriqués en Suisse, il est de toute façon prévu, après leur exportation, de les équiper, notamment de mitrailleuses. Aussi sont-ils dotés d'un blindage sphérique et d'un affût supérieur, qui sont également fabriqués en Suisse. Si donc, pour que des véhicules à roues soient réputés matériel de guerre, il suffit qu'ils disposent d'un blindage, a fortiori doivent-ils être considérés comme tel lorsqu'ils sont spécialement conçus pour être armés. Leur faible poids comparé à celui des chars de combat lourds, leur blindage léger, leur entraînement par roues et non par chenilles ou, pour certains modèles, leurs canons ou lanceurs de fusées manquants, n'enlèvent pas à de tels véhicules leur caractère de matériel de guerre.

Des conflits tels que ceux cités plus haut ne requièrent pas l'utilisation de matériel de guerre lourd. Lors de troubles intérieurs, un véhicule à roues blindé permet déjà d'affronter efficacement des personnes équipées d'armes à feu individuelles. Il

faut éviter que des armements suisses soient utilisés dans des conflits assimilables à des guerres civiles, quand bien même la loi sur le matériel de guerre ne contient pas de dispositions s'appliquant à de tels conflits.

L'acceptation de la motion entraînerait inévitablement une révision de la loi sur le matériel de guerre. Il y aurait alors lieu de reconsidérer tout le problème des exportations de matériel de guerre ce qui, à notre avis, n'est ni souhaitable ni nécessaire. Même si l'application de la loi sur le matériel de guerre dans sa teneur actuelle n'est pas aisée, nous pensons qu'elle permet de mener une saine politique d'exportation de matériel de guerre, tenant compte de manière appropriée des exigences tant pratiques que morales.

Au demeurant, la procédure d'autorisation devrait être accélérée dans la mesure du possible. En effet, les démarches entreprises à l'étranger aux fins de vérifier les déclarations de ne pas réexporter entraînent souvent certains retards, auxquels l'administration ne peut souvent rien changer.

Nous sommes disposés à accepter la motion sous la forme d'un postulat. Nous nous efforcerons, à l'avenir aussi, d'éviter par tous les moyens que des armes suisses soient utilisées dans des conflits à l'étranger. Nous sommes en outre prêts à tenir compte à l'avenir, dans la mesure du possible, de la situation du marché du travail dans les cas où l'application de la loi sur le matériel de guerre offre une certaine marge d'appréciation.

#### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Leuwer, Ammann-Bern, Auerhauer, Bächtold-Bern, Basler, Bachmann, Biderbock, Buchatz, Doser, Bonnard, Breni, Bratscher, Brühl, Briner, Bussy, Cantini, Cavalty, Cevoy, de Chastoner, Corbat, Cosay, Durr, Egli-Surdez, Eisenring, Eng, Etter, Feigenwinter, Fischer-Weinfeld, Fischer-Brewarten, Fischer-Bern, Flühacher, Freiburghaus, Fröh, Gautier, Gehler, Girard, Graf, Hofer, Hofmann, Hünzler, Kunziker, Hürliemann, Juno, Junod, Koller, Kohler, Kroll, Koller Arnold, Kunz, Künzi, Letsch, Natossi, Meier Fritz, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Moser, Ruff, Rüfeny, Müller-Balet, Nabiker, Nef, Oexler, Pedrazzini, Rätz, Reichling, Ribi, Richter, Rippstein, Risi-Schwey, Roth, Röthlin, Röhr, Rüttimann, Schelcher, Schilli, Sebats-St. Gallen, Schnyder, Schutz-Graubünden, Schwarz, Schwarzenbach, Seiler, Sierist, Soldini, Spreng, Suter, Teuscher, Thalman, Thévoz, Ueltschi, Vetsch, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber Leo, Wellauer, Wyss (95)

#### Beurteilung

Die vorliegende Motion stellt das Kriegsmaterialgesetz vom 30.6.1972 (NMG) nicht in Frage. Dieser Erlass ist, trotz einer Reihe eher

78.518 Motion Friedrich

vom 5. Oktober 1978

KriegsmaterialgesetzText des Vorstosses

Der Bundesrat wird beauftragt, im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Existenz einer leistungsfähigen inländischen Rüstungsindustrie die Praxis zum Kriegsmaterialgesetz zu überprüfen und die Verordnung über das Kriegsmaterial abzuändern, beides namentlich unter folgenden Gesichtspunkten:

- a. Leichte Typen von Radfahrzeugen, insbesondere gepanzerte Transportfahrzeuge, sind von der Unterstellung unter das Gesetz auszunehmen.
- b. Das Verfahren im allgemeinen, vor allem aber dasjenige bei blossen Bagatellfällen, ist zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- c. Der Begriff des Spannungsgebiets im Sinn von Artikel 11 Absatz 2 KMG, der heute viel zu ausdehnend ausgelegt wird, ist neu zu umschreiben.

Mitunterzeichner

Albrecht, Allgöwer, Ammann-Bern, Augsburger, Bächtold-Bern, Basler, Baumann, Biderbost, Bochatay, Bommer, Bonnard, Bremi, Bretscher, Brosi, Bürer, Butty, Cantieni, Cavelti, Cevey, de Chastonay, Corbat, Cossy, Dürr, Egli-Sursee, Eisenring, Eng, Etter, Feigenwinter, Fischer-Weinfeld, Fischer-Bremgarten, Fischer-Bern, Flubacher, Freiburghaus, Früh, Gautier, Gehler, Girard, Graf, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Hunziker, Hürlimann, Jung, Junod, Keller, Kohler, Raoul, Koller Arnold, Kunz, Künzi, Letsch, Matossi, Meier Fritz, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Moser, Muff, Mugny, Müller-Balst .1., Nebiker, Nef, Oehler, Pedrazzini, Rätz, Reichling, Ribl, Richter, Rippstein, Risi-Schwyz, Roth, Röthlin, Rüegg, Rüttimann, Schalcher, Schättli, Schatz-St. Gallen, Schnyder, Schutz-Graubünden, Schwarz, Schwarzenbach, Seiler, Sigrist, Soldini, Spreng, Suter, Teuscher, Thalman, Thévoz, Ueltschi, Vetsch, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber Leo, Wellauer, Wyss (95)

Begründung

Die vorliegende Motion stellt das Kriegsmaterialgesetz vom 30.6.1972 (KMG) nicht in Frage. Dieser Erlass ist, trotz einer Reihe eher

5.3.1979

fragwürdiger Bestimmungen, geltendes Recht und folglich anzuwenden. Das Gesetz hat aber in mancher Hinsicht den Charakter eines Rahmen-erlasses und räumt der vollziehenden Behörde einen weiten Ermes-sungsspielraum ein. Wohl nicht zuletzt unter dem durch ständige Vorstösse ausgeübten Druck seitens jener Kreise, die seinerzeit hinter der Initiative für ein totales Waffenausführverbot stan-den, ist die Praxis des Bundesrats bei der Auslegung des Gesetzes immer restriktiver geworden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass beispielsweise die Motion Blum vom 3.3.1976, die einen weiteren Schritt in jener Richtung unternehmen wollte, am 6.10.1976 im Na-tionalrat mit 58 zu 22 Stimmen abgelehnt worden ist; umgekehrt ist ein Postulat Sigrist vom 3.3.1976, das in der gegenteiligen Richtung weist, am 29.9.1976 vom Bundesrat entgegengenommen und vom National-rat unbestritten überwiesen worden. Trotzdem hat sich die Praxis des Bundesrats weiter auf der Linie der abgelehnten Motion Blum und keineswegs auf derjenigen des überwiesenen Postulats Sigrist ent-wickelt.

Diese Entwicklung, die sich keineswegs zwingend aus dem KMG ergibt, zeigt mehr und mehr ausgesprochen problematische Konsequenzen. Sie führt zur Verlegung von Produktionsstätten ins Ausland und bringt inländische Betriebe in immer grössere Schwierigkeiten, ja stellt sie in Einzelfällen sogar vor die Frage ihrer weiteren Existenz. Auch erschwert oder verhindert sie Entwicklungsarbeiten im Bereich des Kriegsmaterials. Beides bedroht eine ins Gewicht fallende Zahl an Arbeitsplätzen, und es braucht in der heutigen Zeit wohl nicht besonders unterstrichen zu werden, wie unerwünscht, ja verhängnis-voll derartige Folgen sind. Seltsam ist nur, dass gerade solche Kreise, welche sonst sehr vernehmlich von der Verdrängung des Ar-beitsplatzes Schweiz durch den Finanzplatz Schweiz sprechen, hier diese Entwicklung selber fördern oder zumindest nichts dagegen tun.

Die restriktive Praxis wirkt sich ausserdem ganz unmittelbar zum Schaden für unsere Armee aus. Es ist mit Ausnahme der grundsätz-lichen Gegner jeglicher militärischer Landesverteidigung unbe-stritten, dass wir möglichst viele Waffen, Fahrzeuge und Geräte, bis hinauf zu komplexen Systemen, im Inland herstellen sollten. Zu diesem Grundsatz hat sich jüngst auch der Bundesrat im Zusammen-hang mit der Entwicklung eines eigenen Kampfpanzers einmal mehr be-kannt. Man kann aber nicht von unserer Industrie Entwicklungsar-beiten und Spitzenprodukte für unseren eigenen Bedarf erwarten, wenn man ihr gleichzeitig beim Export, auf den sie in einem ge-wissen Ausmass angewiesen ist, immer mehr Hindernisse in den Weg legt.

Damit hängt ein weiteres Problem zusammen. Die Einschränkung der verfassungsmässig gewährleisteten Handels- und Gewerbefreiheit im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Kriegsmaterial erfolgte - wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Motion Blum zutreffend feststellte - vorwiegend aus Neutralitätspolitischen Gründen. Unsere Neutralität ist aber unbestrittenermassen eine bewaffnete

und erzielt das notwendige aussenpolitische Gewicht nur dann, wenn Wille und Fähigkeit dahinter stehen, sie durch eine schlagkräftige Armee nötigenfalls zu behaupten. Wenn wir indessen unsere eigenen Verteidigungsmöglichkeiten durch übermässige Erschwerung des Kriegsmaterials-Exportes immer mehr beeinträchtigen, dann beeinträchtigen wir von dieser Seite her gleichzeitig und unausweichlich auch unsere Neutralitätspolitik.

Die Motion ersucht daher den Bundesrat, seine heute ausgesprochen restriktive Praxis zu lockern und Exporte nur dann zu verbieten, wenn die Tatbestände des Gesetzes wirklich eindeutig vorliegen. Das gilt ganz allgemein. Insbesondere scheinen uns aber drei Gesichtspunkte wichtig zu sein.

- a) Der Begriff des Kriegsmaterials ist in Art. 1 der Verordnung zum KMG vom 10.1.1973 (mit Revision vom 8.2.1978) sehr ausdehnend umschrieben, was sich keineswegs zwangsläufig aus dem Gesetz ergibt. Es ist darin auch Material aufgeführt, das zwar zu militärischen Zwecken verwendet werden kann, aber keineswegs ausschliesslich und nur gerade so verwendbar ist. Das gilt beispielsweise für gepanzerte Radfahrzeuge. Die Verordnung zählt in Art. 1 lit. b Ziff. 1 Panzerfahrzeuge ganz allgemein zum Kriegsmaterial, obschon etwa gepanzerte Radfahrzeuge häufig rein polizeilichen Zwecken dienen; in Deutschland sind denn auch meines Wissens solche Fahrzeuge generell zum Export freigegeben. In der nachfolgenden Ziff. 2 differenziert dieselbe Verordnung dann aber durchaus zutreffend hinsichtlich der Luftfahrzeuge und rechnet nur die bewaffneten und die mit entsprechenden Einbauten versehenen zum Kriegsmaterial.
- b) Von den betroffenen Betrieben werden immer wieder Klagen laut, dass das Bewilligungsverfahren langwierig sei und kompliziert gehandhabt werde. Damit geraten diese Betriebe, die in hartem Konkurrenzkampf mit ausländischen und regelmässig weniger eingegengten Firmen stehen, notwendigerweise in grösste Schwierigkeiten. Es gehen ihnen Aufträge verloren, und es entsteht überflüssiger Aufwand. Das Bewilligungsverfahren ist in den Grundsätzen im Gesetz niedergelegt; insoweit kann daran selbstverständlich nicht gerüttelt werden. Aber man darf vom Bundesrat und den zuständigen Stellen füglich erwarten, dass sie das Verfahren im Interesse unserer inländischen Industrie speditiv und entgegenkommend handhaben. Es geht nicht an, mit Hilfe reiner Kontrollvorschriften die Exportmöglichkeiten noch weiter einzuschränken.
- c) Das Gesetz verbietet in Art. 11 Abs. 2 lit. a ganz allgemein jede Ausfuhr nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Die Bestimmung unterscheidet nach ihrem Wortlaut drei Stufen, das Bestehen eines bewaffneten Konfliktes, sein unmittelbares Bevorstehen und Spannungen einer Art, dass mit dem Ausbrechen eines solchen Konfliktes gerechnet werden muss. Sie ist ihrer Formulierung nach offensichtlich neutralitätspolitisch motiviert und spricht ausdrücklich von gefährlichen

Spannungen. Das ist eine gewollte Einschränkung. Es kann also keine Rede davon sein, dass jedes Spannungsverhältnis, vor allem auch ein solches rein interner Art, ein Ausfuhrverbot nach sich ziehen müsste. Ebenso wenig ist es angängig, den Begriff der gefährlichen Spannung auf Länder auszudehnen, die in weltpolitischen Spannungszonen einfach ihre legitimen Verteidigungsbedürfnisse gegenüber Angriffsmöglichkeiten seitens anderer Staaten zu befriedigen suchen; andernfalls wäre auch eine Belieferung westeuropäischer Länder nicht mehr möglich. Der Begriff des Spannungsgebietes soll in der künftigen Praxis wieder auf seine eigentliche Bedeutung zurückgeführt werden.

- d) Ganz allgemein ist dazu noch anzumerken, dass es im Rahmen der Anwendung des KMG nicht darum gehen kann, einzelne kurzfristige Ereignisse und Entwicklungen in einem Land zum Masstab zu nehmen oder uns schulmeisterlich in die Verhältnisse anderer Länder einzumischen. Wir tun das im Rahmen unserer diplomatischen Beziehungen und bei der Entwicklungspolitik auch nicht. Es geht vielmehr im wesentlichen darum, unseren Neutralitätspolitischen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Die Motion vereinigt 97 Unterschriften auf sich; ein gleichlautender Vorstoss im Ständerat wurde von 30 Ratsmitgliedern unterschrieben. Darin kommt eine breite Unterstützung ihrer Begehren zum Ausdruck, und es ist dargetan, dass die zahlreichen entgegengesetzten Vorstösse der letzten Jahre keineswegs der herrschenden Meinung entsprechen. Ich ersuche den Bundesrat, die Motion im Interesse unserer Landesverteidigung, unserer Neutralitätspolitik und unserer Wirtschaft entgegenzunehmen.

#### Stellungnahme des Bundesrats

In der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den eidgenössischen Räten werden gegenwärtig zur Frage des Kriegsmaterialgesetzes stark auseinandergelagerte Meinungen geäußert. In der Herbstsession 1978 hatten wir zwei Dringliche Einfache Anfragen der Nationalräte Ziegler-Genf und Carobbio zu beantworten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Iran eine restriktivere Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes verlangten. Eine Motion von Nationalrat Carobbio vom 19. April 1978 fordert die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes im Sinn einer Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeiten, und in der Interpellation Braunschweig vom 27. Juli 1978 werden eine strengere Handhabung des Gesetzes und die Ausdehnung seines Geltungsbereichs verlangt.

Die Frage, ob von uns das Kriegsmaterialgesetz eher grosszügig oder eher einschränkend gehandhabt werden soll, gibt seit Bestehen des Gesetzes zu sporadischen Kontroversen Anlass. Nachdem das Volksbegehren für eine vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot

- 5 -

am 24. September 1972 nur knapp verworfen worden war, wurde von uns eine strenge Praxis verlangt. Seit 1973 haben wir den Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte jährlich über die Kriegsmaterialausfuhr Bericht erstattet. Beide Kommissionen haben uns bis heute regelmässig die korrekte Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes bescheinigt.

Unter Spannungen im Sinne von Art. 11 Absatz 2 Buchstabe 2 des Kriegsmaterialgesetzes können nicht nur solche zwischen Staaten, also eigentliche Kriege gelten. Es fallen stets auch innerstaatliche Spannungen darunter, die allerdings einen gewissen Gefährlichkeits- und Intensivitätsgrad erreichen müssen. Werden solche innerstaatlichen Konflikte mit Waffen ausgetragen oder besteht eine derartige Gefahr, gilt das Kriegsmaterialausfuhrverbot absolut. Wir haben bis heute stets auch Konflikte und Spannungen innerhalb eines Staates oder eines Gebietes als unter die Sperre fallend betrachtet. Gerade heute sind solche Konflikte innerhalb eines Landes häufiger als formelle Kriege zwischen ausgebildeten und ausgerüsteten Streitkräften verschiedener Staaten.

Für den Einsatz in solchen Konflikten bedarfes keines schweren Kriegsmaterials. Bereits ein gepanzertes Radfahrzeug gestattet einen wirksamen Einsatz bei inneren Unruhen gegenüber nur mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Personen. Es muss vermieden werden, dass bürgerkriegsähnliche Konflikte mit schweizerischem Kampfmaterial ausgetragen werden. Dem Kriegsmaterialgesetz ist eine solche Möglichkeit nicht zu entnehmen.

Die Annahme der Motion müsste somit unweigerlich eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes notwendig machen. Damit würde die Diskussion über die Kriegsmaterialausfuhr auf der ganzen Breite erneut aufgegriffen, was unseres Erachtens weder wünschbar noch notwendig ist. Wenngleich das Kriegsmaterialgesetz in seiner heutigen Form nicht einfach zu handhaben ist, stellt es unseres Erachtens doch eine gute Grundlage für eine saubere Kriegsmaterialausfuhrpolitik dar, die sowohl den praktischen, als auch den moralischen Erfordernissen angemessen Rechnung trägt.

Wir sind bereit, die Motion als Postulat anzunehmen. Einerseits werden wir auch in Zukunft mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass in ausländischen Konflikten Waffen eingesetzt werden, die aus der Schweiz stammen. Auf der andern Seite sind wir bereit, inskünftig in denjenigen Fällen, in denen die Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes einen Ermessensspielraum lässt, im Rahmen des Möglichen die Arbeitsmarktlage mitzuberücksichtigen.

#### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

1972 sur le matériel de guerre. Bien qu'elle contienne une série de dispositions enjettées à caution, elle est en vigueur et doit donc être appliquée. Cependant elle présente à maints égards le caractère d'une loi-cadre et laisse une grande marge d'appréciation à l'autorité

78.518 Motion Friedrich  
du 5 octobre 1978

Loi sur le matériel de guerre

Le Conseil fédéral est chargé, aux fins de maintenir l'emploi et d'assurer l'existence d'une industrie suisse d'armement efficiente, de revoir la pratique suivie quant à l'application de la loi sur le matériel de guerre et de modifier l'ordonnance y relative, compte tenu notamment des impératifs suivants:

- a. Les types légers de véhicules à roues, en particulier les véhicules de transport blindés, ne seront plus assujettis à la loi;
- b. La procédure sera, de manière générale, simplifiée et accélérée, surtout lorsqu'il s'agit de cas de peu d'importance;
- c. Il y a lieu de redéfinir la notion de "territoires ... dans lesquels règnent des tensions" au sens de l'article 11, 2e alinéa, de la loi sur le matériel de guerre, qui est interprétée aujourd'hui de manière beaucoup trop extensive.

Cosignataires:

Albrecht, Allgöwer, Ammann-Berne, Augsburg, Bächtold-Berne, Basler, Baumann, Biderbost, Bochatay, Bommer, Bonnard, Bremi, Bretscher, Brosi, Bürer, Butty, Cantieni, Cavelty, Cevey, de Chastonay, Corbat, Cossy, Dürr, Egli-Sursee, Eisenring, Eng, Etter, Feigenwinter, Fischer-Weinfeld, Fischer-Bremgarten, Fischer-Berne, Flubacher, Freiburghaus, Früh, Gautier, Gehler, Girard, Graf, Hofer, Hofmann, Hungerbühler, Hunziker, Hürlimann, Jung, Junod, Keller, Kohler Raoul, Koller Arnold, Kunz, Künzi, Letsch, Matossi, Meier Fritz, Meier Kaspar, Meyer Hans Rudolf, Moser, Muff, Mugny, Müller-Balsthal, Nebiker, Nef, Oehler, Pedrazzini, Rätz, Reichling, Ribl, Richter, Rippstein, Risi-Schwyz, Roth, Röthlin, Rüegg, Rüttimann, Schalcher, Schärli, Schatz-Saint-Gall, Schnyder, Schutz-Grisons, Schwarz, Schwarzenbach, Seiler, Sigrist, Soldini, Spreng, Suter, Teuscher, Thalmann, Thévoz, Ueltschi, Vetsch, Waldvogel, Weber-Altdorf, Weber Leo, Wellauer, Wyss (95)

Développement

La présente motion ne met pas en cause la loi du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre. Bien qu'elle contienne une série de dispositions sujettes à caution, elle est en vigueur et doit donc être appliquée. Cependant, elle présente à maints égards le caractère d'une loi-cadre et laisse une grande marge d'appréciation à l'autorité

- 2 -

chargée de l'exécuter. En raison notamment de la pression que les milieux ayant soutenu l'initiative pour l'interdiction totale des exportations d'armes exercent, par leurs interventions réitérées, le Conseil fédéral interprète la loi dans un sens toujours plus restrictif. Il y a lieu de rappeler à cet égard que, le 6 octobre 1976, le Conseil national a rejeté par 58 voix contre 22 la motion Blum du 3 mars 1976 qui visait à accentuer encore cette évolution; en revanche, le postulat Sigrist du 3 mars 1976, expression de la tendance inverse, a été accepté par le Conseil fédéral le 29 septembre 1976 et transmis sans opposition par le Conseil national. Il n'en reste pas moins que la pratique du Conseil fédéral suit toujours la ligne tracée par la motion Blum rejetée et nullement celle que demandait le postulat Sigrist qui lui a été transmis.

Cette évolution, que la loi n'exige nullement, a des conséquences de plus en plus fâcheuses. Des centres de production sont transférés à l'étranger, alors que les entreprises du pays se heurtent à des difficultés croissantes ou sont parfois menacées dans leur existence même. En outre, les travaux de développement portant sur le matériel de guerre sont entravés, voire empêchés. Cette situation compromet le maintien d'un grand nombre d'emplois; il est certainement superflu de relever à l'heure actuelle à quel point de telles répercussions sont regrettables et même néfastes. Il est étrange que les milieux qui dénoncent généralement la prédominance qu'acquiert la Suisse en tant que place financière au détriment de notre marché du travail soient précisément ceux qui, en l'occurrence, encouragent eux-mêmes cette évolution ou, pour le moins, ne font rien pour l'empêcher.

En outre, la pratique restrictive suivie par le Conseil fédéral porte directement préjudice à notre armée. A l'exception des adversaires irréductibles de toute défense militaire, personne ne conteste que nous devrions produire dans le pays le plus grand nombre possible d'armes, de véhicules et d'appareils, la gamme s'étendant jusqu'aux systèmes d'armes les plus compliqués. Récemment, le Conseil fédéral s'est une fois de plus réclamé de ce principe en rapport avec le développement d'un char de combat suisse. On ne peut cependant exiger que notre industrie procède à des travaux de développement et fournisse des produits de haute qualité répondant à nos besoins si l'on ne cesse simultanément d'entraver ses exportations dont elle est tributaire jusqu'à un certain point.

A cela s'ajoute un autre problème. Les restrictions apportées, en matière d'exportation de matériel de guerre, à la liberté du commerce et de l'industrie garantie par la constitution ont été motivées, comme l'avait fait remarquer à juste titre le Conseil fédéral dans sa réponse à la motion Blum, par des considérations relevant surtout de la politique de neutralité. Or notre neutralité est incontestablement une neutralité armée; elle ne peut s'imposer sur le plan de la politique étrangère que si elle est soutenue par la volonté de la défendre au besoin par une armée apte à se battre. Mais si nous compromettons notre propre défense en entravant exagérément l'exportation de matériel de guerre, nous portons du même coup irrémédiablement atteinte à notre politique de neutralité.

- 3 -

C'est pourquoi la motion demande au Conseil fédéral d'assouplir sa pratique par trop restrictive actuellement et de n'interdire les exportations que lorsque les conditions fixées dans la loi sont effectivement remplies. Cette règle s'applique d'une façon générale. Trois aspects de la question nous semblent cependant particulièrement importants:

- a) La définition du matériel de guerre donnée à l'article 1er de l'ordonnance du 10 janvier 1973 sur le matériel de guerre, dans sa teneur du 2 février 1978, est très large, ce qui n'est nullement exigé par la loi. On y mentionne également du matériel qui peut certes être utilisé à des fins militaires, mais qui ne l'est pas exclusivement à cet effet. C'est par exemple le cas pour les véhicules blindés à roues. L'article 1er, lettre b, chiffre 1, de l'ordonnance classe tous les véhicules blindés parmi le matériel de guerre, bien que les véhicules blindés à roues par exemple ne servent souvent qu'à la police; à ma connaissance, l'exportation de ces véhicules est entièrement libre en Allemagne notamment. Au chiffre 2, la même ordonnance établit à juste titre une différence entre les divers types d'aéronefs et ne considère comme matériel de guerre que les aéronefs armés ou équipés de dispositifs destinés à des fins militaires.
- b) Les entreprises touchées se plaignent souvent de la lenteur et de la complication de la procédure d'autorisation. Il s'ensuit que ces entreprises, qui doivent lutter âprement contre la concurrence étrangère et celle d'autres maisons qui ne sont pas soumises aux mêmes restrictions, ont à faire face à de grandes difficultés. Certaines commandes leur échappent et des charges inutiles leur sont imposées. Les principes régissant la procédure d'autorisation sont fixés dans la loi; on ne saurait évidemment s'en écarter. Mais on peut exiger que le Conseil fédéral et les services compétents appliquent la procédure avec célérité et bienveillance dans l'intérêt de notre industrie. Il n'est pas admissible de limiter encore davantage les possibilités d'exportation par de pures prescriptions de contrôle.
- c) A l'article 11, 2e alinéa, lettre a, la loi interdit d'une façon générale toute exportation à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater, ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses. La disposition prévoit trois phases, à savoir l'existence d'un conflit armé, la menace immédiate d'un tel conflit et des tensions qui font présumer l'éclatement d'un conflit. Sa teneur est manifestement motivée par des considérations relevant de la politique de neutralité et fait expressément mention de tensions dangereuses. Cette restriction a été apportée délibérément. On ne saurait donc considérer que toute tension, surtout si elle est de nature purement interne, justifie l'interdiction des exportations. Il est tout aussi inadmissible d'étendre la notion de "tensions dangereuses" à des Etats qui, situés dans des zones exposées aux tensions

- 4 -

internationales, cherchent simplement et à bon droit à assurer leur défense contre d'éventuelles agressions; sinon, il ne serait plus possible non plus de livrer des armes aux pays d'Europe occidentale. La notion de région où règnent des tensions dangereuses doit désormais être interprétée dans son sens propre.

- d) D'une façon générale, il faut encore relever qu'il ne saurait être question, en appliquant la loi, de ne se fonder que sur quelques événements éphémères dans un pays déterminé ni de nous immiscer avec pédantisme dans les affaires d'autres Etats. Nous nous gardons de telles immixtions dans nos relations diplomatiques et notre politique en matière de développement. Il s'agit pour l'essentiel de faire face aux obligations qui découlent de notre neutralité.

La motion porte 97 signatures; une intervention semblable au Conseil des Etats a reçu l'appui de 30 députés. Cela prouve que nos demandes sont largement soutenues et que les multiples interventions faites au cours de ces dernières années, qui vont en sens contraire, ne reflètent nullement l'opinion générale. J'invite le Conseil fédéral à accepter la motion dans l'intérêt de notre défense, de notre politique de neutralité et de notre économie.

#### Avis du Conseil fédéral

Les opinions émises dans le public et surtout aux Chambres fédérales au sujet de la loi sur le matériel de guerre sont fort divergentes. Au cours de la session d'automne de 1978, nous avons répondu à deux questions ordinaires urgentes des conseillers nationaux Ziegler-Genève et Carobbio, qui demandaient une application restrictive de la loi sur le matériel de guerre en relation avec les événements d'Iran. Dans une motion du 19 avril 1978, le conseiller national Carobbio requiert une modification de la loi sur le matériel de guerre aux fins de limiter les possibilités d'exportation; l'interpellation Braunschweig du 27 juillet 1978 demande une application plus stricte de la loi et l'extension de son champ d'application.

La question d'une application plutôt extensive ou plutôt restrictive de la loi sur le matériel de guerre donne lieu sporadiquement, depuis son entrée en vigueur, à des controverses. Après le rejet de justesse, le 24 septembre 1972, de l'initiative populaire pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes, nous avons été invités à nous montrer rigoureux dans l'application de la loi. Depuis 1973, nous avons présenté chaque année aux commissions de gestion des deux Chambres un rapport sur les exportations de matériel de guerre. Jusqu'ici, ces deux commissions ont régulièrement attesté que la loi sur le matériel de guerre était correctement appliquée.

Par tensions au sens de l'article 11, 2e alinéa, lettre a, de la loi sur le matériel de guerre, on ne saurait entendre uniquement celles qui se produisent entre Etats, à savoir les opérations de guerre proprement dites. Les tensions régnant à l'intérieur d'un Etat, à condition qu'elles présentent un certain danger et un certain degré d'intensité, tombent également sous le coup de la disposition susmentionnée. Si de tels conflits sont armés ou risquent de l'être, les exportations d'armes doivent absolument être interdites. Jusqu'à présent, nous avons toujours considéré que cette interdiction s'applique aussi aux conflits et aux tensions régnant à l'intérieur d'un Etat ou d'un territoire. Aujourd'hui, de tels conflits sont plus fréquents que des affrontements proprement dits entre forces armées instruites et équipées.

Dans l'ordonnance calquée sur la loi, le matériel de guerre a été défini de telle manière que des matériels, tels que des groupes électrogènes, du matériel de transmission, etc., qui ne représentent pas des moyens de combat au sens strict ne soient pas considérés comme du matériel de guerre. Les véhicules blindés sont toutefois réputés moyens de combat conformément à l'article premier de la loi. Le premier critère, sur lequel on se fonde en l'occurrence est un blindage qui offre une protection relativement efficace contre le feu des armes d'infanterie. Si l'ordonnance sur le matériel de guerre fait état de véhicules blindés armés ou non, cela signifie que même non armés, les véhicules blindés tombent sous le coup de la loi. Des chars non armés ne sont d'ailleurs pas seulement ceux auxquels l'armement prévu fait défaut momentanément, mais également ceux qui ne sont pas armés ou ne peuvent pas l'être, le critère déterminant restant le blindage. En ce qui concerne les modèles usuels de véhicules à roues blindés fabriqués en Suisse, il est de toute façon prévu, après leur exportation, de les équiper, notamment de mitrailleuses. Aussi sont-ils dotés d'un blindage sphérique et d'un affût supérieur, qui sont également fabriqués en Suisse. Si donc, pour que des véhicules à roues soient réputés matériel de guerre, il suffit qu'ils disposent d'un blindage, a fortiori doivent-ils être considérés comme tel lorsqu'ils sont spécialement conçus pour être armés. Leur faible poids comparé à celui des chars de combat lourds, leur blindage léger, leur entraînement par roues et non par chenilles ou, pour certains modèles, leurs canons ou lanceurs de fusées manquants, n'enlèvent pas à de tels véhicules leur caractère de matériel de guerre.

Des conflits tels que ceux cités plus haut ne requièrent pas l'utilisation de matériel de guerre lourd. Lors de troubles intérieurs, un véhicule à roues blindé permet déjà d'affronter efficacement des personnes équipées d'armes à feu individuelles. Il faut éviter que des armements suisses soient utilisés dans des conflits assimilables à des guerres civiles, quand bien même la loi sur le matériel de guerre ne contient pas de dispositions s'appliquant à de tels conflits.

L'acceptation de la motion entraînerait inévitablement une révision de la loi sur le matériel de guerre. Il y aurait alors lieu de reconsidérer tout le problème des exportations de matériel de

NATIONALRAT

- 6 -

guerre ce qui, à notre avis, n'est ni souhaitable ni nécessaire. Même si l'application de la loi sur le matériel de guerre dans sa teneur actuelle n'est pas aisée, nous pensons qu'elle permet de mener une saine politique d'exportation de matériel de guerre, tenant compte de manière appropriée des exigences tant pratiques que morales.

Au demeurant, la procédure d'autorisation devrait être accélérée dans la mesure du possible. En effet, les démarches entreprises à l'étranger aux fins de vérifier les déclarations de ne pas réexporter entraînent souvent certains retards, auxquels l'administration ne peut souvent rien changer.

Nous sommes disposés à accepter la motion sous la forme d'un postulat. Nous nous efforcerons, à l'avenir aussi, d'éviter par tous les moyens que des armes suisses soient utilisées dans des conflits à l'étranger. Nous sommes en outre prêts à tenir compte à l'avenir, dans la mesure du possible, de la situation du marché du travail dans les cas où l'application de la loi sur le matériel de guerre offre une certaine marge d'appréciation.

#### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Das "Air International" wurde der Pilatus PC 7 nach Mexiko, Bolivien und Burma verkauft. In den Medien letzten dieser Länder gibt es zur Zeit schwere Unruhen. Nach Burma wurden (so die Zeitschrift) 18 Flugzeuge an die Fliegertruppen geliefert. Sie sollen die Maschinen ersetzen, die im Norden des Landes abgeschossen worden sind. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Pilatus PC 7 während des Vietnamkrieges in Laos militärisch eingesetzt wurde. Ist der Bundesrat über diese Fakten unterrichtet und gedenkt er, in diesem Zusammenhang etwas zu unternehmen?

#### Antwort des Bundesrats:

Die Verkaufsargumente, welche die Hersteller der Flugzeuge AS 302 "Bravo" und "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer in ihrer Werbung verwenden, haben das Militärdepartement im November 1978 veranlasst, zwischen

3.3.1979

NATIONALRAT78.874 Einfache Anfrage Grobet

vom 14. Dezember 1978

Flugzeug zu Militärzwecken

In ihrem Katalog bietet die Firma Pilatus eine militärische Version des Pilatus PC 7 Turbo Trainer an und rühmt deren Qualitäten. Dank einer Verstärkung unter den Tragflächen und einem anpassungsfähigen Ladesystem kann dieses Flugzeug 1040 Bomben mitführen.

Die militärische Verwendbarkeit dieses Flugzeugtyps wird in der Septemhernummer 78 der Fachzeitschrift "Air International" ebenso herausgestellt wie diejenige des Typs AS 202 Bravo, den die Flug- und Fahrzeugwerke AG Altenrhein herstellt und zu dem ich bereits am 25. März 1977 eine Einfache Anfrage an den Bundesrat gerichtet habe, als sechs Stück davon nach Uganda exportiert wurden.

Der Bundesrat hatte damals geantwortet, es handle sich bei diesem Flugzeug nicht um Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes, so dass es ohne Bewilligung ausgeführt werden könne.

Ist der Bundesrat angesichts der Reklame, die für den Pilatus PC 7 Turbo Trainer gemacht wird, und angesichts der immer bedeutungsvoller werdenden Tatsache, dass es sich hier um ein Mehrzweckflugzeug handelt, bereit, diese Realität anzuerkennen und das Flugzeug als Kriegsmaterial im Sinne des Kriegsmaterialgesetzes zu betrachten, oder will er es dulden, dass dieses Gesetz auch weiterhin umgangen wird?

Nach "Air International" wurde der Pilatus PC 7 nach Mexiko, Bolivien und Burma verkauft. In den beiden letzten dieser Länder gibt es zur Zeit schwere Unruhen. Nach Burma wurden (so die Zeitschrift) 13 Flugzeuge an die Fliegertruppen geliefert. Sie sollen die Maschinen ersetzen, die im Norden des Landes abgeschossen worden sind. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Pilatus PC 7 während des Vietnamkrieges in Laos militärisch eingesetzt wurde. Ist der Bundesrat über diese Fakten unterrichtet und gedenkt er, in diesem Zusammenhang etwas zu unternehmen?

Antwort des Bundesrats:

Die Verkaufsargumente, welche die Hersteller der Flugzeuge AS 202 "Bravo" und "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer in ihrer Reklame verwendet, haben das Militärdepartement im November 1978 veranlasst, zusammen

mit der Bundesanwaltschaft durch eine Expertengruppe eine genaue Ueberprüfung der beiden Flugzeugtypen vorzunehmen. Sie hat ergeben, dass es sich bei den beiden Flugzeugen nichtum "bewaffnete Luftfahrzeuge" oder "Luftfahrzeuge mit Einbauten für Waffen und Munition oder sonstige Vorrichtungen für militärische Verwendung" im Sinn von Artikel 1 der Verordnung über das Kriegsmaterial handelt. Die an den Flugzeugen vorhandenen Befestigungspunkte dienen nicht militärischen Zwecken, sondern beim Typ "Bravo" der Befestigung des Flugzeugs am Boden und beim Typ "Pilatus" der Aufhängung von Aussenlasten, wie Rettungsmaterial oder Zusatztanks. Besondere Verstärkungen für die Aufhängung von Bomben oder anderen Waffen sowie insbesondere Zielvorrichtungen, fehlen bei beiden Flugzeugtypen.

Das Kriegsmaterialgesetz kann somit auf die beiden Flugzeugtypen keine Anwendung finden.

Le 25 mars 1977 au Conseil fédéral à propos de l'exportation de six avions de ce type en Ouganda.

Le Conseil fédéral avait répondu que ce dernier type d'avion n'est pas assimilable à du matériel de guerre au sens de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et n'était donc pas soumis aux prescriptions qui en limitent l'exportation.

Le Conseil fédéral, au vu de la publicité faite au sujet du Pilatus PC 7 Turbo Trainer et de l'usage polyvalent toujours plus important de ce genre d'avions, est-il disposé à admettre la réalité et à considérer cet avion comme tombant sous le coup des prescriptions légales qui en limitent l'exportation ou laissera-t-il la loi continuer à être détournée?

La revue Air International dit que le Pilatus PC 7 a été vendu au Mexique, à la Bolivie et à la Birmanie, alors que ces deux derniers pays connaissent de sérieux troubles intérieurs. En ce qui concerne la Birmanie, la livraison (selon cette revue) porterait sur 12 avions pour les forces aériennes birmanes pour remplacer les avions abattus dans le Nord du pays. Rappelons à ce sujet l'usage militaire d'avions Pilatus au Laos durant la guerre du Vietnam. Le Conseil fédéral est-il informé de ces faits et qu'entend-il faire?

#### Réponse du Conseil fédéral:

Les arguments publicitaires des constructeurs des avions PC 7 "Bravo" et "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer ont amené, en novembre 1976, le Département militaire fédéral, de concert avec le Ministère public de la Confédération, à charger un groupe d'experts de procéder à l'examen minutieux de ces deux types d'avions. Il a été révélé que ces avions ne constituent pas des "aéronefs armés" ou "aéronefs équipés de dispositifs d'affinage d'arcs et de missiles" ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires au sens de l'article premier de l'ordonnance sur le matériel de guerre.

5.3.1979

CONSEIL NATIONAL

78.874 Question ordinaire Grobet  
du 14 décembre 1978

Avion à usage militaire

Le catalogue de la Maison Pilatus présente une version militaire de l'avion Pilatus PC 7 Turbo Trainer dont il vente les qualités. Cet avion, grâce à un renforcement sous les ailes, est capable d'emporter 1040 kg de bombes avec la mise en place d'un système d'arrimage adaptable.

Les usages militaires de ce type d'avion sont mis en évidence dans la revue spécialisée "Air International" de Septembre 1978, au même titre que l'avion AS 202 Bravo fabriqué par l'entreprise FFA d'Altenrhein au sujet duquel j'avais posé une question ordinaire le 25 mars 1977 au Conseil fédéral à propos de l'exportation de six avions de ce type en Ouganda.

Le Conseil fédéral avait répondu que ce dernier type d'avion n'était pas assimilable à du matériel de guerre au sens de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre et n'était donc pas soumis aux prescriptions qui en limitent l'exportation.

Le Conseil fédéral, au vu de la publicité faite au sujet du Pilatus PC 7 Turbo Trainer et de l'usage polyvalent toujours plus important de ce genre d'avions, est-il disposé à admettre la réalité et à considérer cet avion comme tombant sous le coup des prescriptions légales qui en limitent l'exportation ou laissera-t-il la loi continuer à être détournée?

La revue Air International dit que le Pilatus PC 7 a été vendu au Mexique, à la Bolivie et à la Birmanie, alors que ces deux derniers pays connaissent de sérieux troubles intérieurs. En ce qui concerne la Birmanie, la livraison (selon cette revue) porterait sur 18 avions pour les forces aériennes birmanes pour remplacer les avions abattus dans le Nord du pays. Rappelons à ce sujet l'usage militaire d'avions Pilatus au Laos durant la guerre du Vietnam. Le Conseil fédéral est-il informé de ces faits et qu'entend-il faire?

Réponse du Conseil fédéral

Les arguments publicitaires des constructeurs des avions AS 202 "Bravo" et "Pilatus" PC 7 Turbo-Trainer ont amené, en novembre 1978, le Département militaire fédéral, de concert avec le Ministère public de la Confédération, à charger un groupe d'experts de procéder à l'examen minutieux de ces deux types d'avions. Il s'est révélé que ces avions ne constituent pas des "aéronefs armés et aéronefs équipés de dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires" au sens de l'article premier de l'ordonnance sur le matériel de guerre.

5.3.1979

- 2 -

Les points d'arrimage dont sont dotés ces avions ne servent pas à des fins militaires, mais sont utilisés en ce qui concerne le "Bravo" pour son amarrage au sol et, sur le "Pilatus", pour le transport de charges extérieures, telles que du matériel de sauvetage ou des réservoirs supplémentaires. Ces deux types d'avions sont dépourvus de renforcements spéciaux permettant l'arrimage de bombes ou d'autres armes, ainsi que de viseurs.

La loi sur le matériel de guerre ne saurait donc s'appliquer à ces deux types d'avions.

#### Text des Vorstudies

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist in den letzten Jahren ins Zentrum der Diskussion um die schweizerische Waffenausfuhr gerückt.

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen über:

- a. den Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen und Waffenausfuhr,
- b. Zahl und Entwicklung der Arbeitsplätze in der Schweiz und deren direkte und indirekte Verlagerung ins Ausland, insbesondere seit Inkrafttreten des revidierten Kriegsmaterialgesetzes,
- c. die Auswirkungen einer Erhöhung oder einer Verminderung der Waffenausfuhr (beispielsweise Verzicht auf Export in Entwicklungsländer oder Beschränkung auf die neutralen Staaten Europas) in Bezug auf die Zahl der Arbeitsplätze und
- d. Möglichkeiten bei einer Senkung des Waffenexportes, die Arbeitsplätze durch eine Verlagerung auf zivile Güterproduktion zu sichern.

#### Mitunterzeichner

Ammann-St. Gallen, Bratschi, Bundi, Bussey, Chopard, Deneys, Egli-Winterthur, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Mars, Wolf, Müller-Bern, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschopp, Villard, Wyler, Zehnder (23)

#### Begründung

Der gewünschte Bericht ist gedacht als ein Instrument zur Beurteilung der arbeitsplatz-, wirtschafts-, ausser- und militärpolitischen Gründe für und gegen die schweizerische Waffenausfuhr.

Damit dieser Bericht diese Aufgabe erfüllen kann, sollte er u.a. auch noch die folgenden Angaben enthalten:

16.5.1979

NATIONALRAT

Schriftliche Beantwortung

79.339 Postulat Braunschweig vom 14. März 1979  
Arbeitsplatz-Sicherung und Waffenausfuhr

---

### Text des Vorstosses

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist in den letzten Jahren ins Zentrum der Diskussion um die schweizerische Waffenausfuhr gerückt.

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht zu erstellen über

- a. den Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen und Waffenausfuhr,
- b. Zahl und Entwicklung der Arbeitsplätze in der Schweiz und deren direkte und indirekte Verlagerung ins Ausland, insbesondere seit Inkrafttreten des revidierten Kriegsmaterialgesetzes,
- c. die Auswirkungen einer Erhöhung oder einer Verminderung der Waffenausfuhr (beispielsweise Verzicht auf Export in Entwicklungsländer oder Beschränkung auf die neutralen Staaten Europas) in Bezug auf die Zahl der Arbeitsplätze und
- d. Möglichkeiten bei einer Senkung des Waffenexportes, die Arbeitsplätze durch eine Verlagerung auf zivile Güterproduktion zu sichern.

### Mitunterzeichner

Ammann-St. Gallen, Bratschi, Bundi, Bussey, Chopard, Deneys, Egli-Winterthur, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Merz, Morf, Müller-Bern, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschäppät, Villard, Wyler, Zehnder (23)

### Begründung

Der gewünschte Bericht ist gedacht als ein Instrument zur Beurteilung der arbeitsplatz-, wirtschafts-, aussen- und militärpolitischen Gründe für und gegen die schweizerische Waffenausfuhr.

Damit dieser Bericht diese Aufgabe erfüllen kann, sollte er u.a. auch noch die folgenden Angaben enthalten:

16.5.1979

Zahl der durch den Waffenexport in der Schweiz bestehenden Arbeitsplätze und Anteil dieser Arbeitsplätze an der gesamten Rüstungsproduktion im Inland (Exportquote);

Angaben über die bei den waffenproduzierenden Hauptfirmen bestehenden zivilen Arbeitsplatzanteile;

Angaben über die mögliche Liquidation von Arbeitsplätzen bei einer Verschärfung der Kriegsmaterialgesetzgebung;

Investitionen pro Arbeitsplatz für die Produktion von Kriegsmaterial und deren Entwicklung in Vergangenheit und deren Prognose in Zukunft;

Umlagerung von Produktionskapazität auf die Kriegsmaterialproduktion durch die Waffenausfuhr in Vergangenheit und möglicherweise in Zukunft.

#### Erklärung des Bundesrats

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

#### Co-signataires

Amann-Saint-Gall, Bratschi, Bundi, Busssey, Chopard, Deneys, Egli-Winterthour, Ganz, Gervig, Kessler, Lang, Loetscher, Mars, Morf, Müller-Berne, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschopp, Villard, Wyler, Zehnder (23)

#### Développement

Le rapport demandé devrait permettre de mettre en balance les raisons qui plaident en faveur de l'exportation d'armes suisses et celles qui s'y opposent, tant sur le plan de la politique de l'emploi et de la politique économique que sur celui de notre politique étrangère et de notre défense nationale.

16.5.1979

79.339 Postulat Braunschweig du 14 mars 1979  
Sauvegarde de l'emploi et exportations d'armes

---

Ces dernières années, on a spécialement invoqué la sauvegarde de l'emploi lors des discussions sur les exportations suisses d'armements.

Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport sur:

- a. les relations entre le degré de l'emploi et les exportations d'armes;
- b. le nombre des emplois existants en Suisse dans l'industrie de l'armement et son évolution, ainsi que sur les transferts directs ou indirects d'emplois à l'étranger, notamment depuis l'entrée en vigueur de la loi révisée sur le matériel de guerre;
- c. les effets qu'exercerait sur le nombre des emplois un accroissement ou une diminution des exportations d'armes (suppression des ventes aux pays en développement, ou limitation de celles-ci aux seuls Etats neutres d'Europe, p.ex.);
- d. la possibilité, en cas de diminution des exportations d'armes, de sauvegarder les emplois en passant à la production de biens destinés à couvrir des besoins civils.

#### Cosignataires

Ammann-Saint-Gall, Bratschi, Bundi, Bussey, Chopard, Deneys, Eggli-Winterthour, Ganz, Gerwig, Kessler, Lang, Loetscher, Merz, Morf, Müller-Berne, Nanchen, Nauer, Schaffer, Schmid Arthur, Tschäppät, Villard, Wyler, Zehnder (23)

#### Développement

Le rapport demandé devrait permettre de mettre en balance les raisons qui plaident en faveur de l'exportation d'armes suisses et celles qui s'y opposent, tant sur le plan de la politique de l'emploi et de la politique économique que sur celui de notre politique étrangère et de notre défense nationale.

16.5.1979

- 2 -

Pour que le rapport en question atteigne ce but, il devrait notamment fournir les données suivantes:

Combien d'emplois sont-ils dus en Suisse à l'exportation d'armes et quelle est la part de ces emplois dans l'ensemble de la production d'armes en Suisse (quote-part des exportations) ?

Quelle est, recensée dans les principales entreprises productrices d'armes, la part des travailleurs affectés à la production de biens destinés à couvrir des besoins civils ? Des emplois seraient-ils éventuellement supprimés si les prescriptions de la loi sur le matériel de guerre étaient rendues plus sévères ?

Quels investissements chaque place de travail servant à la production de matériel de guerre exige-t-elle ? Comment leur importance a-t-elle évolué jusqu'ici et quelles prévisions peut-on faire à ce sujet ?

Les exportations d'armes ont-elles eu ou auront-elles pour effet d'affecter à la fabrication de matériel de guerre certaines capacités de production des entreprises qui n'y étaient pas réservées ?

### Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est disposé à accepter le postulat.

#### Antwort des Bundesrats

1. Es trifft zu, dass der Bund in den sechziger Jahren die Bestände an veralteten Gewehren und Karabinern liquidiert hat. Verkauft wurden insbesondere Gewehre der Modelle 88/11 und 11 sowie Karabiner 11. Bei diesen beschränkte sich der Verkauf auf Anschaffungen der Kategorien B und C, die für den zivilen Gebrauch geeignet sind. Diese wurden als Ganzes oder als Einzelteile über den Markt an Privatpersonen verkauft. Die Preise lagen zwischen 10 und 15 Franken pro Karabiner 11 und drei, später vier Franken pro Gewehr 88/11 oder 11.
2. Im Jahr 1959 verkaufte die Bundesliche Kriegstechnische Abteilung (KTA) einen grösseren Teil des Bestandes an Karabinern 11 ins Ausland, vor allem nach Amerika. Karabiner 11 wurden weiter ins Ausland verkauft. Wieviele solche Verkauften allerdings über Händelsleute und Private ins Ausland gelangten, lässt sich nicht feststellen.

NATIONALRAT79.647 Einfache Anfrage Mugny

vom 20. März 1979

Karabiner 1911. Verkauf

Nach Presseberichten verkaufte der Bund vor einigen Jahren Karabiner des Modells 1911 zu fünf oder zehn Franken das Stück. Einige Tausend Stück wurden damals ins Ausland verkauft, besonders nach Deutschland und nach den USA, wo sie heute als Jagdgewehre verwendet werden.

Heute sind diese Karabiner bei Sammlern und Liebhabern alter Waffen sehr gesucht. Sie werden sehr teuer gehandelt und sind schwierig zu finden.

Ich stelle deshalb dem Bundesrat die folgenden Fragen:

1. Stimmen die Presseberichte?
2. Wieviele Karabiner 11 sind auf diese Weise ins Ausland verkauft worden?
3. Warum hat man die schweizerischen Waffenliebhaber nicht über diese Verkäufe informiert? Warum lehnten es die Zeughäuser ab, die Karabiner Wehrmännern zu verkaufen, die ihre Waffe behalten wollten?
- ✓ 4. Wird man den Karabiner 31 ebenfalls ins Ausland verkaufen? Können Schweizer ihn erwerben? Und wenn ja, zu welchem Preis?

Antwort des Bundesrats

1. Es trifft zu, dass der Bund in den sechziger Jahren die Bestände an veralteten Gewehren und Karabinern liquidiert hat. Verkauft wurden insbesondere Gewehre der Modelle 96/11 und 11 sowie Karabiner 11. Bei diesen beschränkte sich der Verkauf allerdings auf Ausschusswaffen der Kategorien B und C; einwandfreie Waffen der Kategorie A wurden nicht verkauft. Ab März 1965 konnten zunächst die konzessionierten Büchsenmacher, ab Oktober des selben Jahres alle Privatpersonen solche Waffen erwerben, und zwar zu einem Preis von zehn Franken pro Karabiner 11 und drei, später fünf Franken pro Gewehr 96/11 oder 11.
2. Im Jahr 1959 verkaufte die damalige Kriegstechnische Abteilung (KTA) einen grösseren Posten Gewehre 11 ins Ausland, vor allem nach Amerika. Karabiner 11 wurden keine ins Ausland verkauft. Wieviele solche Waffen allerdings über Büchsenmacher und Private ins Ausland gelangten, lässt sich nicht feststellen.

23.5.1979

- 2 -

3. Es darf angenommen werden, dass der grossen Mehrzahl der Waffensammler die Liquidation alter Gewehre und Karabiner bekannt war und dass sie sich seinerzeit entsprechend eingedeckt haben.
4. Der Karabiner 31 wird vom Bund nicht ins Ausland verkauft. Gemäss Verordnung des Eidg. Militärdepartements vom 6. November 1978 können Mitglieder von anerkannten Schiessvereinen, die die Bedingungen zum Bezug eines Karabiners 31 als Leihwaffe erfüllen, diese Waffe zum Preis von Fr. 150.-- erstehen.

Selon les informations parues dans la presse, la Confédération a vendu, il y a quelques années, des mousquetons modèle 1911 à l'étranger au 10 francs la pièce. Quelques milliers d'exemplaires ont été vendus à l'étranger, particulièrement en Allemagne et aux États-Unis, où ils sont utilisés actuellement comme carabines de chasse.

En regard'hui, ces mousquetons sont très recherchés par les collectionneurs et amateurs d'armes anciennes. Ils se vendent très cher et sont difficiles à trouver.

Je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. L'information fournie par la presse est-elle exacte ?
2. Combien de mousquetons modèle 1911 ont-ils été ainsi vendus à l'étranger ?
3. Pourquoi n'a-t-on pas informé les amateurs suisses de ces ventes d'armes ? Pourquoi les arsenaux refusaient-ils d'en vendre aux soldats qui voulaient garder leurs armes ?
4. Les mousquetons modèle 1911 seront-ils aussi vendus à l'étranger ? Les Suisses peuvent-ils en acquérir ? Et si oui, à quel prix ?

#### Réponse du Conseil fédéral

1. Il est exact que la Confédération a liquidé, dans les années soixante, les stocks d'anciens fusils et mousquetons. Les ventes ont principalement porté sur des fusils des modèles 96/11 et 11 ainsi que sur des mousquetons 11. Toutefois, la vente de ces derniers s'est limitée aux armes de rebut des catégories B et C; les armes en parfait état de la catégorie A n'ont pas été vendues. A partir du mois de mars 1965, les armuriers agréés ont pu acquérir de telles armes; les ventes aux particuliers ont débuté au mois d'octobre de la même année. Le prix d'un mousqueton 11 s'élevait à 10 francs, celui d'un fusil 96/11 ou 11 était de 3 puis de 5 francs.
2. En 1959, le Service technique militaire (STM) a vendu un lot important de fusils 11 à l'étranger, d'abord tout en Amérique. Aucun mousqueton 11 n'a été vendu à l'étranger. Il n'est toutefois pas possible d'évaluer le nombre d'armes exportées par des armuriers et des particuliers.

CONSEIL NATIONAL

79.647 Question ordinaire Mugny  
du 20 mars 1979

---

Mousqueton modèle 1911. Vente

Selon les informations parues dans la presse, la Confédération a vendu, il y a quelques années, des mousquetons modèle 1911 à 5 francs ou 10 francs la pièce. Quelques milliers d'exemplaires ont été vendus à l'étranger, particulièrement en Allemagne et aux Etats-Unis, où ils sont utilisés actuellement comme carabines de chasse.

Aujourd'hui, ces mousquetons sont très recherchés par les collectionneurs et amateurs d'armes anciennes. Ils se vendent très chers et sont difficiles à trouver.

Je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. L'information fournie par la presse est-elle exacte ?
2. Combien de mousquetons modèle 1911 ont-ils été ainsi vendus à l'étranger ?
3. Pourquoi n'a-t-on pas informé les amateurs suisses de ces ventes d'armes ? Pourquoi les arsenaux refusaient-ils d'en vendre aux soldats qui voulaient garder leurs armes ?
4. Les mousquetons modèle 1931 seront-ils aussi vendus à l'étranger ? Les Suisses peuvent-ils en acquérir ? Et si oui, à quel prix ?

Réponse du Conseil fédéral

1. Il est exact que la Confédération a liquidé, dans les années soixante, les stocks d'anciens fusils et mousquetons. Les ventes ont principalement porté sur des fusils des modèles 96/11 et 11 ainsi que sur des mousquetons 11. Toutefois, la vente de ces derniers s'est limitée aux armes de rebut des catégories B et C; les armes en parfait état de la catégorie A n'ont pas été vendues. A partir du mois de mars 1965, les armuriers concessionnés ont pu acquérir de telles armes; les ventes aux particuliers ont débuté au mois d'octobre de la même année. Le prix d'un mousqueton 11 s'élevait à 10 francs, celui d'un fusil 96/11 ou 11 étant de 3 puis de 5 francs.
2. En 1959, le Service technique militaire (STM) a vendu un lot important de fusils 11 à l'étranger, avant tout en Amérique. Aucun mousqueton 11 n'a été vendu à l'étranger. Il n'est toutefois pas possible d'évaluer le nombre d'armes exportées par des armuriers et des particuliers.

23.5.1979

NATIONALRAT

- 2 -

79.737 Einfache Anfrage Braunschweig

3. On peut admettre que la plupart des collectionneurs ont eu connaissance de la liquidation de ces anciens fusils et mousquetons et qu'ils ont pu s'en procurer à l'époque.
4. La Confédération ne vendra pas de mousqueton 31 à l'étranger. Conformément à l'ordonnance du Département militaire fédéral du 6 novembre 1978, les membres des sociétés de tir reconnues qui remplissent les conditions de remise en prêt d'un mousqueton 31 peuvent acheter cette arme pour le prix de 150 francs.

und herrschen mither fast ununterbrochen... wurde... durch General... durch Fliegerleutnant Jerry Rawlings... rat der Streitkräfte" angeleitet wurde. Die Generale Acheampong und Ukuu wurden in den letzten Tagen wegen Korruption und Missbrauch zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Richtungsentscheidung war schon vor Beginn des Elitesprozesses hergerichtet.

Ghana gehört zu den ärmsten Entwicklungsländern Afrikas, gezeichnet von schweren sozialen Spannungen. Selbst in der Hauptstadt herrscht ein starker Mangel an den wichtigsten Bedarfsartikeln. Hungernöte überziehen den nördlichen Teil des Landes.

Muss der Bundesrat nicht im Nachhinein feststellen, dass seine Einwilligungspraxis dem Wortlaut des Artikels 11 Ziffer 2 Buchstaben a und b widerspricht und neuerdings wieder grosszügig und sorglos gläubig angewandt wurde? Sollte eine Befürchtung, dass die Schweizerischen Panzerwagen direkt oder indirekt zum militärischen, politischen und sozialen Spannungen erhöhten? Erst kürzlich erklärte der Bundesrat in einer Wortmeldung an die Öffentlichkeit: "Eine Garantie für die Art des Einsatzes von ausgetauschten Kriegsmaterial kann in dessen aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes vom Abnehmerland nicht verlangt werden."

#### Antwort des Bundesrats

Ghana hat nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 einen Regierungswechsel erlebt. Seit der Machtübernahme von General Acheampong im Jahre 1972 erhielt Ghana Kriegsmaterial aus der Schweiz. Zu dieser Zeit gehörte Ghana einer Reihe der Weltbank Ghana auf keinen Fall zu den "ärmsten Entwicklungsländern Afrikas" sondern stand unter den schwarzafrikanischen Staaten in Bezug auf das Brutto-sozialprodukt an zweiter Stelle nach der Nischenelküste. Im Jahr 1977 stellte General Acheampong einen grossen Reformplan für den Machtübergang an eine Zivilregierung auf.

Erstmals in der Geschichte Ghanas wurden bei der Machtübernahme durch Leutnant Rawlings im Juli 1978 grössere militärische Mittel einge-

12.9.1979

NATIONALRAT79.737 Einfache Anfrage Braunschweig

vom 21. Juni 1979

Panzerwagen-Export nach Ghana

Von Mitte 1976 bis Mitte 1978 exportierte die Schweiz mit Bewilligung des Bundesrates 151 Panzerwagen der Firma Mowag im Betrage von rund 75 Millionen Schweizerfranken nach Ghana. Bekanntlich kamen in Ghana 1966 die Streitkräfte durch einen Staatsstreich an die Macht und herrschen seither fast ununterbrochen. 1978 wurde General Acheampong durch General Akuffo gestürzt, der seinerseits vor wenigen Wochen durch Fliegerleutnant Jerry Rawlings und seinen "Revolutionsrat der Streitkräfte" abgelöst wurde. Die Generäle Acheampong und Utuka wurden in den letzten Tagen wegen Korruption und Machtmissbrauch zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Hinrichtungsstätte war schon vor Beginn des Blitzprozesses hergerichtet.

Ghana gehört zu den ärmsten Entwicklungsländern Afrikas, gezeichnet von schweren sozialen Spannungen. Selbst in der Hauptstadt herrscht ein starker Mangel an den nötigsten Bedarfsartikeln. Hungersnöte überziehen den nördlichen Teil des Landes.

Muss der Bundesrat nicht im Nachhinein feststellen, dass seine Bewilligungspraxis dem Wortlaut des Artikels 11 Ziffer 2 Buchstaben a und b widersprach und neuerdings viel zu grosszügig und zu gutgläubig angewandt wurde? Teilt er die Befürchtung, dass die schweizerischen Panzerwagen direkt oder indirekt die militärischen, politischen und sozialen Spannungen erhöhten? Erst kürzlich erklärte der Bundesrat in einer Interpellationsbeantwortung: "Eine Garantie für die Art des Einsatzes von ausgeführtem Kriegsmaterial kann in dessen aufgrund des Kriegsmaterialgesetzes vom Abnehmerland nicht verlangt werden."

Antwort des Bundesrats

Ghana hat nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1957 einige Regierungswechsel erlebt. Seit der Machtübernahme von General Acheampong im Jahre 1972 erhielt Ghana Kriegsmaterial aus der Schweiz. Zu dieser Zeit gehörte gemäss einer Liste der Weltbank Ghana auf keinen Fall zu den "ärmsten Entwicklungsländern Afrikas" sondern stand unter den schwarzafrikanischen Staaten in bezug auf das Brutto-sozialprodukt an zweiter Stelle nach der Elfenbeinküste. Im Jahr 1977 stellte General Acheampong einen genauen Zeitplan für den Machtübergang an eine Zivilregierung auf.

Erstmals in der Geschichte Ghanas wurden bei der Machtübernahme durch Leutnant Rawlings im Juli 1979 grössere militärische Mittel einge-

12.9.1979

setzt. Soeben erfolgten aber Wahlen, bei denen die von Dr. Ailla Limann geführte Volkspartei die Mehrzahl der Sitze im künftigen Parlament erlangte. Der Uebergang der staatlichen Gewalt auf die zivile Regierung ist immer noch für den 1. Oktober 1979 vorgesehen.

Ghana konnte 1976 zur Zeit der Erteilung der Ausfuhrbewilligung nicht als Gebiet eingestuft werden, in dem ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Ebensowenig wurden Bestrebungen der Schweiz in bezug auf die Menschenwürde oder die humanitäre oder Entwicklungshilfe beeinträchtigt. Die Vorschriften des Kriegsmaterialgesetzes boten somit keine Handhabe für die Verweigerung von Kriegsmaterialausfuhrbewilligungen nach Ghana.

Depuis l'indépendance, en 1946, un coup d'état a porté les forces armées au pouvoir au Ghana. Depuis lors, elles s'y maintiennent presque sans interruption. En 1966, le général Nkrumah fut renversé par le général Akuffo auquel ont succédé, voici quelques semaines, le lieutenant d'aviation Jerry Rawlings et son "Conseil révolutionnaire des forces armées". Les derniers dirigeants et chefs ont été, ces jours derniers, accusés à tort pour corruption et abus de pouvoir, puis exécutés. Avant même que ne s'ouvre leur procès solennel, l'emplacement de leur supplice avait été préparé.

Parmi les pays en développement, le Ghana figure au nombre des plus pauvres d'Afrique; il se signale par de graves problèmes sociaux. Une forte pénurie des articles courants pour les plus nécessaires règne jusque dans la capitale, tandis que des disettes sévissent dans la partie septentrionale du pays.

Le Conseil fédéral n'est-il pas contraint de constater après coup que la manière dont il a autorisé les exportations d'armes est en contradiction avec l'article 11, chiffre 1, lettres a et b de la LF sur le matériel de guerre, et que cette disposition a été appliquée une fois de plus de façon bien trop extensive, par excès de confiance ? Partage-t-il l'opinion selon laquelle ces véhicules blindés peuvent accroître, directement ou indirectement, les tensions militaires, politiques et sociales dans ce pays ? Répondant à une interpellation, le Conseil fédéral a déclaré tout récemment encore : "En vertu de la loi sur le matériel de guerre ne permet d'exporter aucune garantie de pays de destination quant à l'usage des armes et appareils exportés."

Le Conseil fédéral renoncera-t-il à accorder d'autres autorisations d'exporter du matériel de guerre à destination du Ghana ?

12.9.1979

CONSEIL NATIONAL79.737 Question ordinaire Braunschweig

du 21 juin 1979

Exportation de blindés à destination du Ghana

Du milieu de 1976 au milieu de l'année 1978, la Suisse a exporté à destination du Ghana - avec l'autorisation du Conseil fédéral - 151 véhicules blindés des usines Mowag, pour un montant de 75 millions de nos francs en chiffre rond.

Comme chacun sait, en 1966 un coup d'Etat a porté les forces armées au pouvoir au Ghana. Depuis lors, elles s'y maintiennent presque sans interruption. En 1978, le général Acheampong a été renversé par le général Akuffo auquel ont succédé, voici quelques semaines, le lieutenant d'aviation Jerry Rawlings et son "Conseil révolutionnaire des forces armées". Les généraux Acheampong et Utuka ont été, ces jours derniers, condamnés à mort pour corruption et abus de pouvoir, puis exécutés. Avant même que ne s'ouvre leur procès éclair, l'emplacement de leur supplice avait été préparé.

Parmi les pays en développement, le Ghana figure au nombre des plus pauvres d'Afrique; il se signale par de graves tensions sociales. Une forte pénurie des articles courants parmi les plus nécessaires règne jusque dans la capitale, tandis que des disettes sévissent dans la partie septentrionale du pays.

Le Conseil fédéral n'est-il pas contraint de constater après coup que la manière dont il a autorisé les exportations d'armes est en contradiction avec l'article 11, chiffre 2, lettres a et b de la LF sur le matériel de guerre, et que cette disposition a été appliquée une fois de plus de façon bien trop extensive, par excès de confiance ? Partage-t-il l'opinion selon laquelle ces véhicules blindés peuvent accroître, directement ou indirectement, les tensions militaires, politiques et sociales dans ce pays ? Répondant à une interpellation, le Conseil fédéral a déclaré tout récemment encore : "Du reste, la loi sur le matériel de guerre ne permet d'exiger aucune garantie du pays de destination quant à l'usage des armes et appareils exportés."

Le Conseil fédéral renoncera-t-il à accorder d'autres autorisations d'exporter du matériel de guerre à destination du Ghana ?

12.9.1979

NATIONALRAT

79.815

Einfache Anfrage Carobbio

vom 3. Dezember 1979

Waffenausfuhr nach den Philippinen

Aus der schweizerischen Aussenhandelsstatistik geht hervor, dass im September 1979 für rund fünf Millionen Franken Waffen und Kriegsmunition an die Philippinen geliefert wurden. Andere Lieferungen werden folgen, hat doch am 27. Juni 1979 Wolfgang Gähwyler, Direktor der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft Neuhäusen (SIG), in Gegenwart des Diktators Ferdinand Marcos und hoher Staatsbeamter eine grosse Schiessdemonstration organisiert, und zwar ausgerechnet im Fort Bonifacio von Manila, das als Ort der Folterung politischer Gefangener traurige Berühmtheit erlangt hat.

Seit 1972 stehen die Philippinen unter Kriegsrecht: die Armee des Diktators Marcos bekämpft die mohammedanische Minderheit (die Moro-Stämme auf der Insel Mindanao) und die verschiedenen Kampfverbände der Nationalen Demokratischen Front. Schätzungsweise 50'000 Menschen wurden seither getötet, rund 100'000 flohen nach Malaysia und ungefähr 5'000 wurden aus politischen Gründen eingesperrt und gefoltert. Auch die 98 katholischen Bischöfe der Philippinen haben in einem Hirtenbrief, der am ersten Oktobersonntag in den Kirchen verlesen wurde, gegen das Regime Stellung bezogen.

Es steht deshalb fest, dass das Kriegsmaterialgesetz vom 30. Juni 1972 verletzt wurde, besonders Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben a und b. Ausserdem hat der Bundesrat selber in seiner Antwort auf die Motion Friedrich erklärt, dass das Ausfuhrverbot auch für jene Länder gelte, in denen innere Konflikte oder Spannungen herrschen.

Deshalb frage ich den Bundesrat:

1. Für welchen Gesamtbetrag wurden in den letzten Jahren und 1979 Waffen und Munition an die Philippinen geliefert?
2. Hält er es nicht für angebracht, unverzüglich jegliche Ausfuhr von Waffen und Munition nach den Philippinen und die Bewilligung dazu zu unterbinden?
3. Welche ausländischen Filialen der SIG liefern Waffen und Munition nach den Philippinen, in welchem Umfang und zu welchem Wert?
4. Kompromittieren die Waffen- und Munitionslieferungen ausländischer SIG-Filialen nach den Philippinen die schweizerischen Bemühungen um die Respektierung der Menschenwürde, um die humanitäre Hilfe und die Entwicklungshilfe?
5. Gibt es schweizerische Entwicklungshilfe oder Hilfsprojekte zugunsten der Philippinen oder der philippinischen Flüchtlinge?

Les fournitures d'armes et de munitions aux Philippines par des succursales étrangères de la SIG ne compromettent-elles pas les efforts faits par la Suisse en faveur du respect de la dignité humaine, de l'aide humanitaire ou de l'aide au développement?

Existe-t-il des aides ou des programmes d'aide suisses destinés au développement des Philippines ou aux réfugiés provenant de ce pays?

NATIONALRAT  
 CONSEIL NATIONAL

79'815 Question ordinaire Carobbio

du 3 décembre 1979

Exportations d'armes vers les Philippines

Il ressort de la statistique suisse du commerce extérieur que, durant le mois de septembre 1979, on a fourni aux Philippines des armes et des munitions de guerre pour environ 5 millions de francs. D'autres fournitures suivront puisque Wolfgang Cähwyler, directeur de la SIG (Schweizerische Industrie-Gesellschaft, Neuhausen), a organisé le 27 juin 1979 une grande démonstration de tir en présence du dictateur Ferdinand Marcos et de hauts officiers, au fort Bonifacio de Manille, endroit tristement célèbre parce qu'on y torture les prisonniers politiques.

La loi martiale est en vigueur aux Philippines depuis 1972: l'armée du dictateur Marcos combat la minorité musulmane (les tribus Moro dans l'île de Mindanao) et les forces du Front démocratique national. On a calculé que, depuis lors, 50'000 personnes ont été tuées, environ 100'000 se sont réfugiées en Malaisie, quelque 5'000 ont été incarcérées pour des motifs politiques et soumises à la torture. Même les 98 évêques catholiques des Philippines se sont déclarés opposés au régime par une lettre pastorale qui a été lue dans les églises le premier dimanche d'octobre.

La loi fédérale du 20 juin 1972 sur le matériel de guerre et en particulier l'article 11, 1er alinéa, lettres a et b, ont certainement été violés. De plus, le Conseil fédéral avait déclaré, en réponse à la motion Friedrich, que l'interdiction d'exporter s'applique aussi aux pays où il existe des conflits ou des tensions internes.

Je demande par conséquent au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Quelle est la valeur totale des armes et des munitions fournies aux Philippines ces dernières années et en 1979?
2. N'estime-t-il pas nécessaire d'ordonner immédiatement la cessation de toute fourniture d'armes et de munitions aux Philippines, et de supprimer la délivrance des autorisations y relatives?
3. Quelles sont les succursales étrangères de la SIG qui fournissent armes et munitions aux Philippines? De quelles quantités et de quelles sommes s'agit-il?
4. Les fournitures d'armes et de munitions aux Philippines par des succursales étrangères de la SIG ne compromettent-elles pas les efforts faits par la Suisse en faveur du respect de la dignité humaine, de l'aide humanitaire ou de l'aide au développement?
5. Existe-t-il des aides ou des programmes d'aide suisses destinés au développement des Philippines ou aux réfugiés provenant de ce pays?

NATIONALRAT

79.814 Einfache Anfrage Ziegler-Genf  
vom 3. Dezember 1979

Waffenausfuhr nach den Philippinen

Auf den Philippinen herrscht seit 1972 das Kriegsrecht. Die Diktatur des Präsidenten Marcos setzt Folter und Massenhinrichtungen als tägliche Repressionsmittel gegen die Regimegegner ein. Ein schwelender Bürgerkrieg hat seit 1972 bereits mehr als 50'000 Tote gefordert.

In den Statistiken über die Waffenausfuhren sind Lieferungen an die Philippinen im Betrag von 5 Millionen Franken aufgeführt. Eine Delegation der SIG-Schaffhausen hat in Manila eine Schiessdemonstration mit dem schweizerischen Sturmgewehr organisiert.

Das schweizerische Gesetz untersagt die Waffenausfuhr in Gebiete, wo bewaffnete Konflikte herrschen. Diese Bestimmung trifft zweifellos auf die Philippinen zu.

Welche Gründe haben den Bundesrat bewogen, die Bewilligung zur Lieferung von Schweizer Kriegsmaterial an die Diktatur Marcos zu erteilen?

Exportations d'armes vers les Philippines

Depuis 1972, les Philippines vivent sous la loi martiale. La dictature du président Marcos applique la torture, les exécutions sommaires comme un moyen quotidien de la repression des opposants. Une guerre civile endémique a coûté déjà plus de 50'000 morts depuis 1972.

Or, dans les statistiques des exportations d'armes les Philippines figurent avec des livraisons pour un montant de 5 millions de francs. Une délégation de SIG-Schaffhouse avait organisé - à Manille - une démonstration de tir du fusil d'assaut suisse.

La loi suisse interdit l'exportation d'armes dans des régions où sévit un conflit armé. Cette disposition s'applique sans aucun doute aux Philippines.

Quelles sont les raisons qui ont motivé le Conseil fédéral à accorder l'autorisation d'exportation d'armes de guerre suisses pour la dictature Marcos?

CONSEIL NATIONAL

79.847 Question ordinaire Grobet  
du 13 décembre 1979

Armes suisses en Bolivie

Au moment où la Bolivie retrouvait enfin un régime démocratique, l'armée fomenta à nouveau au début du mois de novembre un coup d'Etat, cette fois-ci sous la houlette d'un colonel Natusch Busch, qui dut finalement renoncer à son sinistre projet après que le peuple soit descendu en masse dans les rues. Si ce dernier finit par l'emporter, ce fut, hélas, au prix de plusieurs centaines de morts, tombés sous les balles de soldats engagés dans une répression sans merci.

Mais ce qui est plus tragique, c'est que ces centaines de victimes ont été tuées par des fusils d'assaut suisses (SIG, Neuhausen) et de chars d'assaut MOWAG, que certains parlementaires auraient voulu enlever de la liste des armes soumises aux restrictions d'exportation imposées par la loi sur le matériel de guerre.

L'usage et l'efficacité de ces armes sont hélas confirmés tant par divers observateurs que par des photos. M. Walter Ruf, PDG de la Société MOWAG, a du reste expressément admis dans une déclaration publiée dans l'édition du 6 décembre 1979 de la Schweizerische Handelszeitung que des chars MOWAG avaient été vendus en Bolivie.

A ces armes exportées, s'ajoutent les PILATUS TURBO DC-7 livrés à l'armée de l'air bolivienne.

Le Conseil fédéral peut-il indiquer s'il a autorisé l'exportation de ces diverses armes et, si oui, comment peut-il justifier une telle autorisation, alors que cela fait des années que la Bolivie connaît un régime instable (c'est le pays en Amérique latine qui a connu le plus grand nombre de coups d'Etat militaires depuis sa fondation - près de 200) et que ce pays subissait un régime dictatorial depuis plusieurs années?

NATIONALRAT79.847 Einfache Anfrage Grobet

vom 13. Dezember 1979

Schweizer Waffen in Bolivien

Zum Zeitpunkt, als Bolivien endlich wieder zu einer demokratischen Regierung zurückfand, zettelte die Armee Anfang November von neuem einen Staatsstreich an, diesmal unter der Führung eines Obersten Natusch Busch, der schliesslich seine unheilvollen Pläne aufgeben musste, nachdem das Volk in Massen auf die Strasse gegangen war. Wenn auch das Volk den Sieg davontrug, so bezahlte es doch dafür mit mehreren hundert Toten, die von Soldaten im Dienste einer erbarmungslosen Unterdrückung erschossen worden sind.

Noch tragischer ist aber, dass diese Hunderte von Opfern durch Schweizer Sturmgewehre (SIG Neuhausen) und MOWAG-Schützenpanzer getötet wurden, die gewisse Parlamentarier gerne von der Liste der Waffen, die den Exportbeschränkungen des Kriegsmaterialgesetzes unterstellt sind, gestrichen hätten.

Verschiedene Beobachter und auch Fotografien haben leider den Gebrauch und die Wirksamkeit dieser Waffen bestätigt. Walter Ruf, Verwaltungsratspräsident der MOWAG, hat überdies in der Schweizerischen Handelszeitung vom 6. Dezember 1979 ausdrücklich zugegeben, dass MOWAG-Panzer an Bolivien verkauft worden seien.

Zu diesen exportierten Waffen kommen die Pilatus Turbo DC-7, die an die bolivianischen Luftstreitkräfte geliefert worden sind.

Kann der Bundesrat angeben, ob er die Ausfuhr dieser verschiedenen Waffen bewilligt hat? Wenn ja, wie kann er eine solche Bewilligung rechtfertigen, da doch Bolivien schon seit Jahren eine un stabile Regierung besitzt (es ist das lateinamerikanische Land mit den meisten militärischen Staatsstreich, nämlich fast 200 seit seiner Gründung) und dieses Land seit mehreren Jahren unter einem diktatorischen Regime stand?

26. März 1980

Auszug aus dem  
Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung  
(Wintersession 1979 - Seite 1493)

Extrait du  
Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale  
(Session d'hiver 1979 - page 1493)

**Frage 13:**

**Braunschweig. Waffenausfuhr - Exportations d'armes**

*In einem Bericht für das amerikanische Parlament vom 14. Juli 1977 über die Verletzung des Waffenembargos gegenüber Südafrika werden u. a. 100 gepanzerte Fahrzeuge des Types Piranha erwähnt, die im Dienste der südafrikanischen Armee stehen. Als Lieferland wird die Schweiz angegeben.*

*Besteht die Möglichkeit, das Lieferland zu eruieren und zu prüfen, ob nicht eine Verletzung der Wiederausfuhrbestimmungen vorliegt?*

**Bundesrat Gnägi:** Der vom Fragesteller genannte Bericht wurde sofort nach seinem Bekanntwerden der Bundesanwaltschaft zur Untersuchung zugeleitet. Die an Ort und Stelle durchgeführte Abklärung hat ergeben, dass keine Lieferungen aus der Schweiz erfolgt sind. In einem Hearing vor dem amerikanischen Parlament muss von der betreffenden Auskunftsperson eine unrichtige Erklärung abgegeben worden sein. Nachdem keine Umgehung der schweizerischen Embargovorschriften für Kriegsmaterial vorlag, wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

**Braunschweig:** Ich möchte Sie, Herr Bundesrat, fragen, in welcher Weise der Bundesrat dafür besorgt war, dass diese (offenbar falsche) Information zum Vorteil unseres Landes richtiggestellt worden ist.

**Bundesrat Gnägi:** Ich kann Herrn Braunschweig nur sagen, dass die Bundesanwaltschaft diese Angelegenheit untersucht hat. Herr Braunschweig sollte uns vielleicht sagen, woher dieses Material gekommen ist. Dann könnten weitere Untersuchungen angeordnet werden. Diese Untersuchungen nimmt die Bundesanwaltschaft vor und nicht etwa das Militärdepartement.